Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

31. März 1977
Jg.5 Nr. 13

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

„Botschaft an die Nation"

25 000 afrikanische Schüler boykottieren vor allem in den Frontprovinzen Zimbabwes die Schulen. Ihr Boykott drückt die breite Unterstützung im ganzen Land für den nationalen Befreiungskampf aus. In einer Sendung des jetzt regelmäßig ausgestrahlten Programms der ZANU der „Stimme Zimbabwes" erklärte am 8. März um 18 Uhr der Generalsekretär der ZANU, Robert Mugabe, in einer „Botschaft an die Nation": „Was wir in Zimbabwe brauchen, sind keine Reformen des Landrechts oder Reformen des Erziehungswesens oder Reformen in irgendeinem Bereich des Systems überhaupt. Was wir in Zimbabwe brauchen, ist die vollständige revolutionäre Umwälzung des Systems. (...) Das Volk von Zimbabwe verlangt nicht, daß ihm nur ein Teil des Landes übergeben wird. (...) Es verlangt seine vollen Rechte auf Selbstbestimmung, das Recht, sich selbst zu regieren. Dieses Recht kann es ... nur durch den bewaffneten Kampf erreichen. (...) Das Smith-Regime ist auf der Flucht. Auf dem Lande steht es uns nicht mehr gegenüber. Seine Infanterie ist auf die Hauptstützpunkte zurückgezogen. Sie kann nicht mehr frei patrouillieren. (...) Deshalb meinen wir, daß das Volk von Zimbabwe sich nun insgesamt um uns scharen muß, uns verstärken und beweisen muß, daß wir dem Smith-Regime den endgültigen Schlag versetzen können." Die fünf Frontstaaten (Mozambique, Tansania, Sambia, Botswana und Angola) berieten am 13./14. März in Beira zusammen mit R. Mugabe als Vertreter der Patriotischen Front über die Intensivierung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika.

R. Mugabe als Vertreter der Patriotischen Front über die Intensivierung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika.

Streik der Hafenarbeiter in Israel

Der Siedlerstaat Israel, auf Raub und Aggression gegründet, zersetzt sich gegenwärtig. Monat für Monat wird das Land von Streikkämpfen der israelischen Arbeiter erschüttert. Erstmals streiken gegenwärtig geschlossen die israelischen Hafenarbeiter aller israelischen Häfen gleichzeitig. 4 500 Hafenarbeiter in Haifa, Aschod und Eilat streiken für einen Lohnnachschlag von 600 Israelischen Pfund. Mit diesem Streik wird die israelische Wirtschaft stark gelähmt. „Im- und Export ist gefährdet", schreibt die Presse. Gegenwärtig ist Zitrusernte, das Hauptexportprodukt des Siedlerstaates. Riesige Halden von Apfelsinen und Pampelmusen stapeln sich in den Häfen. Auf den Plantagen wurden schon die Erntearbeiten eingestellt. In den Häfen wurden keine Schiffe mehr ausgeladen. Nach Angabe der „Neuen Zürcher Zeitung" beträgt „der Schaden für die Landwirtschaft mehrere Hunderttausend Israelische Pfund täglich". Gelder, mit denen der Siedlerstaat Waren einkaufen muß in der Welt, um seine Existenz überhaupt zu sichern. Die israelische Staatsgewerkschaft Histadrut hat sich gegen den Streik ausgesprochen und ihn verurteilt. Mittlerweile hat die Siedlerregierung die Beendigung des Streiks der Hafenarbeiter angeordnet und mit in Notstandsverordnungen vorgesehenen Haft- und Geldstrafen gedroht.

Aktionstag gegen Kernkraftwerksbau in Österreich

Demonstrationen und Kundgebungen mit insgesamt 4 500 Teilnehmern bestimmten den Aktionstag gegen den Bau von Kernkraftwerken in mehreren Städten Österreichs am 24. März. In Wien wurde eine Demonstration mit 3 000 Teilnehmern durchgeführt. Der Aktionstag ist bisheriger Höhepunkt des Kampfes gegen die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms der österreichischen Bourgeoisie. Ein Kernkraftwerk ist bereits im Bau (in Zwentendorf), zwei weitere sowie eine Atommülldeponie sind in Planung. Die imperialistischen Supermächte USA und UdSSR und die BRD sind unmittelbar an dem Programm interessiert. Die westdeutsche Kraftwerk-Union baut das Werk in Zwentendorf. Die Uranladungen kommen aus den USA. Für ein geplantes Werk an der Enns-Mündung sollen die Ladungen von der Sowjetunion kommen.

Um den Betriebsbeginn des Werkes Zwentendorf im Herbst gegen die Bewegung durchzusetzen, hat die Bundesregierung eine Reihe von Propagandaveranstaltungen durchgeführt. Auf 9 von diesen Veranstaltungen mußte die Regierung insgesamt 5 000 Stimmen für Resolutionen gegen den Bau der Kernkraftwerke hinnehmen. Die zehnte und letzte Veranstaltung, die am 24.3. stattfinden sollte und aus deren Anlaß der Aktionstag auf dieses Datum gelegt wurde, ließ die Regierung ausfallen.

Schwierigkeiten bei der „Überwindung der Weltwirtschaftskrise"

Nach den ersten 100 Tagen der Regierung Schmidt muß man auf noch mehr Betrug gefaßt sein

Diese Woche wird der Jahresbericht des TÜV veröffentlicht. Danach haben lediglich 50 Prozent der Autos, die nach dem Gesetz dem TÜV vorgeführt werden mußten, den verlangten Sicherheitsansprüchen genügt. Ein Drittel der vorgeführten Autos hatten schwere Sicherheitsmängel. 20 000 Autos wurden wegen irreparabler Sicherheitsmängel aus dem Verkehr gezogen. Gleichzeitig veröffentlicht die bürgerliche Presse, daß Gebrauchtwagen so gut gingen wie nie. Unserer Ansicht nach werfen beide Meldungen ein Schlaglicht auf die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. Die Anschaffung eines neuen Autos wird immer schwieriger, teure Reparaturen werden aufgeschoben. Die Steuerpresse des imperialistischen Staates drückt. Ein Auskommen wird immer schwerer. Wenn VW und die Automobilkonzerne dennoch die Preise erhöhen, dann, weil sie wissen, daß Autos heute unersetzlich sind und gekauft werden müssen. Die Kehrseite ist eine wachsende Verschuldung der Lohnabhängigen. Die Lohnabhängigkeit wird durch die Schuldknechtschaft ergänzt.

Kurz: Der Klassengegensatz verschärft sich. Denn selbstverständlich sieht das für die Bourgeoisie anders aus. Auch bei den Autos. Mercedes-Benz hat Dauerkonjunktur, und die

schärft sich. Denn selbstverständlich sieht das für die Bourgeoisie anders aus. Auch bei den Autos. Mercedes-Benz hat Dauerkonjunktur, und die

Porscheproduktion schlägt gegenwärtig alle Rekorde. Man kann wetten, daß unter den 20 000 vom TÜV eingezogenen Autos kein einziges Bourgeoisauto gewesen ist. Auch hat der Sektverbrauch absolute Höhepunkte erreicht. In der Krise hat die Kapitalistenklasse ihrer Bereicherungssucht nur noch schamloser gefrönt. Verschärft sich der Klassengegensatz, dann verschärft die Bourgeoisie die Unterdrückung des Klassenkampfes der Arbeiterbewegung.

Eine Methode der Unterdrückung ist die sozialdemokratische, frech demagogische. Sie zeigt sich zum Beispiel in der „Rentensanierung". Nachdem der offene Betrugsversuch gescheitert war, wurde die Sache unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit vorangetrieben. Als jetzt die verschiedenen Abhörskandale bekannt wurden, hieß es, man sei halt bis an die Grenze des Rechtsstaates gegangen. Doch der sozialdemokratische Betrug wird schwieriger. Schon sind damit keine Wahlen mehr zu gewinnen. Die Regierung ist beunruhigt. Schmidt meinte vor der SPD-Fraktion:

„Wenn unsere Fraktion sich aus den Schwierigkeiten, in denen sie steckt – und nicht ganz ohne Schuld steckt –, nicht herausarbeiten könnte, wenn die Koalition ausgehebelt werden sollte, dann würden in der Tat in Deutschland soziale Unruhen und soziale Zustände eintreten, wie sie in anderen europäischen Ländern seit zwei, drei Jahren schon zu beobachten sind." Empört hat die christ-demokratische Opposition über dieses Mißtrauen in ihre Betrügerqualitäten aufgeschrieen. Haben sie nicht vor zwei Jahren die „neue soziale Frage" erfunden, durch die man Arbeiter und Rentner, Arbeiter und Arbeiterinnen auseinanderdividieren kann? Haben sie nicht diese „neue soziale Frage" schleunigst wieder in den Hintergrund verschwinden lassen, als sich herausstellte, daß die Schürung dieser Widersprüche Geld kosten würde? Sind sie nicht inzwischen anerkannte Großmeister in der „Verteidigung der Menschenrechte", ohne irgendwelche sozialen Fragen überhaupt noch zu erwähnen? Sie können letzteres sogar mit der offenen Unterstützung der chilenischen Junta vereinbaren.

Helmut Schmidt hat in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" erklärt, worin er die beiden Hauptgründe dafür sieht, daß der Anfang seiner zweiten Regierungsperiode „nicht berauschend" gewesen sei. Leider sei der Rentenbetrug aufgekommen, und auch die Abhörskandale hätten nicht ins Konzept gepaßt. Abgehört soll werden, aber aufkommen soll es nicht. Der erste Hauptgrund seien also „Irrtümer und Fehler".

„Der zweite Hauptgrund liegt außerhalb unserer Verantwortung. Er liegt darin, daß sich die Überwindung der Weltwirtschaftskrise als sehr viel schwieriger erweist, als viele geglaubt haben." „In allen europäischen Ländern möchte aus diesem Grund ein erheblicher Teil der Wählerschaft zunächst die eigene Regierung verantwortlich machen."

Schon fragt der „Spiegel": „Wer rettet Kanzler Schmidt?" Nach der Brandt-Scheel-Regierung ist nun die Schmidt-Genscher-Regierung ziemlich zerschlissen. Das weiß auch Schmidt selber. Der Bourgeoisie gibt er den Rat, ihn besser nicht fallen zu lassen:

„Solange die Weltwirtschaftskrise andauert, könnte ein Regierungswechsel in Bonn die Gefahr eines Klassenkampfes von oben heraufbeschwören. Denn eine Regierung Kohl/Strauß wäre womöglich nicht in der Lage, den sozialen Ausgleich aufrechtzuerhalten."

Die Weltwirtschaftskrise hat ihre Ursache in der Überproduktion von Kapital. Der Kapitalismus kennt keine andere Überwindung dieser Krise als die Vernichtung von Kapital durch die imperialistische Konkurrenz und die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch jeden Konzern und jedes imperialistische Land, um in der Konkurrenz die Oberhand zu behalten. Letzten Endes führt das zu ganzen Serien gewaltsamer Aktionen der herrschenden Klasse, zu Krieg und Bürgerkrieg. Der Widerstand der Konkurrenten muß gewaltsam gebrochen werden, der Widerstand der Arbeiterklasse, auf deren Rücken die imperialistische Konkurrenz ausgetragen wird, muß gewaltsam gebrochen werden. Eine andere Überwindung der Krise gibt es für die Bourgeoisie nicht. Die Bourgeoisie weiß das. Je mehr sie sich auf gewaltsame Aktionen, auf Krieg und Bürgerkrieg vorbereitet, um so lauter erschallt ihr Geschrei von



In Stadt und Land werden Diskussionen über die Energiepolitik der Bundesregierung geführt. Hier auf dem Bild in Holzminden. Den Massen ist klar, daß die herrschende Klasse den Kampf gegen das Energieprogramm unterdrücken will. Dagegen werden die Arbeiterklasse und die Volksmassen einheitlich und geschlossen vorgehen.

Schulentlassung 77: Die Kapitalisten wollen die Reservearmee vergrößern

„Das Rennen um die Ausbildungsplätze wird 1977 noch schärfer als in den Vorjahren", schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 16.2.77. Dies wissen nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Jugendlichen und Eltern. Unsicherheit, soziales Elend und ein großes Heer von Arbeitslosen wollen die Kapitalisten.

Etwa eine Million Jugendliche werden die Schulen im Sommer entlassen (Bildung im Zahlenspiegel, 1975). Sie wollen einen Ausbildungsplatz finden, um die Arbeitskraft an den Kapitalisten möglichst günstig zu verkaufen und für den kapitalistischen Produktionsprozeß ausgebildet zu werden. Die Jugendlichen wissen: „Ich muß eine Ausbildungsstelle bekommen, um eine Grundausbildung zu haben, dann habe ich es später einfacher", eine Grundausbildung, um die Arbeitskraft variabler, unter günstigeren Bedingungen verkaufen zu können. Dies ist keine Freiheit, wie die Kapitalisten immer den Jugendlichen beibringen wollen, sondern ein Zwang, eine Unterdrückung und fördert die Konkurrenz unter den Jugendlichen. Nicht ohne Grund gehen oft Schüler gemeinsam auf Arbeitssuche, um sich in der Auseinandersetzung gegenüber den Kapitalisten zu besprechen, denn der Verkauf der Arbeitskraft ist nichts anderes als eine Auseinandersetzung um günstige Bedingungen der Jugendlichen auf der einen Seite und der Kapitalisten auf der anderen Seite.

Hat sich die Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert die Versicherungen, im Speziellen die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung geschaffen, um sie im Kampf gegen die Ausbeutung einzusetzen, haben heute die Kapitalisten diese Versicherungen voll in der Hand.

Über die Arbeitsämter suchen die Jugendlichen zum großen Teil ihre Ausbeutungsstelle. „Sie (Bundesanstalt für Arbeit) hat dabei (bei der Berufsberatung) Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen. Sie soll die Belange einzelner Wirtschaftszweige und Berufe allgemeinen und sozialen Gesichtspunkten unterordnen." (Arbeitsförderungsgesetz § 26, Abs. 1) Für wen sollen die Gesichtspunkte allgemein und sozial sein? Für die Arbeiter oder die Kapitalisten? Dies sagt die Richtlinie der Berufsberatung: „Die Berufsberatung hat bei ihrer Tätigkeit die Leistungsanforderungen und den Nachwuchsbedarf der Berufe zugrunde zu legen." Das ist eindeutig, denn die Kapitalisten brauchen Leistung, um die Profitproduktion voranzubringen. Sie wollen junge, frische, billige Arbeitskräfte. Gleichzeitig wollen sie die Arbeitslosigkeit erhöhen, indem der Produktionsprozeß verdichtet und die Arbeitszeit verlängert wird, so daß Arbeitskräfte eingespart werden.

Jetzt, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, besonders unter der Jugend, können die Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt Arbeitskraft günstig einkaufen. Es ist die Aufgabe des Arbeitsamtes, auszuwählen, auszuwerten, zu überprüfen und zu kontrollieren. „Der Erfassungsbogen bei der Berufsberatung enthält folgende Fragen: Körperliche Leistungsfähigkeit, Schulkenntnisse, geistige Leistungsfähigkeit, Arbeitsverhalten (Arbeitsstil, Aufmerksamkeit, Ausdauer, Sorgfalt, Arbeitstempo, Umstellungsfähigkeit, psychische/soziale Belastung), Sozialverhalten (Kontaktfähigkeit, Anpassungsbereitschaft, offen/verschlagen, zurückhaltend/dominierend, sozial-kulturelle Besonderheiten), Besonderheiten des Verhaltens (Aggressivität, Alkoholismus, Äußerungshemmungen), Motivation".

Sind diese Fragen beantwortet, kann eine erste Vorentscheidung vom Arbeitsamt getroffen werden, denn auf der einen Seite wissen sie von den Kapitalisten, welche Arbeitskraft sie brauchen und welche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, andererseits haben sie einen ersten Eindruck von der Arbeitskraft und können Empfehlungen aussprechen, „auch um es den Jugendlichen zu erleichtern", wie sie immer vorgeben.

Es werden Programme und Festlegungen getroffen, wie die Arbeitskräfte für den Produktionsprozeß am besten genutzt werden können. In Hamburg wird ein Programm aus dem vorigen Jahr fortgesetzt. „Sport macht Arbeitslose für den Beruf fit", schreibt das Hamburger Abendblatt über diesen Kurs. Diese Sonderprogramme für arbeitslose Jugendliche zwecks rascher und schneller Eingliederung in den Produktionsprozeß sollen das Problem mit der Jugendarbeitslosigkeit lösen.

Ein Jugendlicher, der in Nordenham an einem Kursus zur Förderung der Berufsschulreife teilgenommen hat, schreibt: „Obwohl ich meinen Hauptschulabschluß jetzt habe, suche ich bereits wieder seit sieben Monaten eine Lehrstelle. Durch Teilnahme an dem ‚Lehrgang' bin ich übrigens von der Berufsschulpflicht befreit. ‚Förderung' der Berufsschulreife kann da wohl nur heißen: Förderung der Zunahme der jugendlichen Hilfsarbeiter, die noch einen Tag länger in der Woche ausgebeutet werden können."

Die Förderlehrgänge sind nach sechs „Zielgruppen" in Niedersachsen unterschieden. Die richten sich nach Ausgangsbedingungen der Schüler, ob nicht berufsreif oder mangelnde Arbeitsplätze, Strafgefangene in Jugendstrafanstalten usw. Jeder wird extra nach seinen Leistungen behandelt, ist die Parole der Bourgeoisie, obwohl je-

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Frieden, sozialem Ausgleich, Menschenrechten und Gewaltlosigkeit, die hoch gehalten werden müßten.

Gibt es Widerstand gegen das imperialistische Energieprogramm, dann werden die Bauplätze der Kernkraftwerke infanteriemäßig verteidigt. Die Massen lassen ihre Interessen vor dem Polizeiapparat nicht fallen. Sie können sie nicht fallen lassen, denn Interessen hat man oder hat man nicht, man kann sie erkennen oder verkennen, aber fallen lassen kann man sie nicht. Also greift der bürgerliche Staatsapparat die Massen an. Er versucht den Widerstand zu unterdrücken, den er nicht aus der Welt schaffen kann. Es gibt gewaltsame Zusammenstöße zwischen dem Staatsapparat und den Massen. „Gewaltlosigkeit" soll herrschen, schreit der bürgerliche Staat, noch bevor der Knüppel wieder weggesteckt ist.

Die Bourgeoisie lebt in ständiger Furcht. Sie kennt den Klassengegensatz und weiß, daß er sich verschärft. Sie weiß, daß sich die Massen zusammenschließen. Was spielt sich ab, was wird getrieben, woher kommt die Gefahr? Spitzelsucht bricht aus. Apparate werden aufgebaut, die von vornherein keinen anderen Zweck haben, als elementare Rechte wie das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung zu verletzen und mit Füßen zu treten. „Menschenrechte müssen verteidigt werden", ist der Kehrreim der Bourgeoisie, sobald eines ihrer Verbrechen aufgedeckt ist.

Mancher möchte sich die Ohren zuhalten, denn er kann es nicht mehr hören. Aber das ist falsch. Man muß schon hinhören, sogar genau. Je schriller die Rufe über Frieden, sozialer Ausgleich, Menschenrechte und Gewaltlosigkeit werden, desto hektischer arbeitet die Bourgeoisie an Krieg und Bürgerkrieg. Das Geschrei wird angespornt durch den Wettstreit von Regierung und Opposition. Wer beherrscht das Betrugsgeschäft perfekter? Wer hat der Kapitalistenklasse mehr zu bieten?

All das ändert nichts an den Interessen der Massen. Sie stehen in allen Fragen in Gegensatz zu den Interessen der Kapitalistenklasse. Aber die Anstrengung, sich diese Interessen bewußt zu machen, muß gesteigert werden. Noch nie ist das Trommelfeuer der Bourgeoisie von selber zusammengebrochen. Im Gegenteil, sobald Verschleißerscheinungen auftreten, steht der nächste Batteriechef allemal bereit. Das ist Sinn und Zweck parlamentarischer Opposition.

Schulentlassung 77

(Fortsetzung von Seite 1)

der gleich behandelt wird, denn die Zielgruppen haben gleiche Ziele, die Ausbeutung zu sichern.

305 DM ist die Ausbildungsbeihilfe (Höchstsatz), dazu kommen Lernmittel und Fahrtkosten für die Förderlehrgänge. Dies ist zu wenig Geld. Mit dem Hungerlohn liegen die Jugendlichen den Eltern auf dem Geldbeutel, daß sie sich selber ernähren, ist völlig unmöglich.

Die jugendlichen Arbeitskräfte brauchen einen Lohn, der den Existenzbedingungen der Arbeiterklasse entspricht. Deshalb haben die Jugendlichen in einigen Betrieben wie die älteren Kollegen gleichhohe Festgeldforderungen aufgestellt. Dies ist die richtige Taktik, den Kapitalisten entgegenzutreten und die Existenzbedingungen durchzusetzen.

Wollen die Schüler sich rüsten für den Kampf gegen die Kapitalisten, müssen sie den Kampf um eine „unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung" (Programm des KBW) führen. Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr ist die Forderung in vielen Kämpfen gegen die Unterdrückung und Schikane an den Schulen. Sollen diese Forderungen durchgesetzt werden, müssen sich die Schüler organisieren. Zusammenschließen müssen sie sich mit der Arbeiterklasse, wenn sie in den Produktionsprozeß gepreßt werden. Deshalb darf es nicht nur eine Million Schulentlassene geben, sondern ebensoviele neue Gewerkschaftsmitglieder.

Bundesbahn erhöht Nahverkehrstarife

Ab dem 1. Mai gelten die neu erhöhten Tarife im Nahverkehr bei der Bundesbahn. Schon die Art der Erhöhung, nämlich für Schüler und Werktätige, zeigt, wer zahlen soll. Man soll aber einige Rechnungen anstellen, um sich einen Begriff von dem Ausmaß machen zu können.

Wir legen zugrunde den Preis für eine Wochenkarte für 20 Kilometer Entfernung. Für die Schüler wird dafür die Wochenkarte um 2 DM von 10 auf 12 DM erhöht, für die Arbeiter und Werktätigen wird die Karte um 1,50 DM von 15 auf 16,50 DM teurer.

Nach dem Geschäftsbericht der Bundesbahn wurden 1975 217,6 Millionen Werktätige und 329,3 Millionen Schüler mit der Bahn zu Schule bzw. Arbeitsplatz befördert. Berücksichtigt man, daß Arbeiter und Schüler täglich zweimal hin und zurückfahren, daß Sonn- und Feiertage, Urlaub und Ferien abgerechnet werden müssen, erhält man: Bei 4 Wochen Urlaub / 14 Wochen Ferien, 60 Sonn- und Feiertagen, Krankheit, unbezahlter Urlaub usw. unberücksichtigt 275 Arbeitstage und 207 Schultage. Dies mal zwei gerechnet und geteilt durch die von der Bundesbahn angegebenen Beförderungszahlen kommt man auf etwa 861 818 Arbeiter und 1,12 Millionen Schüler, die täglich mit der Bahn fahren müssen. Der Schüler benötigt 30, der Arbeiter 39 Wochenkarten im Jahr. Nach dem neuen Preis zahlt ein Schüler jährlich 360 DM, 60 DM mehr im Jahr, der Arbeiter 643,50 DM, 58,50 DM mehr an die Deutsche Bundesbahn. Insgesamt sind das Mehrausgaben der arbeitenden Bevölkerung von 117,6 Millionen DM. Um sich einen Begriff davon machen zu können, muß man Vergleiche anstellen.

Nach dem Statistischen Jahrbuch gibt ein Vier-Personen-Arbeiterhaushalt im Monat im Durchschnitt 24,45 DM für ca. 3 Kilogramm Schweinefleisch aus. Zwar sind die Zahlen sehr anrüchig, wenn man weiß, daß beim Schlachter ein Pfund Hackfleisch bereits 5,00 DM kostet, aber wir sind nicht so kleinlich. Der Jahresverbrauch der Arbeiterfamilie läge somit bei 36 Kilogramm für 293 DM. Man kann somit berechnen, wieviel Verzicht zum Beispiel auf Fleisch die Preiserhöhung der Bundesbahn kostet. 401 365 Familien können kein Schweinefleisch mehr essen, bzw. 49 314 Kilogramm Schweinefleisch können nicht mehr gekauft werden. Dafür aber teurere Fahrkarten.

Davon, daß der Arbeiter mit seiner Familie weniger ißt, bezahlen die Kapitalisten ihre Transportkosten. Nach Angaben des Geschäftsberichts der Deutschen Bundesbahn fahren die Werktätigen insgesamt 200,4 Millionen Kilometer im Jahr, die Schüler 3 050,1 Millionen Kilometer. Teilt man dies durch die Gesamtsumme, die wir für die Wochenkarten errechnet haben, erhält man den jeweiligen Kilometerpreis. (Berechnet nach Tarif für bis zu 20 Kilometer) Die 200,4 Millionen Kilometer kosten 554,6 Millionen DM, die 3 050,1 Millionen Kilometer 403 Millionen DM. Der Arbeiter zahlt einen Kilometerpreis von 2,76 DM, der Schüler 0,15 DM pro Kilometer. Die Bundesbahn transportiert in erheblichem Umfang Güter für die Kapitalisten. Da gelten andere Tarife.

Für den Transport einer Tonne irgendwas zahlt er zum Beispiel für die Strecke Hamburg-Augsburg 42,20 DM, das ergibt einen Kilometerpreis von 0,06 DM. Das nennt sich „soziale Marktwirtschaft".

Erpressung

Bei der BEWAG Westberlin (Elektrizitätswerke) werden die Lehrlinge dazu genötigt, ihre Unterschrift unter folgenden Text zu setzen:

„Hiermit unterstützen wir die Forderung der Polizeigewerkschaften, den KBW und die KPD/ML als kriminelle Vereinigungen zu verbieten. Da diese Gruppen ihre Ideologien mit brutaler Gewalt verbreiten wollen, das zeigten besonders die letzten gewalttätigen Demonstrationen um die Kernkraftwerke (z.B. Brokdorf, Oberjägerweg usw.). Solche gewalttätigen Demonstrationen dienen nur dazu, unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat zu untergraben."

Fast das ganze dritte Lehrjahr hat unterschrieben. Sie stehen kurz vor der Übernahme – oder eben auch nicht. Vor dem Tor sind die Unterschriften gesammelt worden mit der Drohung: Wer nicht unterschreibt, kann sich seine Papiere gleich holen. Wer nicht unterschreibt, wird nicht übernommen! Das wird offen gesagt. Der Grundlehrgang hat geschlossen nicht unterschrieben. Die können sie nicht so direkt nötigen. Wer sie? Ein Jugendvertreter sammelt z.B. die Unterschriften. Das Jammerprojekt ist nicht auf seinem Mist gewachsen. Er hat, wie noch ein paar andere, die Erpressung nicht ausgehalten. Jetzt behauptet er auch noch, das ganze Zeug selber zu glauben. Dies Projekt ist auf anderem Mist gewachsen.

Der Kekse-Albrecht hat es als nationale Aufgabe verkündet, uns zu verbieten. Dabei geht es nicht nur um unser Verbot. „Mit einem Verbot ist das Problem nicht weg", meint der niedersächsische Innenminister Groß. Das Problem ist die Massenbewegung gegen das imperialistische Energieprogramm. Sie gefährdet das Profitgeschäft „Energie" und sie ge-

Profitgeschäft „Energie" und sie ge-

fährdet die erreichte Position des BRD-Imperialismus in der imperialistischen Konkurenz, sowie den weiteren Ausbau dieser Position. Die Massenbewegung muß gespalten werden. Die Arbeitebewegung muß gespalten werden und die Arbeiter gegen die Bauern und umgekehrt gehetzt werden. Deswegen macht die Bourgeoisie sich mit Hilfe der Sozialdemokraten über die BEWAG-Lehrlinge her. Denn sie sind zukünftige Energiearbeiter – wenn sie eine Arbeitsstelle kriegen. Da denken die Kapitalisten, da hätten sie's leicht. Bei den KWU-Arbeitern haben sie es auch versucht. Denn ohne Kernenergie – Gefährdung der Arbeitsplätze. Mit diesem erlogenen Zeug allein würden sie nicht landen. Mit direkter Unterdrückung und Erpressung sollen die BEWAG-Lehrlinge in eine Reihe mit dem höheren Polizeioffizierspack im Deutschen Beamtenbund genötigt werden, die sich Gewerkschaft nennen. Das, wo die Masse der Polizisten keinerlei gewerkschaftliche Rechte haben. Noch nicht einmal das auf Kündigung.

In eine Reihe sollen sie genötigt werden mit den Antreibern, den Ausbildungsleitern, dem stellvertretenden Chef der Personalabteilung. Die haben natürlich alle unterschrieben. Viele Lehrlinge sagen, daß das eine bodenlose Schweinerei ist. Die Sozialdemokraten betreiben das Geschäft der Unterdrückung direkt für die Kapitalisten. Die Sozis haben überdreht. Dieser Schuß geht gefährlich nach hinten los.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129 Sandhoferstraße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhoferstraße 29, 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 13 / 1977: 32 000

„Abhören muß sein"

Die Bourgeoisie „bewältigt" den „Fall Traube"

Die Bourgeoisie „bewältigt" den „Fall Traube"

„Heute", 16.3.:

„Maihofer bezeichnete das Vorgehen gegen Traube als einen einmaligen Ausnahmefall. In der damaligen Situation hatte er sich allein von dem Grundsatz leiten lassen, Schaden vom Staat abzuwehren. Maihofer erinnerte an die Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann, an die Entführung des Berliner CDU-Politikers Lorenz und an den Terroristenüberfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm."

Spranger, CDU:

„Er (Maihofer) gehört leider zu denen, die die bittere Lehre erhalten, daß die Verkündigungen von Kathederscheinwahrheiten an der harten Wirklichkeit scheitern. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf . . ., ein Konzept vorzulegen, wie Staat und Bürger besser als bisher vor Erpressung mit Gemeingefahr geschützt werden können."

FAZ, 16.3.:

„Schluß mit der Hampelei." Es „hält sich in Grenzen, was der Herr Traube erleiden mußte. Der Staat hat sich also kaum etwas vorzuwerfen."

Neue „Lauschaffären" werden „aufgedeckt"

„Heute", 17.3.:

„Es ist kaum zu fassen . . ., gestern noch erklärt der Bundesinnenminister vor dem Deutschen Bundestag, der Einsatz von Lauschmitteln ist für mich ein einmaliger Ausnahmefall. Heute kommen der Innenminister und der Justizminister des Landes Baden-Württemberg daher und schieben einen neuen Abhörfall daher, diesmal aus der geschlossenen Haftanstalt in Stammheim."

„Heute", 18.3.:

„In allen Bundesländern wird geprüft, ob es weitere Fälle gibt."

FAZ, 20.3.:

„Die CDU in Nordrhein-Westfalen verfügt über Hinweise, nach denen auch in diesem Bundesland Abhöraktionen des Verfassungsschutzes erfolgt sein sollen."

„Heute", 21.3.:

„Und nun zu den Abhöraffären. In der bayrischen Haftanstalt Landsberg am Lech wurde ein Telefongespräch zwischen Pohle und der Anarchistin G. Kröcher-Tiedemann abgehört."

„Heute", 22.3.:

„Der Verfassungsschutz hat in den zurückliegenden Jahren offenbar häufiger Gespräche von Bürgern abgehört, als bisher angenommen. Bundesinnenminister Maihofer informierte die Spitzenpolitiker aller Bundestagsparteien . . . über eine weitere Reihe solcher Maßnahmen. Er sprach dabei von Grenzfällen."

FAZ, 24.3.:

„Gesetzwidrige Lausch-Operationen in Hamburg." „Demnach hat das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz Lauschoperationen nur durchgeführt in der Spionageabwehr und in der Abwehr terroristischer Aktionen."

„Abhöraffären", um den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates vorzubereiten

FAZ, 17.3.:

„Nach seiner (Hugo Brandts/SPD) Ansicht sei sein Vorgehen (Maihofers im Fall Traube) rechtlich nicht ‚zweifelsfrei' abgesichert gewesen." „Alle Fraktionen vertraten den Grundsatz, daß eventuelle gesetzgeberische Maßnahmen die Aktion des Verfassungsschutzes nicht ihres Ausnahmecharakters entkleiden dürften."

FAZ, 18.3.:

„Abhören ohne eine darauf zugeschnittene Rechtsnorm, ohne vorherige richterliche Entscheidung, ohne politische Kontrolle danach – das paßt schlecht zum Gesetzesstaat. Und warum kam es dazu? Weil die Bonner Koalitionsfraktionen die 1964 voreilig abgeschaffte und vor einigen Jahren von der Bundesregierung und Opposition wieder geforderte begrenzte Möglichkeit, Treffen zwischen Untersuchungshäftlingen und Verteidigern zu überwachen, versperrt haben. Ein solches Gesetz ist notwendig, der Stammheimer Fall bestätigt es."

„Heute", 20.3.:

„In Bonn sind sich alle Bundestagsfraktionen einig, daß aus den Abhöraffären der letzten Zeit sachliche Konsequenzen gezogen werden müssen."

„Heute", 22.3.:

„Oppositionsführer Kohl warnte im Zusammenhang mit der Abhöraffäre davor, die Handlungsfreiheit des Staates einzuschränken."

„Heute", 23.3.:

„Vor dem Bundestag sagte Schmidt, wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen wolle, müsse auch bereit sein, bis an die Grenze dessen zu gehen, was im Rechtsstaat erlaubt sei."

Unterdrückung des Volkes im Namen des Volkes

FAZ, 18.3.:

„Zwar habe die Vertraulichkeit des nichtöffentlich gesprochenen Wortes strafrechtlich einen hohen Rang, so sagten die Minister, einen noch höheren Rang aber habe der Schutz des Lebens unschuldiger Bürger."

FAZ, 19.3.:

„Wie, wenn sich Terroristen auf einem Kinderspielplatz . . . Geiseln genommen hätten, um Baader oder Raspe in den Südjemen fortzuerpressen?"

„Heute", 19.3.:

„Vogel (SPD) sagte . . ., im Hintergrund stehe die Frage, ob der Staat zum Schutz der Bürger seine Befugnisse voll ausschöpfen dürfe."

Betrugsmanöver sollen von den Tatsachen und Absichten ablenken

„Heute", 19.3.:

„Nach Ansicht von Bundesjustizminister Vogel liege die eigentliche Problematik der Abhörvorgänge in der Information und Kontrolle der zuständigen Stellen." „SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr warnte . . . vor, so wörtlich, anonymen Horchern und Wanzen."

FAZ, 21.3.:

„Die Jungsozialisten setzten sich in einer Resolution für Aufklärung ‚ohne Schonung' ein. In der ‚Grauzone' geheimdienstlicher Tätigkeit habe sich ein Staat im Staate herausgebildet, der unabänderliche Grundsätze der Verfassung außer acht lasse."

„Heute", 23.3.:

„SPD und FDP haben Arbeitsgruppen gebildet, die gemeinsam Vorschläge erarbeiten werden, wie die Nachrichtendienste durch das Parlament wirksam kontrolliert werden können."

Die Bourgeoisie sieht Gespenster. Auch das gehört zum Betrug.

„Heute", 25.3.:

„Schauplatz eines möglichen 3. Abhörfalles, der in dieser Woche in Hamburg bekannt geworden, ist das Machtzentrum selbst, genauer das Dienstzimmer des 2. Bürgermeisters der Hansestadt, Professor D. Biallas, FDP. Fernmeldetechniker der Innenbehörde entdeckten eine Mithörmöglichkeit im Dienstapparat des FDP-Politikers . . . Ein erster Stoßseufzer des Betroffenen: Abhören bei einem Regierungsmitglied, wenn man sich das vorstellt. Die Verstörung und Unsicherheit ist groß. Das Mißtrauen ebenfalls."

FAZ, 28.3.:

„Abhörfall Biallas offenbar eine technische Panne. Erleichterung nach Prüfungsbericht der Post."

Augstein, jahrzehntelang als politisches Gewissen der westdeutschen Presse aufgebaut, ist der berufene Mann, diesen schmierigen Punkt unter die Affären zu setzen. Das gequälte Äußere verdeckt die innere Freude des Bourgeois Augstein nur schwach.

„Niemand kann niemand mehr tadeln" und „offene Gesetzesbrüche gehen als verantwortungsbewußtes Handeln durch". „Und niemand kann was machen." Das fehlt, aber darauf läuft es hinaus. Das ist der Zweck der Übung. So war sie angelegt. „Nichts unter den Tisch, alles auf den Tisch." Diese Losung hat der FDP-Vorsitzende Mischnik ausgegeben. Im Klartext: Die Volksmassen ans Auslöffeln gewöhnen. Zweifellos hat die geschickt plazierte Abhörkampagne diesen Zweck und unbestreitbar hat sie diesen Zweck auch erreicht. Aber, alles hat seine Kehrseite. Geht man vom Klassenkampf aus, so hat die Kampagne bewirkt, daß sehr *viele* einsehen müssen, daß ihre politischen Interessen durch keinen Bourgeois vertreten sind, und daß man die Aufgabe, die Bourgeois zu „tadeln", keinen Bourgeois übertragen kann. Daran wird die *Bourgeoisie* noch löffeln.

Der Sozialimperialismus betreibt die Spaltung Zaires

Am 10.3. begann im Süden Zaires (bis 1972 unter der Bezeichnung Kongo) in der Provinz Schaba, dem ehemaligen Katanga, die Invasion einer Söldnerarmee von 4 000 bis 5 000 Söldnern, deren Ziel es sei, „ein wichtiges Schlüsselgebiet des Landes paralysieren zu wollen“ (Sender „Stimme Zaires“). Die Städte Dilolo, Kissenge und Kamange sollen von ihnen eingenommen worden sein. Dilolo ist ein für die Wirtschaft Zaires wichtiger Verkehrsknotenpunkt an der Bahnstrecke zum Atlantischen Ozean. Kissenge ist Zentrum des Kupferbergbaus. Als Organisator der Operation bezeichnete sich die Nationale Front für die Befreiung Kongos (FNLC), als deren Sprecher Jean Tschombé, der älteste Sohn Moise Tschombés, der Anfang der 60er Jahre bereits die Sezession Katangas betrieb, in Brüssel auftritt. Er erklärte, „Die Operation sei von der ... FNCL vorbereitet worden, die die ehemalige Gendarmerie von Katanga politisch repräsentiere“. Er dementierte, daß sich an den Operationen Kubaner beteiligen, die Angelegenheit sei eine innere Angelegenheit Zaires. Auch die Regierung Angolas bezeichnete die Invasion als „innere Angelegenheit Zaires“. Offen zugegeben wird also, daß es sich bei dieser „neuartigen Befreiungsfront“ um einen neuen Auftrag der als Instrument wechselnder imperialistischer Mächte berüchtigten Katanga-Gendarmen handelt, die bestens ausgerüstet diesmal vom Sozialimperialismus eingesetzt werden, um Zaire zu spalten, einen Bürgerkrieg zu entfachen, wenn möglich das Regime Mobutu zu stürzen oder die strategisch wichtige Provinz Schaba abzuspalten und eventuell zu einem „unabhängigen“ Staat unter der Fuchtel der Sozialimperialisten erklären zu lassen.

Das passiert nicht zufällig jetzt, wo der sowjetische Präsident Podgorny und der Söldnerführer der Sozialimperialisten Fidel Castro gerade auf Afrika-Tournee sind. In wohlbekannter Scheinheiligkeit versichert Podgorny den afrikanischen Regierungen: „Wir suchen Freunde und Zusammenarbeit von gleich zu gleich,“ die Sowjetunion wolle weder Militärstützpunkte errichten noch Sonderrechte beanspruchen. Dabei hält sie mit mehr als 10 000 kubanischen Söldnern und Tausenden als „Spezialisten“ und „Berater“ getarnten sowjetischen Agenten Angola besetzt und betrachtet das nur als den Anfang und Ausgangspunkt für ihr weiteres Vordringen im südlichen Afrika gegen die unabhängigen Staaten.

Der Angriff erfolgt auf Zaire.

„Zaire ist reich an Bodenschätzen.“ Dort sollen sich die größten Uran- und Kupfervorräte der Welt befinden. „Der Bergbau und das verarbeitende Gewerbe sind größ-
vorräte der Welt befinden. „Der Bergbau und das verarbeitende Gewerbe sind größ-
tenteils auf den Südosten des Landes (Schaba, Katanga, Kasai) konzentriert. (. . .) Das Kongo-Becken verfügt über ein ungewöhnlich hohes Wasserkraftpotential; es wird auf zwei Fünftel der gesamten Wasserkraftreserven Afrikas geschätzt. (. . .) Die wichtigsten Kraftwerke befinden sich in der Provinz Schaba (1972 79 Prozent der Gesamterzeugung) und bei Kinshasa.“ Es steht an fünfter Stelle der Weltrangliste im Kupferexport. „Das ‚rote‘ Gold bildet immer noch den Eckpfeiler der Wirtschaft (1972 33 Prozent der Staats-, 75 Prozent der Deviseneinnahmen). Mit Kobalt, Zink, Zinn und Diamanten trägt es einen wesentlichen Teil zur Förderung bei.“ Außerdem werden „bedeutende Mengen Uran und Radium“ gefördert. „Die wichtigsten Schürfgebiete für Metalle liegen in Südschaba (Kupfer, Zink, Silber, Kobalt, Kadmium und Germanium), für Diamanten in Südkasai. (. . .) In Nordschaba und Westkivu werden Zinn und Gold, in Südwestschaba Mangan- und Eisenerze gewonnen.“ (Länderkurzbericht 1974, Statistisches Bundesamt Wiesbaden)

Durch die Abtrennung Katangas als unabhängigen Staat unter dem Einfluß des Sozialimperialismus würde dessen Position im südlichen Afrika gegenüber dem US-Imperialismus entscheidend gestärkt und in der nach wie vor durch Bürgerkrieg geschüttelten Republik Angola die Herrschaft des Sozialimperialismus gefestigt. Katanga wäre von Angola abhängig, da es keinen Zugang zum Meer besitzt. Als Zeitpunkt für ihren Angriff haben die Sozialimperialisten einen Augenblick gewählt, wo das Mobutu-Regime durch die gnadenlose Ausbeutung des USA-Imperialismus wie der EG-Imperialisten in eine wirtschaftliche, politische und soziale Krise gestürzt wurde, die die US- und westeuropäischen Imperialisten nutzen, um beschleunigt das Land seiner Reichtümer zu berauben.

Nationalisierungsmaßnahmen des Mobutu-Regimes

Unter dem Regime Mobutu trat Zaire aus Protest gegen den französischen Neokolonialismus aus der OCAMU aus, unterstützte den Befreiungskampf des Volkes von Angola und lehnte den Dialog mit dem südafrikanischen Kolonialregime ab. 1967 hat es die Minenindustrie der neu gegründeten nationalen Bergwerksgesellschaft „Gecomin“ (heute „Gezamin“) unterstellt und 51 bis 60 Prozent der Anteile der Minengesellschaften verstaatlicht. Die belgischen Monopolkapitalisten erzwangen jedoch durch internationale Boykottabsprachen neben der Entschädigungszahlung für die Anlagen eine Regelung, welche die Kupferindustrie wieder von ihnen abhängig machte: Der belgische Bergbaukonzern „Société des Minérals“ übernahm die Produktion und den Verkauf für die „Gezamin“ gegen 6,5 Prozent des Verkaufserlöses plus weiteren 6 Prozent Vergütung. 1972 wurde das Land in Zaire umbenannt und 1973 die Ausschaltung der Imperialisten verschärft, die Ausländer wurden enteignet, die Kolonialisten aus dem Land geworfen und die Betriebe Zairern unterstellt.

Die Kontrolle des Imperialismus über die Wirtschaft war damit nicht gebrochen. Die Abhängigkeit vom Bergbau und insbesondere vom Kupfer blieb erhalten, über die Entschädigungszahlungen nahmen sie das Land darüberhinaus in den Würgegriff. Unter den Bedingungen der neokolonialen Ausbeutung stagnierte die Landwirtschaft weiter. Zaire, früher als „Garten“ Zentralafrikas bekannt, war mehr und mehr gezwungen, Lebensmittel zu importieren. So lieferten die USA 1976 50 000 Tonnen Reis. Obwohl 45 Prozent der Bevölkerung Bauern sind, herrscht in weiten Teilen
wohl 45 Prozent der Bevölkerung Bauern sind, herrscht in weiten Teilen
des Landes immer wieder Hunger. Die Reallöhne der Arbeiter sanken seit der Unabhängigkeit kontinuierlich. Während die Preise für die von den Imperialisten geplünderten Rohstoffe ständig sanken, stiegen die für die importierten Düngemittel, Maschinen und Lebensmittel.



Arbeiter in der Kipushi-Mine der Gecomin in Katanga

Das Pro-Kopf-Einkommen gehört mit zu den niedrigsten in Afrika. Die von der Regierung festgelegten Mindestlöhne werden durch steigende Inflation aufgefressen. Die Auslandsschulden sind mit 2,9 Milliarden US-Dollar auf das Doppelte eines jährlichen Nationalprodukts (1974 1,33 Milliarden Dollar) angewachsen.

Die Supermächte schaffen sich gegenseitig Raum zur Einmischung

Angesichts der Bedrohung durch den Sozialimperialismus, der versucht, die Krise auszunutzen, um das Land zu spalten und von sich in Abhängigkeit zu bringen, sieht sich das herrschende Mobutu-Regime gezwungen, wieder verstärkt den Erpressungen des US-Imperialismus und der westeuropäischen Imperialisten nachzugeben und ihnen Tür und Tor zu öffnen. Diese haben für die Stundung und Streichung von aufgelaufenen Schulden und die Bewilligung neuer Lieferkredite die erneute vollständige Öffnung des Landes gefordert. Zaire soll „als afrikanisches Modell einer wirtschaftlichen Kooperation mit dem westlichen Ausland“ aufgebaut werden. (Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 306, Dezember 1976)

„Nachdem im Herbst 1976 die Umschuldungsverhandlungen positiv abgeschlossen werden konnten“, schreibt das „Handelsblatt“ am 21. Februar 1977, „zeigen die internationalen Konsortien Optimismus über die jüngsten Zahlen der Wirtschaft, Zahlungsbilanz und Kupfereinnahmen. Zuerst hatten die 14 Länder des ‚Pariser Clubs‘ Zaire einige Erleichterungen für die von ihnen garantierten Auslandsverschuldungen Zaires in Höhe von rund 1,5 Milliarden US-Dollar eingeräumt . . . die jedoch jederzeit abrufbar sind.“

Die nationalisierten Betriebe und Plantagen der ehemaligen Kolonialisten und Imperialisten müssen erneut „reprivatisiert“ werden. Die alten Eigentümer sollen ihren Besitz zu 60 Prozent wieder zurückerstattet bekommen, außer der Minenindustrie, bei der Zaire die staatliche Beteiligung von bis zu 60 Prozent aufrechterhält. Ein „Stabilisierungskomitee“ des Regimes hat ein Vier-Punkte-Programm „zur Sanierung der Wirtschaft erarbeitet und weitgehend verwirklicht“. Das legt u.a. fest:

„Die Kleinhandelsbetriebe, Bauernhöfe, Viehzuchtbetriebe und industriellen Plantagen, die im Zuge der Zairisierung verstaatlicht wurden, dürfen nur dann in zairischer Hand verbleiben, wenn sie genug effizient arbeiten. Selbst dann wird eine Assoziierung mit den Ausländern empfohlen. Ferner erhalten die Altbesitzer von zairisierten Unternehmen einen Anteil von maximal 60 Prozent ihrer Betriebe zurück. Die restlichen 40 Prozent der Aktien können zur Förderung einer breiten Besitzstreuung öffentlich zum Kauf angeboten werden, was für den ausländischen Eigentümer praktisch die alleinige Unternehmensführung bedeutet.“ (Handelsblatt, 21. Februar 1977)

Angola-„Flüchtlinge“, die ehemaligen Kolonialisten in Angola, sollen die Plantagen in Zaire übernehmen. „Die Portugiesen werben derzeit insbesondere bei den zahlreichen im industriellen Agrarsektor erfahrenen Angola-Flüchtlingen, um die Plantagenwirtschaft wieder in Blüte zu bringen.“

Der BRD-Imperialismus schleckt sich gleichfalls die Lippen:

„Für diese Maßnahmen könne (Zaire) ... mit uneingeschränkter Unterstützung der westlichen Industriestaaten, namentlich der Bundesrepublik, rechnen“, erklärte Mobutu anläßlich seines kürzlichen
mentlich der Bundesrepublik, rechnen“, erklärte Mobutu anläßlich seines kürzlichen
Besuchs in der BRD.

„Bonn hat bereits für das Finanzjahr 1976/77 einen Kapitalhilfekredit in Höhe von 71,5 Millionen DM an Zaire bewilligt. Außerdem erhält das Land von Bonn 18 Millionen DM an technischer Hilfe.“ Der Abtransport der geplünderten Rohstoffe wird vordringlich organisiert. „50 Millionen DM sind für die Erweiterung der Umschlagkapazität von drei Häfen zur Steigerung der Kupfertransportmöglichkeiten vorgesehen.“ 20 Millionen DM sind für den Ausbau der Eisenbahn.

Die Konzernzeitung der Fahr-Kapitalisten „Fahr Betriebsleben“ berichtete in ihrer Ausgabe vom Dezember 1976, daß Bodo Liebig, Vorsitzender des Vorstandes der Klöckner AG und des Aufsichtsrates der Maschinenfabrik Fahr AG, zum neuen Vorsitzenden der Association International d'Industrialisation du Nord-Est du Zaire ernannt worden ist. Er löst Bisengimana Wrema, den „Leiter des Präsidialbüros der Republik Zaire“, ab und will sich besonders um die Ausbeutung der großen Erdgasfelder im Kivusee und der Ölschiefervorkommen bei Kisangani kümmern, die Errichtung von Zementfabriken, einer Zinnhütte, einer Ölschiefer-Pilotanlage sowie die Erdgasgewinnung wird schon betrieben. „Unser Wohlstand (der der BRD-Monopolkapitalisten) wird langfristig auch abhängig sein vom Zugang zu den Bodenschätzen in Zaire“, kündigte er auf der Generalversammlung in Köln im Dezember 1976 den Angriff der BRD-Imperialisten an.

Gegen die rigorose Ausplünderung durch die Imperialisten und die Politik des Mobutu-Regimes wächst die Unzufriedenheit unter den Massen. Im Januar 1976 kam es zu Massenstreiks der Eisenbahnarbeiter in der Provinz Mumbashi, die Streiks breiteten sich im ganzen Land und auf andere Wirtschaftssektoren aus. Mobutu war gezwungen, den Notstand auszurufen.

Die Intrigen und Manöver der einen Supermacht liefern stets den Vorwand für die andere, sich stärker einzumischen. So liefert jetzt auch die Bedrohung durch den Sozialimperialismus für den US-Imperialismus und die westeuropäischen Imperialisten den willkommenen Vorwand, im Namen der Unterstützung des Kampfes für die Aufrechterhaltung der Einheit des Landes gegen die Zerstückelung und Spaltung die militärische Absicherung der Interessen in Zaire zu betreiben und Zaire zu einer Basis im Ringen um die Beherrschung von Zentral- und Südafrika zu machen.

„Nach Ansicht der Sicherheitsberater des Präsidenten kann Carter nicht untätig zusehen, wie Moskau in Zaire Fuß faßt. Das Land verfüge über die reichsten Uran- und Kupfervorkommen in der Welt und sei schon allein aus diesem Grund von ‚höchstem Interesse‘ für die USA, hieß es.“ (Süddeutsche Zeitung, 24. März 1977)

Die US-Regierung unterhält bereits einen Militärstützpunkt im Land zur Ausbildung von Anti-Guerilla-Truppen. 30,2 Millionen US-Dollar Militärhilfe (gegenüber 1,4 Millionen 1975), 12,7 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe und Lebensmittel im Wert von 14,9 Millionen Dollar hat der US-Kongreß für Zaire 1977 bewilligt. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. März) Die französische Regierung schickt Waffen, Kampfflugzeuge und die Piloten und Militärberater dazu, Belgien hat zwei Großraumflugzeuge mit leichten Waffen geliefert.

Um den US- und westeuropäischen Imperialisten den Zugang zu den Rohstoffen und der Ausbeutung der Arbeitskraft des Volkes von Zaire zu versperren und diese selber in die Hand zu bekommen, wandern jetzt die Sozialimperialisten genau auf den Pfaden der belgischen Kolonialisten, die bereits 1960 nach der Unabhängigkeit des Kongo durch die Sezession Katangas die Kontrolle über die Rohstoffe behalten wollten und zu diesem Zweck die jetzt erneut eingesetzten Katanga-Gendarmen schufen. Für den US-Imperialismus und die westeuropäischen Imperialisten bildet Afrika die Hauptquelle strategischer Rohstoffe zur Produktion moderner Waffen und ist von großer Bedeutung im Rüstungswettlauf mit den Sozialimperialisten. Mit der Hegemonie über Katanga bereitet der Sozialimperialismus nur den nächsten Schritt vor, den Zugriff auch auf die Rohstoffe Sambias. Auch hier wie in Zimbabwe und Mozambique versucht er sich als „uneigennütziger Freund“ einzuschleichen. Als das rhodesische Siedlerregime Anfang Dezember 1976 in Botswana einfiel, machte der sowjetische Botschafter in Sambia unverblümt Botswana das Angebot, sich durch sowjetische Truppen besetzen zu lassen. Der sowjetische Botschafter Dr. Vassili Solodvinikow erklärte am 17. Dezember 1976 in Lusaka:

„Wenn die Regierung von Botswana an uns um Hilfe herantritt, werden wir sie unbedingt gewähren“,

womit er den Aufruf mehrerer Parlamentsmitglieder Botswanas unterstützte, die die Regierung aufgefordert hatten, „kubanische und russische Militärhilfe zur Zurückschlagung der rhodesischen Truppen“ zu suchen. (Times of Zambia, 18. Dezember 1976)

Der Weg Podgornys und Fidel Castros markiert die Spaltungslinie, die die Sozialimperialisten in die Einheit der afrikanischen Staaten treiben wollen, im Kampf gegen den US-Imperialismus um die Hegemonie über Afrika. – (Z-Red.)

Katanga-Gendarmen im Sold des Sozialimperialismus!

Die angolanische Regierung behauptete, bei der Invasion der Katanga-Gendarmen in die Südprovinz Zaires handle es sich um keinen Angriff auf die Unabhängigkeit dieses Landes, sondern um eine „innere Angelegenheit“ Zaires. Das folgt der gleichen Logik, mit der die Besetzung Angolas durch über 10 000 kubanische Söldner als Stärkung der Unabhängigkeit Angolas ausgegeben wird. Daß es sich bei den angeblichen „Befreiungstruppen“ um Hilfstruppen der Konterrevolution handelt, macht die bei allen Wechseln trübe Geschichte der Katanga-Gendarmen deutlich.

1959 führt das kongolesische Volk einen erfolgreichen Aufstand gegen den belgischen Kolonialismus unter Führung der kongolesischen Nationalbewegung (MNC) mit Patrice Lumumba durch. Er wird erster Premierminister des unabhängigen Kongo.

„Die politische Unabhängigkeit ist wirkungslos, wenn sie nicht von einer ökonomischen Unabhängigkeit begleitet ist. Die Reichtümer unseres Landes müssen seinen eigenen Kindern gehören und nützen“,

kündete Lumumba die Enteignung der ausländischen Konzerne an. Um das zu verhindern, betrieb das belgische Finanzkapital unter Führung der „Union Minière du Haut-Katanga“ (später Gecamines) die Sezession Katangas (heute Schaba), der rohstoffreichsten Provinz. Moise Tschombé, einen einflußreichen Stammesführer, benutzen sie als Strohmann und rüsten ihn gegenüber der Armee der Zentralregierung unter S. Mobutu mit der Söldnertruppe der Katanga-Gendarmen, mehreren Tausend Kongolesen aus der alten Kolonialarmee und weißen Söldneroffizieren, darunter zahlreiche ehemalige Bundeswehroffiziere, aus. Sie verstärkten sofort die Kupferausbeutung auf die Rekordproduktion von 300 000 Tonnen im Jahr. In der Provinz Süd-Kasai werden 80 Prozent der Industriediamanten der Welt produziert (heute unter Kontrolle der Anglo-American Corporation Südafrikas).

Die UNO, die Lumumba zum Eingreifen aufforderte und in der noch der US-Imperialismus das Sagen hatte, lehnte unter dem Vorwand der Nichteinmischung ab. Nachdem Präsident Kasawubu und General Mobutu, der als ranghöchster Offizier der belgischen Kolonialarmee Oberkommandierender der nationalen Armee des Kongo geworden war, gegen Lumumba geputscht und ihn an Tschombé und seine Katanga-Gendarmen ausgeliefert hatten, die ihn umbrachten, griffen nun die UNO-Truppen in die inneren Angelegenheiten des Kongo ein und beendeten die Sezession Tschombés. Der US-Imperialismus wollte die Einheit des Landes, um die belgische Konkurrenz auszuschalten und es selber unter der Fuchtel zu halten. Die Katanga-Gendarmen wurden nach Sambia vertrieben.

Als Mobutus Zentralarmee jedoch immer weniger mit dem Widerstands- und Befreiungskampf der früheren Anhänger Lumumbas und der MNC fertig wurde, wurde Tschombé aus dem Exil zurückgeholt, seine Katanga-Gendarmen gegen die aufständischen Volksmassen geschickt, nunmehr im Sold des US-Imperialismus. Tschombé wurde dafür zum Ministerpräsidenten gemacht. Nachdem die Herrschaft der Zentralregierung wieder gesichert war, schaltete 1965 Mobutu Tschombé wieder aus, übernahm selbst auch in Katanga die Macht und trieb die Katanga-Gendarmen erneut aus dem Land, diesmal den größten Teil nach Angola, damals portugiesische Kolonie. Hier wurden sie von den Kolonialisten gegen das Regime Mobutus eingesetzt und gegen die angolanische Befreiungsorganisation FNLA. Als 1975 die portugiesischen Kolonialisten vom angolanischen Volk verjagt wurden und der Sozialimperialismus den Bürgerkrieg auslöste, werden die Katanga-Gendarmen von ihm mit modernen Waffen ausgerüstet, und nun ziehen sie an der Seite der MPLA, geführt von kubanischen Söldnern, gegen die Befreiungsbewegung FNLA im Norden und Osten in den Krieg. Als Kern der „Nationalen Befreiungsfront des Kongo“ unter dem ältesten Sohn Moise Tschombés, Jean Tschombé, tauchen sie nun erneut auf. Als Terror- und Sabotagetrupp betreiben sie jetzt im Dienst des Sozialimperialismus erneut die Sezession dieser rohstoffreichen Provinz Zaires, dem Wirtschaftszentrum des Landes. Als Stoßtrupp der Konterrevolution müssen sie stets dem Herren dienen, der ihnen Unterschlupf gewährt und sie in Sold hält.

Streik bei Hutchinson Mannheim

Die Gummiwarenfabrik Hutchinson ist einer der ältesten Betriebe in Mannheim, der Kampf der Arbeiter dort hat eine lange Tradition. Bis vor 10 Jahren arbeiteten dort 1 000 Arbeiter und Angestellte, heute sind es noch ca 400. Aus den verrotteten Produktionsanlagen wird herausgeholt, was herauszuholen ist. Kein Wunder, daß die „Hutch" als Dreckloch und Knochenmühle bekannt ist. Zu 80 % Ausländer arbeiten dort, meist türkische Arbeiter, von denen viele vom Personalchef Frödert persönlich in Istanbul unter falschen Versprechungen angeheuert wurden. Die meisten Arbeiter schuften in Lohngruppe 1 und 2, 200 bis 240 Stunden im Monat, und haben dafür 1 100 bis 1 300 DM auf der Hand.

Im Rahmen der „Umstrukturierung" des französischen Erdölkonzerns TOTAL (Umsatz ca 20 Mrd. DM) wurde die Hutchinsongruppe (Umsatz ca. 550 Mio DM) 1974 aufgekauft. TOTAL rüstet zum imperialistischen Konkurrenzkampf, z.B. gegen den westdeutschen Konzern VEBA. Es geht um die Profitschlacht der Energieproduktion und Weiterverarbeitung von Erdöl, Kohle, usw. Die Produktion bei Hutchinson Mannheim wird völlig auf die Automobilindustrie ausgerichtet. Akkordarbeit und Schichtarbeit sollen eingeführt werden. Ein ganzes Heer von Antreibern wurde eingestellt, um die Verschärfung der Ausbeutung vorzubereiten. 80 % der Belegschaft sind Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Hetze, Dreck, Gestank, Dampf und Hitze; die Arbeit ist oft unerträglich. Der Lohn langt nicht zum Leben. Bald jeder zweite Arbeiter steht in Schuldknechtschaft der Hutchinsonkapitalisten oder einer Bank. In der Situation unterschrieben über 2oo Kollegen für die Forderungen:

1 DM mehr die Stunde – 174 DM mehr im Monat, andere Lohnzettel, denn niemand kann aus den Streifen seinen Lohn kontrollieren. Durchführung einer Betriebsversammlung zur Diskussion unserer Forderungen.

Das war die Mehrheit. Die Betriebsversammlung war die erste seit einenhalb Jahren, sie war eine einzige Anklage gegen die unmenschliche Ausbeutung im Betrieb.

„Bei Meister Büchel müssen 225 Rahmen geschnitten werden, das ist Akkord, es heißt aber, es wird kein Akkord bei Hutchinson gearbeitet." – „Wir sind doch keine Maschinen, mit denen ihr machen könnt, was ihr wollt! Wir sind Menschen und brauchen was zum Essen! „ Die 1 Mark mehr pro Stunde muß her!" Die Direktion und die Gewerkschaftsführung wird immer bleicher. Die Geschäftsleitung läßt die Hauptsicherung durch einen Meister herausdrehen, Lautsprecher und Licht gehen aus, unter dem Wutgeschrei der Arbeiter flüchtet die Direktion. „Morgen wird nicht gearbeitet" ist die Antwort der Arbeiter in den jetzt geführten Debatten.

Am nächsten Morgen ist alles klar. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bleiben im Hof. Eine türkische Arbeiterin, die gestern die Hutchinsonkapitalisten scharf angegriffen hatte, wird mit Beifall empfangen. Die Betriebsversammlung wird fortgesetzt. Die Gewerkschaftsführung muß kommen und die Leitung der Versammlung übernehmen, die Arbeiter haben sich schon einige Vertreter gewählt, die jetzt 18 Forderungen zusammenstellen, von der Renovierung der Klos und Waschräume über 15 Minuten bezahlte Frühstückspause, der Änderung der Schichtzeiten, bis zu der Mark pro Stunde für alle gleich. 60 Arbeiter und Arbeiterinnen treten in die Gewerkschaft ein. Eine Delegation von Gewerkschaft, Betriebsrat und Vertretern der Versammlung tritt in Verhandlung. Der Feind in den eigenen Reihen, die Reformisten und Revisionisten, beginnen ihr Gift zu verspritzen. Es wird im Unklaren gelassen, was sind die wichtigsten Forderungen. Die Reformisten können die Forderungen nicht direkt angreifen, die Einheit der Arbeiter ist auf Grund der einheitlichen Ausbeutungsbedingungen zu groß, also wollen sie die Forderungen verfälschen. An der Beseitigung der größten Lohngruppe im Betrieb, Lohngruppe I setzen sie an. Man müßte sehen, daß viele vielleicht in Lohngruppe III oder IV, oder andere gehörten, das sei doch die Lösung. Sie wollen über die Verfälschung der Forderungen spalten, nur dann kriegen sie den Kampf kaputt. Hartnäckig halten die Arbeiter dagegen an den Forderungen fest. Sie kämpfen darum, die wenigen Facharbeiter in diese Einheit einzubeziehen.

Der IG-ChemieVorsitzende von Mannheim, Baumgarten, ruft, in die Versammlung zurückgekehrt, mit den Worten der Hutchinsonkapitalisten zur Arbeit auf, ansonsten jeder gekündigt und abgeschoben werde. Verwirrung entsteht. Die Meister stoßen nach und holen einzelne an die Arbeit. 100 Arbeiter und Arbeiterinnen setzen bis Montag der Geschäftsleitung eine Frist und fordern die Gewerkschaft zur Urabstimmung auf. Gearbeitet wird nur formell. Überstunden werden nicht mehr gearbeitet.

Am nächsten Tag wird der Sprecher der Arbeiter und Arbeiterinnen fristlos entlassen. Über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen stürmen nach Feierabend ins Gewerkschaftshaus. DGB-Vorsitzender von Mannheim, Karg, muß die Forderungen als gerecht anerkennen, darunter auch die der Betriebsversammlung: Keine Entlassungen! Alle sagen, morgen darf nicht gearbeitet werden. Karg droht mit dem Gesetz. Die Aufbauzelle des KBW kämpft um den Zusammenschluß unter den richtigen Forderungen

– Alle aus Lohngruppe I in Lohngruppe II!
– Lohnzettel, die jeder genau kontrollieren kann!
– 15 Minuten bezahlte Frühstückspause!
– Keine Akkordarbeit bei Hutchinson!
– Rücknahme der Entlassung des Kollegen Karl!
– Keine weiteren Entlassungen!
– 1 Mark mehr in der Stunde, gemeinsam mit allen Chemiearbeitern im Tarifkampf!

Es gelingt aber nicht, alle Unsicherheiten auszuräumen und den Kern fest zusammenzuschließen. Türkische Revisionisten treten als Spalter auf. Als die Betriebszeitung am nächsten Morgen eine dreiviertel Stunde zu spät kommt, ist es den Meistern gelungen, eine einheitliche Streikfront zu verhindern. Zwei weitere Arbeiter und eine Arbeiterin werden entlassen. Als erstes will die Direktion die deutschen Sprecher draußen haben, sie sucht die Betriebsaufbauzelle. Ausländische Arbeiter sollen später folgen. Der Widerstand zeigt sich in der Arbeit. Ein Lastwagen, der sonst in 6 bis 7 Stunden abgeladen wird, ist erst in 2 Tagen leer. Überstunden werden nicht mehr gearbeitet, auch am Samstag nicht. Kollegen von Teroson Heidelberg schicken zwei Solidaritätstelegramme, ebenso Arbeiter von Rhein-Plastic-Rohr Mannheim, eine Solidaritätsresolution vom AStA der Fachhochschule für Technik wird übergeben. Erneut kommen 50 Arbeiter am Freitagabend ins Gewerkschaftshaus. Die SPD-Gewerkschaftsführung sichert für Dienstag eine Mitgliederversammlung zu. Am Wochenende treffen sich immer wieder die Arbeiter. Bei den Agitationszentren des KBW in den verschiedenen Stadtteilen, werden große Teile der Belegschaft erreicht. Am Sonntag findet eine Versammlung der KBW-Zelle mit 40 Kollegen statt. Die Forderungen werden zunächst bekräftigt. Dann aber schleichen sich türkische Revisionisten in die Veranstaltung ein, treten gegen den Streik auf, und es stellt sich heraus, daß der Übersetzer, der ein Monopol hat in der Veranstaltung, mit ihnen zusammenarbeitet und gegen den Streik hetzt.

Nach der Veranstaltung kommt heraus, es sind die selben türkischen Revisionisten, die schon an der Zersetzung des John-Deere Streiks 1973 mitgewirkt haben. So entsteht Verwirrung und auch Unsicherheit. Die Versammlung geht ohne Beschluß auseinander.

Unter diesen schwierigen Bedingungen berät sich ein Teil der Arbeiter am Sonntag abend und stellt fest: Es geht gar nicht anders, unter solchen Verhältnissen läßt es sich nicht leben. Der Kampf muß fortgesetzt werden. Dazu soll am Montag die Betriebsversammlung fortgesetzt werden. Doch sie konnte im Betrieb nicht gehalten werden. Alle Arbeiter richten sich jetzt aus auf die Gewerkschaftsmitgliederversammlung am Dienstag. Dort muß die Sache entschieden werden. Auf der Versammlung muß erreicht werden, daß die IG Chemie die Forderungen unterstützt und übernimmt, und auch den Rechtsschutz für die gekündigten vier Arbeiter übernimmt. In einem Fall verweigern die Sozialdemokraten den Rechtsschutz bereits wegen KBW-Mitgliedschaft. Die Versammlung wird im Betrieb von den Arbeitern vorbereitet, damit der Kampf zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter bei Hutchinson fortgesetzt werden kann. – (s. Bezirk Unterer Neckar)





Der niedrige Tariflohn und die Ausplünderung zwingen zur Schichtarbeit

Die Sozialdemokraten behaupten, die Konsumwütigkeit der Arbeiter würde sie zu Nacht- und Schichtarbeit und zu Überstunden treiben

Um die Wahrheit herauszufinden, muß man sich den Tariflohn nach Abzug von Steuer und Versicherungen anschauen. Bei einem Arbeiter in Rheinland-Pfalz in einer chemischen Fabrik, der seine Arbeitskraft unter dem Etikett „angelernter Arbeiter" verkaufen muß, beträgt der Tariflohn 8,10 DM die Stunde. Im Monat August 1976 betrug die normale Arbeitszeit, also 8 Stunden am Tag, auf den Monat gerechnet 176 Stunden. Der Arbeiter käme damit auf einen Bruttotariflohn von 1 425,66 DM. Das reicht nicht, die Frau arbeitet mit. Er hat ein Kind. Der bürgerliche Staat stuft ihn, weil er verheiratet ist, in Steuerklasse IV statt in Steuerklasse III ein. Das macht 66,10 DM Mehreinnahmen für den bürgerlichen Staat. Es kommt ein Nettolohn heraus: der beträgt 999,00 DM. Davon kann er nicht leben und die Familie ernähren. Davon kann nicht die Wohnung finanziert werden.

Was muß er tun, um auf einen Nettolohn zu kommen, der ihm zum Leben reicht?

Um mehr zu verdienen, verdingt er sich als Wechselschichtarbeiter bei der BASF in Ludwigshafen. Dafür bekommt er erst einmal 14,4 % Wechselschichtzulage (tarifvertraglich vereinbart). Die Wechselschicht geht über Nacht und auch über Sonn- und Feiertage. Für Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit gibt es Zuschlag von 15 % bis 150 % (Feiertage Weihnachten und 1. Mai). Die BASF-Kapitalisten zahlen zusätzlich eine Betriebsprämie zur Spaltung der Arbeiter. Der eine kriegt sie, der andere nicht. Der eine kriegt 10 %, der andere 25 %. Der Arbeiter, dessen Lohnzettel wir untersuchen, bekommt 17 % Betriebsprämie.

Auf dem Lohnzettel des Arbeiters steht: 198 Stunden insgesamt gearbeitet. Tatsächlich ist der Arbeiter aber länger in der Fabrik gewesen. Die Schicht fängt um 5.40 Uhr an und geht bis um 17.40 Uhr. Das sind 12 Stunden. Die Nachtschicht fängt um 17.30 Uhr an bis um 5.40 Uhr. Das sind wiederum 12 Stunden. 11 Stunden werden aber nur bezahlt. Die eine Stunde, die der Arbeiter mindestens braucht, um während der Schicht zu essen, um weiterarbeiten zu können für den Kapitalisten, bekommt er nicht bezahlt. Im Gegenteil, sie wird erstens nicht bezahlt und zweitens knappert der Kapitalist ständig an dieser Pause. Sie wird oft nicht gemacht oder verkürzt, weil während der ganzen Schicht die Produktion ja laufen muß.

Die niedrigen Tarife und die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat zwingen zur Nacht- und Schichtarbeit

Normalarbeitstag 176 Std. Tariflohn 8.10 DM
Wechselschicht Zuschläge auf Nettolohn bei Normalarbeitszeit
Lohn für Wechselschicht nach Abzug von Steuer und Vers.
2 000
1 800
1 600
1 400
1 200
1 000
3 Sonntage: 157,70 DM steuerfrei
72 Std. Nachtarbeit: 102,36 steuerfrei
198 St.d. Wechselschichtzul.: 238,95
Abzüge: 111,98 DM
198 Std. Betriebsprämie: 272,65 DM
Abzüge: 119,37 DM
22 Überstunden zu Tariflohn: 178,20
Abzüge: 84,90 DM
Steuer
Sozialversicherung
Nettolohn: 999,28 DM
Nettolohn 1 643,81
abzüglich 200 DM zusätzliches Essen

Im Monat August hatte der Arbeiter 18 Schichten. Also 18 mal 12 Stunden im Betrieb. Das macht 216 Stunden, von denen 198 bezahlt werden.

Von diesen 198 Stunden bzw. in Wahrheit 216 Stunden hat der Arbeiter nach dem Lohnzettel 72 Stunden nachts gearbeitet und 33 Sonntagsstunden. Er war also an drei Wochenenden Sonntags gar nicht zu Hause.

Er war auch mindestens 2 Samstage nicht zu Hause. Dafür gibt es keinen Zuschlag. Seitdem die vollkontinuierliche Schicht von den Kapitalisten mit den Sozialdemokraten ausgehandelt wurde, Der Überstundenzuschlag, den es früher für Samstagsarbeit gegeben hat, entfällt, er soll durch den Wechselschichtzuschlag abgegolten sein. Genausowenig werden die Stunden, die er in Wechselschicht über den 8-Stunden-Tag arbeitet, als solche bezahlt, auch hier soll das der Wechselschichtzuschlag abgelten.

Durch die Wechselschicht ist der Arbeiter an *jedem* Tag (außer wenn er Urlaub hat) mindestens 5 Stunden in der Fabrik. Hat er zum Beispiel Dienstags eine „Freischicht", so bedeutet das, daß er Dienstag morgens um 5.40 Uhr fertig ist, dann aus der Fabrik kommt und dann schläft. Die nächste Schicht fängt dann um 17.40 Uhr Mittwochs an. Die Zeit zwischen den beiden Schichten ist die Freischicht.

Für diese Schinderei bekommt der Arbeiter einen Bruttolohn von 2 397,48 DM.

Mit steigendem Bruttolohn steigen die Abzüge. Auf die Zuschläge Betriebsprämie und BASF-Schichtzulage, die beide für 198 Stunden gezahlt werden, zieht der Staat ein Mehr an Steuer gegenüber dem Bruttotariflohn von 296,23 DM. Das verdient der bürgerliche Staat an der Schichtarbeit.

Die Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit sind steuerfrei. Sie sind nur dann steuerfrei, wenn der Arbeiter tatsächlich gearbeitet hat. Ist der Arbeiter krank, wird dieser Betrag ebenfalls besteuert. So verdient der Staat dann an der Krankheit und schafft zudem dem Kapitalisten Mittel, den Arbeiter rasch wieder zuzutreiben.

Netto bekommt der Schichtarbeiter jetzt heraus: 1 640 DM. Durch die Schichtarbeit steigen seine Reproduktionskosten, die er im Betrieb hat. Eine Abteilung bei der BASF hat sich darüber unterhalten und berichtet, daß sie pro Mann in der Schicht 15 DM allein fürs Essen brauchen. Das sind um die 10 DM mehr, wie man sonst im Betrieb bei normaler Arbeitszeit braucht.

Rechnet man, daß der Arbeiter ca. 20 Schichten monatlich hat, hat er Ausgaben dafür von 200 DM. Zieht man diese noch von dem Nettolohn von 1 640 DM ab, die er hat, kommt man auf den Betrag, den ein Arbeiter in Normalarbeitszeit in der Chemiebranche brutto verdient: 1 400 und etwas.

Die Abzüge von Versicherungen und Staat vom Tariflohn zwingen den Arbeiter also zur Nacht- und Schichtarbeit, um auf einen Lohn zu kommen, der ihm knapp zu leben reicht.

Die Schichtarbeit muß abgeschafft werden, der Arbeiter muß vom Lohn, den er für den Normalarbeitszeit erhält, leben können. Das geht nicht, wenn der Staat und die Versicherungen ihn plündern. Der Lohnkampf ist notwendig. Genauso nötig ist, für einen Steuerfreibetrag zu kämpfen von 1 500 DM, wenn nicht jede Mark mehr des Arbeiters zur Bereicherung des kapitalistischen Staates führen soll und der Arbeiter gezwungen ist, seine Lebenszeit in Arbeitszeit zu verwandeln für den Kapitalisten, damit der Lohn zum Leben reicht. – (Z-Red.)

Bericht eines BASF-Arbeiters

Meine Arbeitszeiten in der Wechselschicht sind folgendermaßen: von 5.40 bis 17.40 Uhr und von 17.40 bis 5.40 Uhr. Nach zwei Schichten habe ich 24 Stunden frei. Mein Tagesablauf zwischen den Schichten sieht folgendermaßen aus: 5.40 bis 17.40 Uhr, dann ist man meistens so geschafft, daß man gegen 21.00 Uhr abends todmüde ins Bett fällt. So gegen 8.00 Uhr morgens den nächsten Tag steht man auf und kann was lesen oder so. Gegen 12.00 Uhr mittags legt man sich wieder ins Bett und schläft bis 16.00 Uhr für die Nachtschicht vor. Die Nachtschicht geht dann wieder von 17.40 bis 5.40 Uhr. Dann geht man nach Hause und legt sich gegen 7.00 Uhr morgens bis 13.00 Uhr mittags hin und schläft. Von 13.00 Uhr bis so gegen 22 Uhr kann man sich dann erholen. Um 22 Uhr geht man dann wieder ins Bett, daß man morgens um 4.30 Uhr wieder aufstehen kann für die Tagschicht. Also in 36 Stunden arbeite ich 12 Stunden, aber von den restlichen 24 Stunden bin ich nur 14,5 Stunden wach. Also bin ich in 36 Stunden 14,5 Stunden ansprechbar oder sozusagen zu Hause. Man kann wohl schlecht sagen, wenn jemand schläft, daß er zu Hause ist, geschweige denn ansprechbar ist.

Lohnraub dient der Vorbereitung von Massenentlassungen

„Zurückhaltung der Arbeiter in den Tarifrunden sichert die Arbeitsplätze.“ Mit dieser Devise hatten die Sozialdemokraten im Winter den 6%-Lohnraubabschluß begründet. Daß das gelogen ist, ist augenscheinlich.

Jetzt sollen in diesem Jahr in den Saarhütten über 2 000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Die folgende Tabelle beweist jedoch noch mehr: Der Zusammenhang ist gerade umgekehrt! Jeder Erhöhung der Arbeitslosigkeit ging eine Senkung der Effektivlöhne voraus, bzw. eine Senkung der Lohnerhöhung. Durch den Druck der industriellen Reservearmee blieben die Löhne weiter in dem Maße gedrückt, wie die Kapitalisten ihre Produktion nicht erweiterten.

Das kommt daher, daß die Kapitalisten durch den Lohnraub eine besonders große Masse von Kapital anhäufen können, die sie dann für Rationalisierungsinvestitionen einsetzen. Dies ist wie 1966/67 auch heute der Fall, wo die Röchling-ARBED-Kapitalisten 450 Millionen aus den Knochen der Stahlarbeiter gepreßt haben, um ein neues Werk zu bauen, durch das mehrere tausend Arbeiter „freigesetzt“ werden sollen.

Jahr	Einkommen brutto	Einkommen netto	Arbeitslos. Quote
1966	7,2%	5,7%	0,8%
1967	3,2%	2,5%	3,5%
1968	6,1%	4,8%	3,4%
1969	9,2%	8,1%	1,7%
1970	14,7%	13,7%	1,1%
1971	11,9%	10,6%	1,2%
1972	9,4%	7,9%	1,5%
1973	11,9%	9,5%	1,9%
1974	11,0%	9,2%	3,9%
1975	7,0%	5,4%	6,1%
1976	5,0%	2,4%	6,3%

Durch den Druck der industriellen Reservearmee sollen die Arbeiter auf den Lohnkampf verzichten. Im Arbeitsamt Saarbrücken besteht eine inoffizielle Richtlinie an alle Angestellten, jedem kleinsten Anlaß zur Einschränkung, Streichung oder Verzögerung der Arbeitslosengeldzahlungen zu nutzen, wie zum Beispiel die verspätete Meldung eines Umzugs. Als „annehmbare Arbeitsstelle“ werden Putzstellen im evangelischen Krankenhaus für 3,50 DM die Stunde den arbeitslosen Frauen aufgezwungen.

Für die entlassenen Stahlarbeiter wird die Lage entsprechend unerträglich sein. 68 Prozent Arbeitslosengeld wird vorne und hinten nicht reichen, zumal durch die Kurzarbeit der Bruttolohn meist schon real gesunken ist. Schon von 1974 auf 1975 ist derLohn der Stahlarbeiter von durchschnittlich 428,00 DM brutto in der Woche auf 415 DM gesunken.

In verschiedenen Abteilungen, in denen ohne große Unterbrechungen seit über zwei Jahren Kurzarbeit gefahren wird, wurde jetzt der Härteausgleich im Februar gestrichen. 1 186,00 DM verbleiben einem Facharbeiter mit Frau und Kind. Davon 68 Prozent werden nie zum Leben reichen. Er wird schließlich auf das Sozialamt angewiesen sein, wo er für „gemeinnützige Arbeiten“ auf dem Friedhof einen Tag für 4 DM verpflichtet werden kann.

So verschärft die Kontrolle der Kapitalisten über die Arbeitslosenversicherung den Druck der industriellen Reservearmee auf die beschäftigten Arbeiter 80 Prozent Arbeitslosengeld, Bezahlung durch die Kapitalisten, Kontrolle der Versicherungen durch die Lohnabhängigen, diese Forderungen sind dringlich.

Interview mit einem Arbeiter der Thyssen Niederrhein AG, Werk Duisburg

Kurzarbeit, Entlassungen, Schweißauspressung in der Stahlindustrie

Wie oft habt ihr in letzter Zeit kurzgearbeitet?

Wir machen jetzt seit 2 Jahren Kurzarbeit, praktisch jeden Monat 7-10 Tage. Am Anfang hatten wir Blockstillstände von 1-2 Wochen. Jetzt im Februar hat die Drahtstraße Drei 7 Tage gemacht und für März sind 11 geplant.

Sind alle Produktionsbereiche von der Kurzarbeit betroffen?

Nein, gegenwärtig nur die beiden Drahtstraßen. Feineisen und der Streck- und Drillbetrieb arbeiten durch, aber nur auf zwei Schichten. Auf Feineisen werden Flach- und Keileisen usw. hergestellt, die z.T. für die Automobilindustrie gebraucht werden, z.B. als Achsen. Im Streck- und Drillbetrieb wird praktisch nur Draht zu Baustahl für die Bauindustrie verarbeitet. Auf den Drahtstraßen wird das Vormaterial dafür produziert. Außerdem Draht für Drahtseile, Nägel, Schrauben usw. und Stahlcord für Autoreifen. Auf der Drahtstraße 4, die moderner ist und größere Leistung bringt, wird weniger kurzgearbeitet als auf der 3.

Die Kapitalisten sagen, die Produktion muß eingeschränkt werden, weil keine Aufträge da sind. Stimmt das?

Zunächst ist die Produktion gesunken von etwa 93 000 t auf 56 000 t zu Beginn der Kurzarbeit. Dann ist sie aber kontinuierlich wieder gestiegen auf bis zu 86 000 t im Monat. Im Durchschnitt haben wir im letzten Jahr monatlich über 70 000 t gewalzt.

Das bedeutet also, daß während der Kurzarbeit die Ausbeutung erheblich gesteigert wurde.

Ja, das kann man wohl sagen. Beim Arbeiten kommt keiner zu kurz. Obwohl durch die Kurzarbeit die gesamte Arbeitszeit im vergangenen Jahr um rund 20% gesenkt wurde, ist die Produktion nur um 0,5% gesunken gegenüber dem Vorjahr. Es ist ungeheuer rationalisiert worden. Am Feineisen ist einer von der Steuerbühne abgezogen worden und jetzt muß der Ofenmann den Rollgang bedienen. An der 280er-Straße sind die Abzieher weggekommen, 4-6 Mann. Die haben da jetzt eine Apparatur hingebaut, die das Material automatisch runterschmeißt. Das soll demnächst auch an der 420er so gemacht werden. Der Scherenmeister muß die Längen jetzt automatisch einstellen, die Pakete mit abbinden – meist 5 t Pakete – und absetzen. Da ist auch ein Mann weggefallen. Demnächst soll das Warmbett von der Steuerbühne mitgefahren werden – wieder einer weniger. Ich könnte noch viele Beispiele erzählen. Überhaupt arbeitet ja nie die ganze Besatzung der Walzstraßen kurz. An den Wochenenden und während der Kurzarbeitszeit wird die Walzstraße repariert. Dann kann schneller gearbeitet werden, weil weniger Schrott gefahren wird. Insgesamt wurde die Belegschaft von 1974 bis jetzt um über 100 Mann verringert. Das sind fast 4%. An der Walzstraße wird jetzt auch häufiger gebaut. Früher ist nur selten auf Nachtschicht gebaut worden, das kommt jetzt öfter vor. Das bedeutet natürlich Mehrarbeit für die Walzer, denn auf Nachtschicht sind die Leute vom Bauplatz nicht da. Mit den Entlassungen, die sie jetzt planen, wird die Arbeitshetze noch größer. 350 sollen entlassen werden. Die Drahtstraße 3 soll von vieradriger auf zweiadrige Fahrensweise umgestellt werden. Da werden die Walzer noch mehr ran müssen, weil die Möglichkeit besteht, bei Störungen die Adern zu wechseln. Die an der Bundstation werden kaum noch eine Pause sehen. Die Umstellung von 6- auf 5-Tage-Woche im Instandhaltungsbereich heißt ja auch nicht, daß die Arbeit weniger wird. Nur die Arbeiter, die sie machen müssen, werden weniger.

Das Kurzarbeitergeld beträgt nur 63% des Nettolohns ...

Ja, auf die Dauer geht das mächtig ins Geld. 1974 habe ich im Monat zwischen 1200 und 1300 DM verdient, mit Überstunden, netto. Heute habe ich 1 000 bis 1 100 Mark und die Preise sind ja seit damals kräftig gestiegen. Allein für die 4 Monate jetzt bis April, wofür die Kurzarbeit bekannt ist, habe ich einen Lohnverlust von schätzungsweise 360 Mark netto. Ein eigenes Auto, das was taugt, könnte ich mir nur kaufen, weil der Sparvertrag ausgelaufen ist. Zum Glück brauche ich keins. Durch die Kurzarbeit hast du zwar mehr Freizeit, die kannst du aber gar nicht zur Erholung nutzen, weil das Geld nicht reicht. Darüber sind alle sauer. Aber zu Kampfmaßnahmen wie in der Thyssen-Gießerei Meiderich gegen Entlassungen und Kurzarbeit ist es bei uns bislang nicht gekommen. Die Sozialdemokraten haben gar kein Interesse daran. Im Gegenteil. Die haben immer noch gesagt, daß es unumgänglich wäre mit der Kurzarbeit. Deshalb ist bisher im Werk keine Einheit für die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit. Darüber diskutieren wir jetzt, daß diese Forderung am 1. Mai auf der Demonstration mitgetragen wird. (Zelle Stahl-Duisburg/Rhein-Ruhr)

Bremer Vulkan:

Schweißerversammlung setzt Rücknahme der Entlassung durch

Bremer Vulkan:

Schweißerversammlung setzt Rücknahme der Entlassung durch

Folgendes war passiert: Ein türkischer Schweißer hatte an Bord in irgendeine Ecke gepißt. Solches passiert oft. Beim Schweißen ist es äußerst verhaßt. Einige Akkordschreiber hatten den türkischen Arbeiter nun ertappt, ihn bei der Meisterei, dem Betriebsrat und Personalbüro angeschwärzt und seine Entlassung verlangt. Personalbüro und Betriebsrat entsprachen diesem, wie sie es später nannten, „Wunsch der Kollegenschaft.“ Der Arbeiter war entlassen, noch keine fünf Jahre in der BRD, hatte keine Arbeitsstelle mehr und sollte daraufhin in die Türkei abgeschoben werden. Erst jetzt wurde die ganze Geschichte unter den Schweißern bekannt, denn die türkischen Vertrauensleute und der türkische Kollege selbst traten an den Betriebsrat wie auch das Personalbüro heran und drangen auf die Wiedereinstellung. Kaum einer hatte vorher diese Entlassung mitbekommen.

Die Akkordschreiber, zum Teil gewählte Vertrauensleute, begründeten durchweg die Entlassung mit den Worten: „Wer an Bord pißt, der fliegt raus. Das muß so sein.“ Darüber herrschte unter den Schweißern insgesamt eine große Empörung. Der Betriebsrat drückte sich um eine Entscheidung herum, die Schweißerbetriebsräte waren unterschiedlicher Meinung. Es wurde eine Branchenversammlung einberufen der Schweißer, wo die Entlassung entschieden werden sollte. Der Branchenobmann, zugleich Akkordschreiber, stellte das Problem dar: „Wer an Bord pißt, muß raus.“ Vereinzelte Buhrufe. Ein weiterer Akkordschreiber, ehemaliger Betriebsrat, bekräftigte dies und fragte großmäulig: „Wer von Euch will den denn überhaupt in seiner Kolonne haben?“ Mehrere empörte deutsche Arbeiter sprangen auf und schrien ihn nieder, das stände hier garnicht zur Debatte, der Arbeiter gehöre sofort wieder eingestellt. Gedonnere auf den Tischen der rund 350 Schweißer und Brenner.

Dem Akkordschreiber nimmt ein türkischer Arbeiter das Megaphon aus der Hand und fragt die Versammlung „wer will denn eigentlich mit dir zusammenarbeiten?“ Schweigen der Versammlung. Klar, so geht's nicht. In einem folgenden Redebeitrag stellt eine Genosse dar, welch Lehrstück der Versammlung gerade vorexerziert wurde: Türkische und deutsche Kollegen gehen aufeinander los. Wo die Sache doch einfach ist. Warum wird denn an Bord gepißt? Doch nicht, weil die Zivilisation, sprich Toiletten, abgelehnt werden, sondern weil diese Wanderung aus den Schiffen raus den Akkord kürzt. Das ist der Grund und ist man gegen das Gepisse an Bord, dann muß man gegen den Akkord sein, bzw. dafür, daß der Dreck weggemacht wird, bevor geschweißt wird. Das was hier provoziert wird, dient nur der Spaltung, damit den Kapitalisten. Die nächste Zeit wird rauh, da brauchen wir unsere Einheit mehr als alles andere. Und wer meint, ihm mißliebige Arbeiter sich so entledigen zu können, der gehört eines besseren belehrt. Das war schon eine Sauerei, daß man ihn überhaupt schon entlassen hat. Jetzt gehört der Arbeiter sofort wieder eingestellt. Donnernder Applaus der Versammlung. Die Sache ist klar. Der Branchenobmann versucht es noch einmal, er fragt wie denn der Arbeiter gearbeitet hätte. Er wird niedergeschrien und muß abstimmen lassen. Ergebnis: Alle bis auf 10 bis 12 Akkordschreiber und dem Obmann sind für die sofortige Wiedereinstellung. Letztere werden ausgebuht. Die Entlassung des Arbeiters war ein Anschlag auf die Einheit der deutschen und türkischen Arbeiter. Die Versammlung hat den Zusammenschluß klarer und bewußter gestaltet. „Die arbeiten genau wie wir: wenn wir uns auseinander dividieren lassen, können wir einpakken“, sagte ein Schweißer nachher. Die türkischen Arbeiter freuen sich ungemein über die große Unterstützung ihres Landsmannes durch die ganze Branche. Nach der Versammlung hat man sich viel gegenseitig auf die Schultern geklopft. – (Zelle Bremer Vulkan)

Rückgang der Produktion – Umsetzung von Facharbeitern

Krise in der Automobilbranche kündigt sich an

Karmann Osnabrück. Im Werkzeugbau sollen in großem Umfang Umbesetzungen durchgeführt werden. Letzte Woche wurden schon fünf Arbeiter für drei Monate ins Werk Rheine umgesetzt. Weitere 50 werden diese Woche zum Teil nach Rheine und zum Teil in den Rohbau, bzw. in die Endmontage versetzt. Bis zum Sommer sollen etwa 250 Arbeiter aus dem Werkzeugbau ans Band gesetzt werden. Ein Vertrauensmann redete sogar von 400 und zwar aus den Bereichen Konstruktion, Werkzeugbau, Maschinenpark und Vorrichtungsbau.

In dieser Lage ist es nicht unwahrscheinlich, daß die 50 Werkzeugmacherlehrlinge, die jetzt ihre Facharbeiterprüfung machen, nicht als Werkzeugmacher übernommen, sondern ans Band gestellt werden.

Bis vor kurzem wurden im Werkzeugbau noch drei Schichten gefahren, Überstunden und Sonderschichten geklopft, um die Lieferfristen für die Werkzeuge einzuhalten. Jetzt geht es „normal“ im Zweischichtbetrieb weiter, aber immer noch Überstunden- und Sonderschichtzwang für die Arbeiter. Das geht nicht mehr lange gut, weil die Anschlußaufträge fehlen. Das BMW-Coupe, das bei Karmann Osnabrück im Rohbau, also bis zum Grundlack, gefertigt und in Rheine endmontiert wird, wird ab Oktober nicht mehr bei Karmann gebaut. Die BMW-Kapitalisten wollen das Coupe in einem ihrer eigenen Werke in Dingolfingen fertigen lassen. Außerdem wird nach dem Werksurlaub im Sommer der Scirocco von 180 Stück pro Schicht auf 160 heruntergesetzt und der VW-Cabrio soll im Sommer auslaufen.

Die Sorge der Geschäftsleitung brachte Karmanns rechte Hand, Ukena, auf der Genfer Mobilschau zum Ausdruck: „Wir sind Tag und Nacht am Feind, um etwas herauszubekommen. Aber wir wissen alle, daß derzeit niemand Mut besitzt, neue Automobile herauszubringen.“ Und weiter: „Wir könnten auch einige hundert Arbeitnehmer aus Rheine nach Osnabrück übernehmen, wie dann eine mögliche Durststrecke aussehen wird, kann noch niemand sagen.“ Er traut es sich nicht, hätte er sagen sollen. Jetzt gehen sie daran, den Arbeitern vor dem Einbruch der Konjunktur in der Automobilindustrie noch einmal so richtig das Fell über die Ohren zu ziehen, bevor die Entlassungen kommen. Aber so einfach ist das nicht.

Im Werkzeugbau gibt es gegen die Umbesetzungen Widerstand. Die Arbeiter diskutieren darüber, ob sie nicht die Sonderschichten fallen lassen. Es gibt Bewegungen gegen die Schichtarbeit. In mehreren Gruppen fordern die Arbeiter, daß eine Bereichsversammlung für den Werkzeugbau einberufen wird, um sich Klarheit über die Lage zu verschaffen. – (Betriebszelle Karmann)

DRUCKARBEITERSTREIK IN DÄNEMARK WEITET SICH AUFS GANZE LAND AUS

In der achten Woche des Streiks der 1 000 Drucker und Setzer von Berlingske Tidende hat sich der Konflikt zu einem Kampf ausgeweitet, der die gesamte dänische Druckindustrie umfaßt. Der Kampf verschärfte sich dadurch, daß die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie, bei denen die Kapitalisten die im Stillhalteabkommen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung vom August letzten Jahres vorgesehenen 2 Prozent Lohnerhöhung durchzudrücken versuchten, am Mittwoch, dem 23. März, am Widerstand der Arbeiter scheiterten. Seitdem geht es Schlag auf Schlag. Die vorläufig letzte Meldung ist die fristlose Entlassung der 1 000 Setzer und Drucker von Berlingske am Sonntagabend. So spitzte sich der Kampf zu:

Kurz nachdem das Scheitern der Tarifverhandlungen im Druckereibereich am Mittwoch bekannt ist, legen in vielen Betrieben überall im Land die Drucker und Setzer die Arbeit nieder. Sie fordern: Keine Schlichtung! Urabstimmung für Streik, Mindestlohn von 35 Kronen in der Stunde (statt der im Schlichtungsvorschlag angegebenen 29 Kronen)! Die Zeitungen „Politiken“ und „Extrabladed“ sowie viele Zeitungen in der Provinz erscheinen nicht. Am Donnerstag, dem 24. März, werden die Drucker und Setzer von Berlingske Tidende in einem neuen Arbeitsgerichtsprozeß zu weiteren hohen Geldstrafen verurteilt. Insgesamt belaufen sich die Strafen gegen die Gewerkschaft und gegen einzelne Arbeiter damit auf 1,4 Millionen Kronen. Am gleichen Tag sperrt der Konzern Berlingske die 250 Drucker und Setzer des Betriebs Husumtryk aus, weil sie sich weigern, das inzwischen doch in Westdeutschland vorbereitete Material für die Sonntagsausgabe von Berlingske Tidende zu drucken.



Diese Maßnahmen der Druckkapitalisten und der Klassenjustiz lösen eine Welle von neuen Streiks und Protestaktionen aus. In fast allen größeren Druckbetrieben Dänemarks werden die Maschinen abgestellt. Den Zeitungsverlagen schließen sich die Buchdruckereien an. 4 000 Arbeiter aus der Druckindustrie und vielen anderen Betrieben demonstrieren am Abend des 24. März in Kopenhagen gegen den Schlichtungsvorschlag, gegen das Urteil des Arbeitsgerichts und gegen die Aussperrung der Drucker und Setzer von Husumtryk. Die Streiks gehen am Freitag, zum Teil auch noch am Sonnabend weiter.

Am Sonntagabend entläßt der Konzern Berlingske die 1 000 Drucker und Setzer. Aber wenn die Druckkapitalisten hoffen, dem Kampf so ein Ende zu bereiten, so irren sie sich gewaltig. Die Drucker und Setzer von Berlingske sind in den acht Wochen ihres Streiks zu Vorkämpfern in der dänischen und der gesamten westeuropäischen Druckindustrie geworden. Darüberhinaus sind sie Vorkämpfer gegen den „Augustvergleich“, jenen Sozialpakt, mit dem die dänischen Kapitalisten mit Hilfe der Gewerkschaftsführung die Arbeiterklasse verschärft auszubeuten und niederzuhalten versuchen. Dieser Sozialpakt verbietet den Gewerkschaften für einen Zeitraum von drei Jahren, irgendeine Forderung aufzustellen und durchzusetzen. Innerhalb dieser drei Jahre sind Lohnerhöhungen von insgesamt nur 6 Prozent festgesetzt bei einer Inflationsrate von 15 Prozent. Der Sozialpakt ist in der ganzen dänischen Arbeiterklasse und im ganzen dänischen Volk verhaßt. Deshalb wird die Entlassung der Drucker und Setzer von Berlingske den Kampf nicht beenden, sondern ihn erst richtig anfangen lassen. Er wird in der Druckindustrie weitergehen und übergreifen auf andere Bereiche. In öffentlichen Stellungnahmen erklärt die etwa 200 000 Mitglieder umfassende Gewerkschaft HK (Handel und Büro): Keine Lohnkürzungen! Keine Arbeitszeitverlängerung! Keine Schlichtung in den Tarifverhandlungen! Wir sind bereit zum Streik. – (b, Bezirk Holstein)

Bremer Vulkan. Auf der Vertrauensleutesitzung wurden 13 Anträge zum Gewerkschaftstag beschlossen, u.a. der Antrag der Schiffbaubranche nach Verbot des Akkordsystems und aller akkordähnlichen Systeme. Gegen einen Antrag der sozialdemokratischen Vertrauenskörperleitung für Sockel- und Prozentforderung wurde ein Antrag für Festgeld verabschiedet.

Weitere Forderungen: Raus aus der Konzertierten Aktion; gewerkschaftliche Organisierung der arbeitslosen Schulabgänger.

Hamburg. Die Arbeiter des MAN-Werks am Hachmannkai/Steinwerder haben am Montag letzter Woche eine halbe Stunde gegen die Schließung des Kesselbaus mit 312 Arbeitern gestreikt. Die Geschäftsleitung hat inzwischen für 161 Arbeiter ein „Versetzungsangebot" in andere MAN-Werke an anderen Orten gemacht. Die Arbeiter fordern „Keine Entlassungen". Sie werden sich nicht mit dem Versetzungsangebot abspeisen lassen. – (Hamburger Abendblatt vom 22. und 23.3.77)

Hamburg. Arbeiter aus der Verfahrenskontrolle des Hamburger Aluminiumwerkes haben einen Brief an den IG Chemie-Vorstand geschrieben, in dem sie die Zurücknahme der 9 %-Forderung fordern und stattdessen 1 DM mehr in der Stunde. Der Brief wurde im Pausenraum aufgehängt. In den Diskussionen stimmten dem weitere Arbeiter zu. Ein Arbeiter, der Conti-Schicht arbeitet, sagte: „Ich habe als Tariflohn die Lohngruppe 2 gleich 8,37 DM. Um meine Familie zu ernähren, muß ich mindestens sechs Extraschichten machen. Würden – angenommen – die 9 % durchgesetzt, dann habe ich eine Tariflohnerhöhung von 130 DM brutto im Monat. Das ist ein Witz."

Angegriffen wurde die Besteuerung: „Die Besteuerung ist unverschämt. Meiner Meinung nach brauchen wir eine Besteuerung, die erst bei dem Betrag ansetzt, der zum Leben reicht. Das müßte mindestens mein Bruttotariflohn sein, sonst bleibt dir bald gar nichts mehr von der Lohnerhöhung übrig."

Westberlin. Am Samstag, den 26.3. war die Delegiertenversammlung der IG-Chemie, Papier, Keramik, Verwaltungs-

Westberlin. Am Samstag, den 26.3. war die Delegiertenversammlung der IG-Chemie, Papier, Keramik, Verwaltungsstelle Berlin. Von Schering lagen aus in zwei Abteilungen von insgesamt 15 Arbeitern beschlossene Telegramme der Delegiertenversammlung vor. In den Telegrammen hieß es: „Wir fordern Euch auf, auf dieser Versammlung für die Tarifauseinandersetzung 170 DM zu beschließen! Weil nur dadurch ein Absinken unserer Löhne verhindert werden kann und sich die Arbeiter und Angestellten darauf zusammenschließen können. Der Arbeitsring Chemie denkt an 5 %. Dagegen sind wir. Wir sind entschieden gegen die spalterischen Forderungen, die in einigen Tarifbezirken in Westdeutschland aufgestellt wurden."

Der Sozialdemokrat Grüzner aud dem Hauptvorstand hielt ein Referat zur Lohnauseinandersetzung, das damit endete, daß die Gewerkschaft auf keinen Fall unter 7 % abschließen wird. Er meinte natürlich, daß die Sozialdemokraten auf jeden Fall vorhaben, den Kapitalisten die Lohnsenkung zu erleichtern und abzusegnen. Deshalb haben die Sozialdemokraten auch gar nicht erst die Telegramme verlesen lassen und keinen Beschluß über eine Forderung gefaßt.

Westberlin. Gegen die Absicht von Wirtschaftsminister Friderichs, in Westberlin einen Großversuch mit verlängerten Ladenschlußzeiten durchzuführen, hat die Gewerkschaft HBV eine Unterschriftensammlung organisiert. Im Text heißt es: „Wenn dieser Plan Realität wird, werden wir das entschieden bekämpfen." Bei Bilka, Hauptstraße, hat die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten unterschrieben: „Wenn das durchkommt, werden wir auf die Straße gehen und demonstrieren." Bereits 1973 hatte die Bourgeoisie eine Verlängerung des Ladenschlusses durchsetzen wollen. Mit einer großen gewerkschaftlichen Demonstration und Veranstaltung haben die Lohnabhängigen im Einzelhandel damals den Angriff auf ihre Arbeitszeit zurückgeschlagen.

Fast ein Drittel weniger Lohn als die industriellen Kapitalisten zahlen die Einzelhandelskapitalisten für eine Arbeitskraft. Während die „Arbeitskosten" (Bruttolöhne plus „Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung") 1974 in der Industrie um 27 000 DM lagen, zahlten die Einzelhandelskapitalisten durchschnittlich nur 19 000 DM. Hungerlöhne sind die Grundlage für die Aneignung hohen Profits durch das Handelskapital. Die großen Kaufhäuser und Ladenketten sind dabei am weitesten vorangeschritten: Bei den Betrieben mit über 500 Beschäftigten lagen die „Arbeitskosten" bei nur 18 528 DM. Nur im Kampf für einheitliche Festgeldforderungen können die Lohnabhängigen im Handel die Kraft entfalten, um der absoluten Verelendung entgegenzutreten (Zahlen nach: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 1976, S.339)

Von allen DGB-Gewerkschaften am schnellsten wächst die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV). Um 6,9 % wuchs ihre Mitgliederzahl 1976 auf 274 783. Im Vorjahr war die Mitgliederzahl um 8,7 % gestiegen. Die rasche Zunahme der gewerkschaftlichen Organisierung im Bereich HBV zeigt den Willen der Lohnabhängigen dort zum Zusammenschluß und Kampf.

Druckindustrie: Geschlossenes Vorgehen gegen Rationalisierung und für Festgeld

Osnabrück. Damit die Druckarbeiter den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung führen können und um die spalterische 9 %-Forderung der Tarifkommission zu Fall zu bringen – dafür ist die Einheit der Arbeiter notwendig. Das sind Erkenntnisse der Bewegung in der Druckindustrie. Das fürchten die Kapitalisten, haben sie erst im letzten Jahr die Kraft der Druckarbeiter in den Streiks zu spüren bekommen. Auch die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung fürchten die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes, dann wird ihnen die Bindung an die Interessen der Kapitalisten und an den bürgerlichen Staat nicht mehr gelingen. Also tun sie alles, um zu spalten!

Zu Beginn der Tarifrunde haben Mahlein und Ferlemann aus dem Vorstand der IG Druck und Papier theoretische Angriffe auf die Einheit der Druckarbeiter durchgeführt – um in der Praxis gegenüber den Arbeitern die 9 % durchsetzen zu können. Dabei wollten sie spalten zwischen Hilfsarbeitern und Facharbeitern, bei den Facharbeitern wieder zwischen Ecklöhnern (Handsetzer, Drucker, Buchbinder) und Maschinensetzern. Von ihrer ganzen Argumentation her schauen sie auf die Maschinensetzer und argumentieren angeblich von deren Standpunkt.

Diese Spaltungsversuche wurden schon auf der Ortsvereinsversammlung in Osnabrück offengelegt, als es um die Aufstellung der Forderung ging. Die Festgeldforderung setzte sich mit großer Mehrheit durch, jedoch gegen einige Stimmen von Maschinensetzern.

Als die Tarifkommission 9 % aufstellte, wurden in Osnabrück bei Fromm und M & E Unterschriften gegen diese Forderung, für 150 DM gesammelt. Insgesamt waren es über 50 Unterschriften. Davon nur zwei Maschinensetzer.

Einige Maschinensetzer traten in Diskussionen für die 9 %-Forderung ein. „Beim Festgeldbetrag ist es doch so, daß ich, da ich einen höheren Lohn habe, mehr Steuern bezahlen muß, also habe ich im Endeffekt weniger als ein Hilfsarbeiter netto von der Lohnerhöhung, deswegen bin ich nicht für die Festgeldforderung", sagte einer. Als ihm entgegnet wurde, daß das doch nur heißen könne, daß man den Angriff auf das Steuersystem im Tarifkampf führen muß, es aber nur unter einer einheitlichen Forderung, die das Hinabsinken der unteren Lohngruppen verhindert, möglich sei, alle Arbeiter zusammenzuschließen, meinte er: „Was Ihr in dem Flugblatt (vom KBW) zum Steuersystem geschrieben habt, mit dem 1500 DM Steuerfreibetrag, das finde ich richtig, aber ich bin trotzdem nicht für die Festgeldforderung. Heute geht doch die Tendenz dahin, daß die Hilfsarbeiter immer mehr bekommen, und da frage ich mich, warum ich überhaupt gelernt habe und den Lehrgang gemacht habe, wenn man dann letztendlich doch fast das gleiche verdient!" Entgegnet wurde ihm von anderen Arbeitern, daß er sich in der jetzigen Zeit doch mit seiner Ausbildungsbescheinigung die Wände tapezieren könne. „Was nützt Dir denn Deine Ausbildung, in zwei, drei Jahren wird's wahrscheinlich bei uns gar keinen Maschinensetzer mehr geben, wenn die alles auf Fotosatz umgestellt haben." „Notwendig ist es geradezu, daß die Hilfsarbeiter näher an uns heranrücken, sonst bleiben den Kapitalisten noch Möglichkeiten, uns rauszuwerfen und einfach Frauen für 80 % oder so an die Maschinen und Geräte zu setzen! Ja, meinst Du denn, die Kapitalisten wollen Dir freiwillig nach Einführung des Fotosatzes 120 % geben? Die haben ganz was anderes vor, die wollen den Lohn drükken."

Klar wird anhand der Diskussionen die Politik der Sozialdemokraten, die Maschinensetzer zu benutzen, um die Einheit der Arbeiter zu zerstören. Berufsständische Politik haben sie jahrelang betrieben. Das haben sie gemacht über die Berufssparten. Waren diese Sparten wie Handsetzersparte, Drukkersparte, Maschinensetzersparte historisch gewachsen aus dem Zünftewesen im Handwerk der „schwarzen Kunst", so hat diesem die objektive Entwicklung den Boden entzogen. Aus dem Handwerk wurde durch Zentralisierung und Monopolisierung eine Industrie, die die Kapitalisten beschleunigt vollzogen haben. Trotzdem wurde diese Politik weiter betrieben. Sie birgt Spaltung in sich, Aufsplitterung in Interessen der Berufsgruppen, statt gemeinsamer Kampf unter zentralen Forderungen gegen die Kapitalisten. Das haben die Sozialdemokraten jahrelang betrieben und darauf bauen sie jetzt auch in ihrer Argumentation. So ist es denn auch kein Wunder, daß es als einzige Sparte in Osnabrück bis vor kurzem noch die Maschinensetzersparte gab.

Kriegt man diese Spaltungslinien, die gestreut werden, nicht in den Griff, so wird das seine Auswirkungen haben im Kampf gegen Lohnabbau und kapitalistische Rationalisierung. Die klare Absicht der Kapitalisten ist es doch, den Lohn der Druckarbeiter zusätzlich zu den Rationalisierungen und in deren Gefolge zu senken, um den Zwang zu vermehrter Überstunden- und Sonntagsarbeit zu erhöhen. Versuchen werden sie, die Maschinensetzer von 120 % auf 100 % zu drücken. Die Kapitalisten bei Fromm haben schon vertreten, Rausschmeißen soll nicht sein, dafür aber die Löhne über Umbesetzungen senken. Genau dagegen muß der Kampf gehen.

Da ist es nur hinderlich, wenn man vom Standpunkt bestimmter Berufsgruppen ausgeht, wo es sowieso so ist, daß es in ein paar Jahren den Beruf des „Schriftsetzers", „Maschinensetzers", ja, selbst der „Korrektoren" nicht mehr geben wird. Schon jetzt gibt es Geräte, die die Funktion eines Korrektoren völlig überflüssig machen, beim Eingeben des Textes korrigiert der Computer selbständig. War die Tätigkeit des Maschinensetzers bislang qualifizierte Arbeit, so wird daraus im Fotosatz einfache Arbeit – das ist auch das Streben der Kapitalisten, jede Arbeit einfach machen, die Arbeitshetze zu steigern, die Intensivierung voranzutreiben.

Genau diese Einsicht, daß nur der einheitliche Kampf der Druckarbeiter gegen Rationalisierung, Lohndrückerei und Intensivierung der Arbeit Erfolg hat gegen die Kapitalisten, versuchen die Sozialdemokraten im jetzigen Tarifkampf zunichte zu machen.

Die Tendenz im Kapitalismus ist es, die Arbeit zu vereinfachen, gleichzumachen. Das ist auch die Grundlage dafür, die einheitlichen Interessen der Arbeiterklasse zu erkennen und die Einheit gegenüber den Kapitalisten herzustellen. – (Bezirk Osnabrück-Emsland)

Als die Tarifkommission 9 % auf- dezu, daß die Hilfsarbeiter näher an Absicht der Kapitalisten ist es doch, Emsland)

Bauhauptgewerbe: 5,5 %-Angebot, Tarifverhandlungen gescheitert

„Der reine Tariflohn ist ein Hungerlohn"

Am 17.3. wurden die Tarifverhandlungen für das Bauhauptgewerbe von seiten der IG Bau, Steine, Erden für gescheitert erklärt. Scheitern mußten die Verhandlungen, weil die Baukapitalisten nur 5,5 Prozent angeboten hatten. Jetzt findet die Schlichtung statt. Darüber sind die Kapitalisten und die Sozialdemokraten von der IG Bau, Steine, Erden heilfroh, hoffen sie doch, dadurch dem Druck der Bauarbeiter wieder durch Hinterstübchen-Mauscheleien ausweichen zu können. Im Überrumpeln der Bauarbeiter haben diese „Sozialpartner" lange Tradition. Seit dem letzten Jahr ist ihr Kuhhandel anrüchig geworden. Die Bauarbeiter sind kein Schlachtvieh. Der Preis der Ware Arbeitskraft ist durch den Reallohnabbau – Streichung von außertariflichen Leistungen, Kürzung der Akkorde, 5,3 %-Abschluß für 1976 – so gedrückt worden, daß er heute in der Lohnskala der verschiedenen Branchen an 19. Stelle liegt. Dieser Lohnabbau geht voll auf Rechnung der Tarifpolitik der Sozialdemokraten. Niedrige Tarifabschlüsse in den Jahren, wo die Baukapitalisten aufgrund des Mangels an Bauarbeitern und hoher Auftragsbestände schnell zu Zugeständnissen bereit waren, und Vereinbarung betrieblicher Leistungs- und Akkordzulagen, sind das Ergebnis sozialdemokratischer Lohnpolitik. Mit der Krise der Bauwirtschaft, wie der Krise der kapitalistischen Produktion insgesamt, ist diese Niederlagenpolitik ans Licht befördert worden. Der reine Tariflohn ist ein Hungerlohn. Er zwingt viele Kollegen noch am Wochenende zu Schwarzarbeit oder Überstunden, da bei einem Nettolohn von 1 250 bis 1 280 DM monatlich selbst die notwendigsten Lebenshaltungskosten nicht gedeckt werden. Die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion beruhen auf der Konkurrenz. In der Krise schlägt sich diese Entwicklung im vermehrten Bankrott, in Stillegung und Massenentlassung nieder. Nur diejenigen Kapitalisten gehen gestärkt aus der Krise hervor, die besonders weit fortgeschritten sind in den Methoden der Schweißauspressung. Streichung von außertariflichen Leistungen, Kürzung der Akkorde, keine Zahlung von tariflich festgelegten Schmutz- und Schwerstarbeitszulagen sind ihre unmittelbaren Maßnahmen im Kampf um den Höchstprofit. Der Tariflohn – meist als unterste Grenze – ein Schutzwall gegen die Profitgier der Kapitalisten – wird abgebaut, indem unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und Entlassungen unter Tarif bezahlt wird. Die Arbeitshetze wird ständig verschärft und nicht sparen die Baukapitalisten am Schmiergeld für ihre Antreiber und Kontrolleure. Häufig kommt es vor, daß bestimmte Bauvorhaben binnen einer bestimmten Frist fertiggestellt werden müssen, die Kapitalisten aber möglichst wenig Arbeiter beschäftigen und dann täglich 1 bis 2 Überstunden sowie Sonnabendsarbeit verlangen, statt neue Arbeiter einzustellen. Haben die Arbeiter dann wochenlang den Bau mit 60 Stunden pro Wochen fertiggestellt, wird ihnen dann aus Arbeitsmangel gekündigt. Es sind dies die Methoden der Schweißauspressung, mit denen die Kapitalisten gestärkt aus der Krise herauskommen wollen.



In gewaltiger kollektiver Anstrengung vollbringen die Arbeiter in der Bauindustrie große Werke wie hier beim Bau der Talbrücke Hagen – Delstern. Riesige Profite streichen die Baukapitalisten dabei ein. Kapitalistische Rationalisierung, Lohndrückerei und Massenentlassungen – das bringt Höchstprofite für die Baukapitalisten, denen es gelingt, die kapitalistische Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Seit 1963, drei Jahre vor der ersten großen Krise 1966/67, bis 1975 ist der Umsatz in der Bauwirtschaft von 3,143 Milliarden DM auf 5,644 Milliarden DM um fast 80 Prozent gestiegen. Dabei gibt es heute über ein Drittel weniger Betriebe mit 100 und mehr Arbeitern als 1963 und über 400 000 Bauarbeiter weniger. Eine enorme Profitsteigerung auf Kosten der Bauarbeiter verbirgt sich hinter diesen Zahlen. Die Beschäftigten in der Baubranche antworten darauf mit Zusammenschluß der gesamten Belegschaft und Kampf. Bei über 400 000 weniger Beschäftigten gibt es 1975 32 500 mehr Gewerkschaftsmitglieder als 1963. Bei den Angestellten hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nahezu verdoppelt, bei den weiblichen Angestellten mehr als verdreifacht.

Schinderei auf dem Bau

In Kiel wurde 1960 von 7 746 Bauarbeitern ein Umsatz von 144,1 Millionen DM, 1970 von 6 314 ein Umsatz von 231,1 Millionen DM und 1975 von 4 574 ein Umsatz von 361,1 Millionen DM erarbeitet. Es ist eine gewaltige Profitsteigerung, die sich hinter diesem Umsatz verbirgt, bei Sinken der Beschäftigten um 3 172 Arbeiter.

Die Anzahl der Betriebe (mit mehr als 20 Beschäftigten) von 97 im Jahre 1975 ging auf 73 im Jahre 1975 zurück. 1976 hat sich diese Tendenz noch weiter fortgesetzt, z.B. Pleiten bei Betonbau Möller 250 Beschäftigte, Carstens 70 Beschäftigte. Dadurch wurden die Belegschaften in den übrigen Betrieben „sortiert". Kollegen, die häufig krank waren oder die Arbeitshetze nicht mitmachten, wurden gegen frische Kräfte aus den Pleite gegangenen Betrieben ausgewechselt. Es gibt in Kiel keine Firma, bei der nicht so gefiltert wurde. Verbunden waren diese Fluktuationen mit Lohnabbau. Kollegen von den Pleitefirmen wurden in der niedrigsten Lohnstufe eingestellt, während die Rausgeschmissenen um ihren Effektivlohn gebracht wurden.

Nach Krankenlisten, Punktsystem usw. nutzen die Kapitalisten den Druck der Reservearmee zum Lohnabbau. Mit der Verschärfung der Arbeitshetze, die damit einhergeht, häufen sich auch die Arbeitsunfälle. Die Instandhaltung und Reparatur sowie Ersetzung des Maschinenparks soll nicht viel kosten. Nur dort, wo unmittelbar eine Intensivierung der Arbeit mittels moderner Maschinerie und somit eine Steigerung des Profits ins Auge springt, nehmen die Baukapitalisten neue Investitionen vor. Meistens aber wird mit Maschinen gearbeitet, wo die Kabel Wackelkontakte haben und der Rost die Maschine zusammenhält. Beachtung von Sicherheitsvorschriften ist für die Kapitalisten überflüssig. Sie wollen ihren Geldsack schonen und nicht die Gesundheit der Arbeiter. Mit Geiz und Betrug arbeiten sie, wenn es um Baustellenausrüstung mit Wohnwagen und Waschräumen für die Arbeiter geht. Zwar kassieren sie das Geld für diese Einrichtungen, aber einrichten tun sie sie deshalb noch lange nicht. Häufig genug kommt es vor, daß der Kapitalist den Arbeitern die Verrichtung ihrer Notdurft dadurch verwehren will, indem er kein Scheißhaus aufstellt. Kleinlich und gehässig achtet der Kapitalist auf jede Sekunde der Arbeitszeit, um sich durch die Arbeit der Arbeiter zu bereichern.

Die Arbeiter dagegen beginnen mit der Politik der Duldung und des Abwartens gegenüber den Angriffen der Kapitalisten zu brechen. Das Hoffen der Sozialdemokraten auf bessere Zeiten in der Bauwirtschaft, gebunden an bessere Zeiten für die Ausbeuter, ist Schwindel und Betrug.

In allen Tageskämpfen, in allen Fragen erweist sich die Ideologie der Klassenversöhnung als Hindernis des Zusammenschlusses. Die Bauarbeiter haben das erkannt, wenn sie jetzt auf Organisierung des Streiks – Abbruch der Schlichtung in der Tarifrunde hindrängen. Auf einer Ortsgruppenversammlung der IG Bau, Steine, Erden in Kiel-Gaarden war die Stimmung auf Streik. In den Betrieben wächst die Unzufriedenheit über die Schlichtungsmanöver und die Prozentefeilscherei. Jetzt muß man den Drang nach Einheit mit der Forderung nach 170 DM für alle festigen und Aktionen, wie Baustellen- und Betriebsversammlungen durchführen. Leicht kann die Lage dann entstehen, daß die Manöver der Baukapitalisten und Sozialdemokraten durchkreuzt werden und die Bauarbeiter die Rechnung aufmachen. – Gaarden-Zelle, Bezirk Holstein)

Kreiskrankenhaus Pinneberg

Lohnzettelbesprechungen: Der 5,3 %-Abschluß ist unerträglich

Pinneberg. Im Kreiskrankenhaus Pinneberg werden die Lohnzettel zu zwei verschiedenen Terminen verteilt. Monatsmitte für Kreisbeschäftigte, am Monatsende für die DRK-Schwestern.

Nach den Diskussionen während der Tarifrunde, daß 170 DM unbedingt erforderllich sind, wurde die Aushändigung der Märzlohnzettel genutzt, um durch Lohnzettelbesprechungen auf den Abteilungen und nach Feierabend zu einer einheitlichen Einschätzung des Tarifabschlusses zu kommen.

Der Tariflohn im Öffentlichen Dienst reicht nicht zum Leben: Eine Krankenschwester in der inneren Abteilung kommt auf 1 400 DM netto. Sie muß arbeiten gehen, denn ihr Mann verdient als Arbeiter im Öffentlichen Dienst eben 1 000 DM netto. Davon kann man eine dreiköpfige Familie nicht ernähren. Auf dem Märzlohnzettel sind die 5,3 % noch nicht angerechnet. Aber auch nach Anrechnung der 5,3 % wird nicht viel mehr herauskommen. Da beide im Öffentlichen Dienst beschäftigt sind, wird der Ortszuschlag seit dem Haushaltsstrukturgesetz der SPD/FDP-Regierung nicht mehr für beide voll ausgezahlt. Der jetzt auf dem Lohnzettel ausgedruckte Ortszuschlag wird nur als „Besitzstandswahrung“ ausgezahlt. Die 5,3 % werden auf den Besitzstand angerechnet.

Netto hat man dann weniger Ortszuschlag, und insgesamt werden vielleicht 15 DM mehr auf dem Lohnzettel stehen. Ein zweites Kind verbietet sich für diese Familie nach Studium von Lohnzettel und Haushaltsbuch. Bei zwei Kindern müßte ein Elternteil in den ersten Jahren auf Berufsarbeit verzichten. Mit dem dann zur Verfügung stehenden Geld könnte man noch nicht einmal eine zweiköpfige Familie ernähren.

Einige Schwesternschülerinnen haben ihre Lohnzettel nach Feierabend studiert. Für März zahlt die DRK-Schwesternschaft als Dienstherr einer Schülerin im 3. Ausbildungsjahr 986,86 DM brutto. Davon gehen 351,69 DM als gesetzliche Abzüge ab. Das sind 36 % des Bruttolohns (verheiratet, Steuerklasse 5). Es bleiben 635,17 DM. Davon werden nochmal 52 DM als sogenannte vermögenswirksame Leistungen abgezogen, über die man sechs Jahre nicht verfügen kann. Für die verbleibenden 583,17 DM einschließlich der Zulagen für die Arbeit an Sonnabenden und Sonntagen wird eine Schülerin als volle Arbeitskraft eingesetzt. Bei 986 DM gehen alleine 183 DM als Lohnsteuer an die Staatskasse. Die Schwesternschülerinnen waren sich schnell einig, daß 1500 DM monatlich steuerfrei gefordert werden müssen.

Diskutiert wurde auch, daß für jetzt neu anfangende Schwesternschülerinnen der neue Abschluß eine Lohnsenkung von 10% bedeutet. Denn die Sozialdemokraten in Regierung und ÖTV-Hauptvorstand haben beschlossen, die Bemessungsgrundlage für Schwesternschülerinnen von bisher 75% auf 66,6% zu senken. Bei sonst gleichen Bedingungen bedeutet das für die neu anfangenden Schwesternschülerinnen im Monat 60 DM weniger. Über die Lehrlingslöhne im Öffentlichen Dienst soll die ÖTV-Jugend eine Diskussionsveranstaltung durchführen. Diesen Vorschlag wollen die Schwesternschülerinnen in den Kursen einbringen.

Das Lohnbüro wurde in der Woche auch nicht in Ruhe gelassen. Da es nicht im Krankenhaus liegt, sondern in der Kreisverwaltung (bzw. sogar in Hamburg bei der DRK-Schwesternschaft) wurde wiederholt dort angerufen. – (m, Zelle Kreiskrankenhaus Pinneberg)

Hamburg. Seeleute treten zur ÖTV über. 277 Seeleute sind bis zum 18. März aus der DAG in die ÖTV übergetreten. 824 Seeleute sind bis zum gleichen Zeitpunkt neu in die ÖTV eingetreten. Ende Januar hatten bereits alle 18 Seebetriebsräte der DAG die Spaltergewerkschaft DAG verlassen und sind in die ÖTV eingetreten. Der DAG-Schiffahrtssekretär für Hamburg hat sich jetzt ebenfalls von der DAG getrennt. Insgesamt hat bei der ÖTV zum Jahresende 1976 trotz Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst mit 1,06 Mio. der Mitgliederbestand eine Rekordhöhe erreicht. (Handelsblatt, 25.3.77)

Westberlin. Nach dem Ausschluß des Landesverbandes Westberlin der GEW und dem Beschluß der Landesvertreterversammlung, sich nicht aufzulösen, betreiben die Sozialdemokraten und Revisionisten mit aller Macht die Spaltung der Gewerkschaft über den Aufbau eines staatstreuen Lehrerverbandes. Allein, sie kommen nicht recht voran mit ihrem Vorhaben. 2 000 Mitglieder hat die Spalter-GEW Fristers, 8 000 die GEW Westberlin. An den Schulen, wo mittlerweile zwei Betriebsgruppen bestehen, tagen diese gegen den Widerstand vor allem der Revisionisten in der Regel gemeinsam und erarbeiten Beschlüsse zum Kampf gegen Mehrarbeit, Teilzeitverträge, Lehrerarbeitslosigkeit und politische Entrechtung. In Kreuzberg hat die Betriebsgruppe der 14. Grundschule auf einer Gesamtkonferent das Notensystem angegriffen und den Rektor gezwungen, die Debatte darüber auf der nächsten Konferenz umfassend zu führen. Der Ausschuß arbeitsloser Lehrer in der GEW (Aalew) hat den von den Opportunisten besetzten kommissarisch bestellten Landesvorstand gezwungen, in den Bezirken eine Aktionswoche gegen die Lehrerarbeitslosigkeit mit Informationsständen in der Stadt durchzuführen. In den Schulgruppen und Bezirken wird die Vorbereitung des 1. Mai angepackt.

Auf der Mitgliederversammlung Neukölln, in der Fachgruppe Sonderschulen, im Bezirksvorstand Tempelhof und in einigen Schulgruppen sind Beschlüsse gefaßt worden auf Einberufung einer a.o. Landesvertreterversammlung zwecks Festlegung eines gewerkschaftlichen Kampfprogramms und Wahl eines ordentlichen Vorstandes. Auf dieser Vertreterversammlung muß die Revision des Ausschlusses auf einer a.o. Bundesvertreterversammlung gefordert werden. Dies ist der einzig gangbare Weg.

Urbankrankenhaus Westberlin

Krankenhausbelegschaft schließt sich zusammen gegen Bettenstreichungen

Westberlin. Der Gesundheitssenator Pätzold hat vor einigen Wochen den Entwurf einer neuen Bettenbedarfplans veröffentlicht, der die Streichung von 7 160 Krankenhausbetten und 8 000 Planstellen im Gesundheitswesen vorsieht. Diktiert worden ist dieser Plan direkt vom Finanzkapital. So heißt es in einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Entscheidungskriterien für die mittelfristige Gestaltung des Öffentlichen Haushalts von Berlin (West)“, daß für den Zeitraum ab 1980 eine Bettendichte von knapp unter sieben Betten pro 1 000 Einwohner durchzusetzen sei; denn jeweils 1 000 Betten zuviel bedeuteten jährliche Kosten von 50 bis 60 Millionen DM.

Im Bezirk Kreuzberg ist die Streichung von 570 Krankenhausbetten geplant. Im größten Krankenhaus des Bezirks fand am 24.3. die lang geforderte a.o. Personalversammlung zum Thema Schließung der Abteilung Wartenburgstraße mit 270 Betten statt. Stadtrat und Senatssprecher waren angereist. Der Saal war überfüllt. Der Stadtrat Schulze sprach als einer der ersten. Er wies jede Verantwortung weit von sich und auf den parlamentarischen Weg. Dann versuchte er es mit der Spaltung Kreuzberger gegenüber übrige Westberliner: vielleicht sei die Altersstruktur in Kreuzberg so, daß man hier doch mehr Betten brauche . . .? Schweigen im Saal. Dann der Senatsvertreter. Er versuchte es sozusagen auf höherer Ebene: Westberliner gegen Westdeutsche, die „uns Berlinern“ wegen „unserer Subventionsmentalität“ an den Kragen wollten und uns diktierten, die Krankenhausbettendichte entsprechend anderer Bundesländer zu verringern. Ebenfalls Schweigen. Denn die Lohnabhängigen wissen, daß nicht sie die Subventionen kriegen, sondern sie zahlen. An die Kapitalisten. Der Sozialdemokrat Fast, Geschäftsführer der ÖTV-Abteilung Gesundheitswesen bot sich schließlich dem Senat an, aus der verfehlten Senatsplanung, die er wortradikal angriff, herauszuhelfen durch bessere Morbiditätsstatistiken (Häufigkeit bestimmter Krankheiten in der Bevölkerung).

Nach einer Stunde kamen dann endlich die Interessen der Lohnabhängigen zu Wort. Bettenstreichung bedeutet Mehrarbeit für die arbeitenden Beschäftigten, Entlassungen oder akute Verschlechterung für die Kollegen der Abteilung, die geschlossen werden soll. Statt der Abteilung soll ein Krankenheim der Arbeiterwohlfahrt aufgemacht werden. Das bedeutet: kein Personalvertretungsrecht, schlechtere Bezahlung. Für die Patienten, zumeist Rentner, heiß das: Abschieben ins Siechenheim, Pfändung der Rente, da die Krankenkassen den Hospitalaufenthalt meist nicht zahlen. Die Personalversammlung verabschiedete eine Resolution, in der die geplanten Maßnahmen abgelehnt werden und die Auswirkungen auf Personal und Patienten (Verkürzung der Liegezeiten schon 1974 auf 1975 um 5 Tage) aufgezeigt werden. Die ÖTV-Führung wurde durch den breiten Protest gegen den Bettenbedarfsplan gezwungen, eine Demonstration durchzuführten. Ursprünglich als „Ersatzdemonstration“ für den 1. Mai am 3o. April geplant, findet sie nach entsprechendem Krach dagegen am 5. April statt. Im St. Gertraudenkrankenhaus haben Beschäftigte einen Brief an die ÖTV-Führung geschrieben, in der sie die Erhebung der Forderungen nach Übertragung des Gesundheitswesens an eine einheitliche selbstverwaltete Krankenkasse und Zahlung der Versicherungsbeiträge ausschließlich durch den jeweiligen Ankäufer der Arbeitskraft verlangen.

Krankenpflegeschüler: „Von allein wird dieser Abschluß nicht verschwinden.“

Interview mit zwei Krankenpflegeschülerinnen Klinikum Westend Berlin

Wie wirkt sich der 5,3 %-Abschluß für die Krankenpflegeschüler aus?

J.: Wir haben bis jetzt im 1. Lehrjahr 75 % vom KR I (Krankenpflegetarif) gekriegt. Das sind netto ca. 640 DM mit viel Wochenenddiensten, die mit Pfennigbeträgen vergütet werden. Dies ist die zweithöchste Vergütung im Öffentlichen Dienst (nur die Jungpolizisten liegen darüber) und trotzdem ist es so, daß die meisten Kollegen kaum damit hinkommen, wenn sie alleine wohnen. Schon im Lohnkampf 75/76 hat die Jugendgruppe Steglitz folgende Rechnung für einen Kollegen aus dem Wohnheim aufgestellt:

Miete	110 DM
Ernährung	220 DM
Kommunikation (Zeitung, TV u.a.)	25 DM
Bücher, Schreibmaterial	30 DM
Haushaltswaren	50 DM
Taschengeld	90 DM
Versicherung und Spareinlagen	60 DM
Kleidung	60 DM
Fahrtkosten	20 DM
	665 DM

Das war 1975.

Mit dem Lohnabschluß von jetzt wird das so sein, daß man beim Taschengeld, der Kleidung, den Haushaltswaren dreimal überlegen muß, und beim Essen wird man besonders wählerisch sein müssen, was den Preis anbetrifft.

Wie ist die Lage der Krankenpflegeschüler, die nach dem 31.1.77 beginnen?

A.: Die Lage der neuen Kollegen ist noch schlechter. Für sie ist der Nominallohn gesenkt worden, ein bisher einmaliger Vorgang bei Tarifabschlüssen. Wir bekamen bisher im ersten Ausbildungsjahr 75 % der Grundvergütung vom KR I. Nun sollen wir nur noch 66,2/3 % bekommen. Das werden rund 660 DM brutto sein, netto um die 540 DM.

Worauf zielt dieser Abschluß Eurer Meinung nach hin?

A.: Na, das ist doch klar. In der Begründung von der Gewerkschaftsführung steht, daß dieser Abschluß nicht im Widerspruch zu den Beschlüssen der ÖTV- Bundesjugendkonferenz nach einheitlicher Vergütung im Öffentlichen Dienst steht. Einheitlich wollen wir, das ist richtig, aber einheitlich hoch, um davon leben zu können. Der Staat will einheitlich keine Vergütungen mehr zahlen und zwar im gesamten öffentlichen Dienst. Deshalb ist dieser Abschluß ein Signal zum Angriff auf alle . . .Im nächsten und übernächsten Jahr wird der Staat bestimmt noch mal versuchen, die Ausbildungsvergütungen so weit zu senken, bis sie auf BAFöG-Niveau herabgedrückt sind.

J.: Dieser Abschluß vergrößert die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Staat. Kann man den Eltern kein Geld mehr wegnehmen, muß man zum Sozialamt. Damit ist man dem Staat auch politisch stärker ausgeliefert. Deshalb meine ich, daß es dem Staat nicht nur darauf ankommt, 750 Millionen DM, das sind rund die jährlichen Ausgaben für die Ausbildungsvergütungen für Krankenpflegeschüler, uns wegzunehmen und den Kapitalisten für die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter in den Rachen zu werfen. Durch diesen Abschluß wird auch unsere Rechtlosigkeit erhöht.

Wie setzen sich die Krankenpflegeschüler dagegen zur Wehr?

A.: Bei uns im Klinikum Westend haben wir eine Wandzeitung der ÖTV-Jugendgruppe dazu herausgehängt, in der wir den Abschluß angegriffen und die oben genannten Folgen aufgezeigt haben. Einschneidende Änderungen der Lebensgewohnheiten werden die Folge insbesondere für die Auszubildenden sein. Von alleine wird dieser Abschluß nicht verschwinden oder wird es einen „Nachschlag“ geben. Im Gegenteil, die Bourgeoisie wird versuchen nachzusetzen mit noch mehr Lohnabbau, noch mehr Rationalisierung und noch mehr Entrechtung. Die Sozialdemokraten haben dieses Jahr gezeigt, daß sie sich von Beschlußfassungen gewerkschaftlicher Gremien auf Betriebsebene solange nicht beeindrucken lassen, wie nicht die Bereitschaft und Fähigkeit der Belegschaft zum selbständigen Kampf, das heißt Streik, dahinter steht.

J.: Das finde ich auch. Die Krankenpflegeschüler in Westberlin stehen jetzt im Kampf gegen den Senat, gegen die neuen Stationszeugnisse. Dies ist derselbe Gegner wie beim Lohnkampf. Machen wir es hier richtig und ziehen die Verbindungen zum Lohnkampf und zum Kampf gegen die Rationalisierungen, wird auch der nächste Lohnkampf ein Erfolg für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst werden, bzw. dieser Tarifabschluß wird seine dreizehn Monate Laufzeit nicht überleben.



Bremen. Fernmeldehandwerker, die am Fernmeldeamt 1 ihre Lehre abgeschlossen haben, werden jetzt zum Teil in ganz andere Städte wie z.B. Osnabrück versetzt. In ihrem Arbeitsvertrag mußten sie eine „Nebenabrede“ unterschreiben, wonach sie für die Zeit von fünf Jahren innerhalb der Bundespost für alle Arbeiten an allen beliebigen Orten eingesetzt werden können. Als „zeitweilig nicht benötigte Kräfte“ werden sie in den dienstlichen Versetzungsanweisungen bezeichnet. Gleichzeitig wird eine hektische Bautätigkeit der Baubezirke und des Technischen Baubezirks entwickelt, weil das Kabelnetz bei einer wachsenden Zahl von Telefonneuanschlüssen nicht mehr ausreicht und jetzt in aller Eile sogenannte Wählsternschalter (16 Anschlüsse auf drei Leitungen) installiert werden. Die Arbeitsbelastung der Bautrupps ist schon so, daß die Baubezirke sich mit Bautrupps aushelfen müssen, sogar aus anderen Oberpostdirektionsbezirken. Zulagen werden gekürzt und Fahrtkosten gestrichen.

Unter den Beschäftigten bei der Post gibt es dagegen Widerstand. Im Fernmeldeamt 1, Bereich Bremen, unterstützten 100 Postbeschäftigte u.a. Forderungen gegen Pausenkürzungen, Zulagenstreichungen und gegen die Nebenabreden, ebenso die Forderungen: Keine politischen Entlassungen, Weg mit dem besonderen Dienstrecht.

Bundesbahnausbesserungswerk Neumünster. Nach dem Tarifabschluß für die Beschäftigten bei der Bundesbahn soll jetzt weitere Mehrarbeit erpreßt werden. Beim Ausbesserungswerk Neumünster (1 200 Beschäftigte), wo D-Zug-Wagen repariert werden, wurde von der Werksleitung angeordnet, daß ab 1.4. nur noch 27 % Gedinge (Gruppenakkord) abgegeben werden dürfen. Um diese Akkordkürzung durchzusetzen, wird den einzelnen Kolonnen bei höherer Leistung sofort ein Mann mehr zugeteilt, wodurch sich das Gedinge bei einer 10 Mann-Kolonne und weiterhin gleichbleibenden Arbeitsanfall von 28 % auf 16 % senkt. Gegenwärtig übererfüllt die Hälfte der Kolonnen das Gedinge bis zu 50 %, abgegeben werden aber nur 29 %. Die andere Hälfte der Kolonnen hat Schwierigkeiten , überhaupt 27 % zu erreichen.

Hamburg. Das Postamt Hamburg 50 in Altona ist ein Zustellamt mit ca. 110 Zustellern. Die Situation für die Zusteller ist durch „Personalmangel“ äußerst gespannt. Fehlt ein Kollege, wird meist aufgeteilt, d.h. seine Arbeit muß von den Kollegen der Gruppe mitgetan werden. Das bedeutet, daß die Kollegen von 6.15 Uhr bis 9 Uhr auf „Hochtouren“ schaffen müssen. Die Zustelltouren vergrößern sich durch das Aufteilen. Auch ohne Aufteilen ist die Hetze schon groß. Die Nervosität der Kollegen erreicht den Höhepunkt, wenn gegen Ende des Sortierens über Lautsprecher durchgeschrien wird, daß die Gruppen nun „Zuschriften“ (Einschreiben, Postzustellungsaufträge, Nachnahmen, Nachgebühren) abholen sollen. „Wer noch kein Geld hat, Geld holen“, ist eine weitere Aufforderung, durchgebrüllt über Lautsprecher. „Halt's Maul, Du Schreihals“, ist der Kommentar der Postboten dazu. Bis zu 15 000 DM müssen sie mit auf die Zustelltour nehmen für Rentenauszahlungen z.B. Um 8.15 Uhr bis 8.30 Uhr hetzen die Kollegen aus dem Amt. Man muß schon seine Beine in die Hand nehmen, weil man um 12 Uhr wieder im Amt zu sein hat. Dort wird die „faule Post“ (nicht zustellbar) abgesetzt, die Abrechnung des Geldes, was ausgezahlt und eingenommen wurde. Fehlende Beträge müssen die Kollegen bezahlen. Die Zuschriften müssen nachgewiesen werden usw. Um 13 Uhr ist Feierabend. Wer länger braucht, hat selber Schuld: „Die Bezirke sind so aufgeteilt, daß jeder die Zeit einhalten kann.“ Klar ist, daß die Postboten bei der Arbeitshetze hohe Ausgaben haben, um ihre Arbeitskraft wieder zu reproduzieren. Sehr genau werden die Lohnzettel angesehen, um zu untersuchen, wie hoch die Einbußen durch den neuen Tarif für sie sind.

Aufruf der Zimbabwe African National Union (ZANU) an die Jugend in Westdeutschland

Wir von der ZANU zählen die Jugend in Westdeutschland zu unseren besten Freunden und Genossen, die uns in diesem Abschnitt unseres Kampfes helfen können. Unser Volk folgt dem Aufruf der ZANU, dem Aufruf zum Kampf mit der Waffe gegen die Siedler, gegen die Unterdrücker und Ausbeuter. Die Jugendlichen in Zimbabwe haben sich entschlossen, für ihr Land zu kämpfen. Sie verlassen in großer Zahl das Land. Sie kommen zur Ausbildung im Befreiungskampf schon seit 1947. Jetzt ist ein Punkt erreicht, wo sie alle ihre Schulbücher liegen lassen, um Zimbabwe zu befreien.

An der Ortsgrenze und direkt im Zentrum des Landes boykottieren viele Tausende Schulkinder ihren Unterricht, weil sie sich nicht mehr in der Lage fühlen, unter den unterdrückerischen Verhältnissen weiterzumachen, weil sie sich jetzt einer militärischen Ausbildung unterziehen wollen, um zurückzukehren und für ihr Land zu kämpfen. Den Schülern, die vor mehreren Wochen nach Botswana gingen, sind viele mehr gefolgt. Alle diese Menschen, die ihre Studien aufgeben und sich dem bewaffneten Kampf anschließen, brauchen Kleider, brauchen Nahrung, brauchen medizinische Versorgung, und sie brauchen Waffen, damit sie zurückschlagen können, wie sie auch eine ausreichende militärische Ausbildung brauchen.

Wir rufen die Jugend und das Volk Westdeutschlands auf, der Jugend in Zimbabwe zu helfen, zurückzuschlagen, Zimbabwe zu befreien und zu ihrer notwendigen Ausrüstung beizutragen

M. Mudzi
Sekretär für Internationale Beziehungen
Maputo, Mozambique, 28.3.1977



Nicht „Entwicklungshilfe", sondern Gewehre für die ZANU

Westberlin. Am letzten Tag vor den Ferien sollten in der Klasse 362 der Planck-Berufsschule die Lehrlinge mit einem Film über „Entwicklungshilfe" für die Ziele der imperialistischen Bourgeoisie gewonnen werden. Die Völker der Welt wurden als gespalten dargestellt in Industrienationen und Entwicklungsländer, der „Nord-Süd-Konflikt" beschworen. Propagiert wurde „Partnerschaft zwischen den reichen und den armen Ländern", die erreicht werden müsse über „Entwicklungshilfe" der „Industrienationen" entsprechend dem Marshallplan.

Gegen diesen Film gab es Widerstand. Bereits während der Vorführung flogen Papierkugeln und Kreidestücke gegen die Leinwand. Der Lehrer hatte sich anscheinend den Plan ausgedacht, den Film zu zeigen, um uns dann schnell in die Pause zu schicken, damit wir uns nicht gegen diese imperialistische Hetze zusammenschließen können. Damit kam er nicht durch.

Der Lehrer Stefan wollte den Schülern weismachen, daß sie ja von der Unterentwickeltheit der Länder der Dritten Welt profitierten, lobte die „internationale Arbeitsteilung" und meinte, man könne es aber nicht zu wild treiben und müsse im Interesse der Partnerschaft Entwicklungshilfe treiben.

Dieser Hetze wurde der in der KVZ abgedruckte Brief von Osnabrücker Arbeiterjugendlichen entgegengehalten. In ihm wurde klargestellt, daß es keinen Kampf „Nord-Süd" gibt, sondern den Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus. Das gefiel dem Lehrer nicht. „Dies hat hiermit nichts zu tun!" Auch damit scheiterte er. Ein Lehrling sagte: „Die haben doch ganz recht, wenn sie den Kampf der Jugendlichen unterstützen und Geld für Gewehre schicken wollen, wenn die dort westdeutsche Firmen rausjagen, können die z.B. bei uns viel schwerer den Lohn senken, als wenn sie uns immer drohen mit Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer!

Der Lehrer machte ein Ausweichmanöver: „Das ist ja alles schön und gut. Aber wenn man denen in Afrika Gewehre gibt, dann schlachten die sich ja nur untereinander ab." Anhand der Tatsachen konnte er widerlegt werden. Ein Genosse des KJB berichtete, daß der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe lange Tradition habe und belegte, daß es in diesem Kampf die Erfahrung gesammelt hat, daß die einzige Möglichkeit ist, sich von den Imperialisten zu befreien, den bewaffneten Kampf zu führen. Und daß das Interview mit den 400 „Entführten" genau zeige, daß das Volk von Zimbabwe sich eint im bewaffneten Kampf gegen das Siedlerregime.

Die Lehrlinge unterstützen das, hatten sie doch im Kampf gegen das Notensystem die Erfahrung gemacht, daß man nur siegreich ist, wenn man sich auf die eigene Kraft verläßt. Erst vor zwei Wochen hatte die Klasse bei eben diesem Lehrer Stefan eine Klassenarbeit erfolgreich verweigert. Ein Schüler drückte das so aus: „Ist doch klar, daß die Gewehre brauchen. Hier an der Schule haben wir doch auch gesehen, daß wir uns nur erfolgreich zusammenschließen konnten, wenn wir es selbst in die Hand genommen haben!" Aufgrund dieser Erfahrungen konnte der Lehrer schließlich auch keine Mehrheit mehr finden, als er auf die „Verhandlungslösung" hinwies.

Nach den Ferien wird in der Klasse die Debatte um die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" fortgesetzt, damit sie tatkräftig unterstützt wird. – (KJB Westberlin)

Kinder sammeln 18 DM für ein Gewehr

Göttingen. Am Freitag, 25.3., hat der Kommunistische Jugendbund Göttingen einen Kindernachmittag veranstaltet zur Unterstützung der Jugend Zimbabwes. Die Kinder haben Bilder gemalt, die wir am nächsten Tag auf dem Frühlingsfest in Geismar ausgestellt haben. Drei Kinder (1. - 4. Klasse) haben einen Brief an die ZANU geschickt.

„Liebe ZANU! Wir wollen euch in eurem bewaffneten Befreiungskampf unterstützen. Wir wollen, daß ihr euer Land wieder erkämpft. Deswegen unterstützen wir euch. Wir wünschen euch viel Erfolg bei eurem Kampf. Lang lebe die ZANU!"

Am Samstag haben die Kinder unseren Stand auf dem Frühlingsfest unterstützt und innerhalb von einer Stunde 18 DM für die Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt.
– (KJB Göttingen)



Der Kommunistische Jugendbund Kiel führte am 26.3. ein Fußballturnier zur Unterstützung der Kampagne „Gewehre für die ZANU" durch. Zehn Mannschaften mit über 200 Teilnehmern waren gekommen. 300 DM für ein Gewehr wurden gespendet.

AUSBEUTUNG DER JUGENDLICHEN ARBEITSKRAFT

Die bürgerliche Presse berichtet von „Erfolgsmeldungen" bei der Suche nach Ausbildungsplätzen. „Wieder zwei Ausbildungsplätze" (Hamburger Abendblatt) Soll es dem Jugendlichen als „Glück" erscheinen, im Kampf um die Ausbildungsplätze einen ergattert zu haben, so stellt er schnell fest, daß einen Arbeitsplatz zu haben, nur heißt, hemmungslos ausgebeutet zu werden und nach kurzer Zeit in die Produktion gesteckt zu werden.

Bei der Maschinenfabrik Weber in Bremen sind 25 % der Beschäftigten Lehrlinge. Die Lehrwerkstatt ist in einer kleinen Halle untergebracht. Die vier Werkbänke werden auch noch zur Produktion gebraucht. Nach drei bis vier Monaten geht es in die Produktion. Ein Lehrling bekommt im ersten Lehrjahr etwas über 300 DM netto. Im Betrieb gibt es keinen Betriebsrat, keine Jugendvertretung, keine Duschen, keine Kantine, Arbeitskleidung muß selbst bezahlt werden. In der Berufsschule versuchte dann der Lehrer Fischer, den Auszubildenden „die richtige Haltung" einzubleuen. Er fragte jeden: „Wer ist für Deine Ausbildung verantwortlich?" Als jeder den Namen des Betriebs nannte, sagte er: „Alles falsch. Du bist für Deine Ausbildung verantwortlich. Schule und Betrieb wollen Dir dabei nur helfen." Abgenommen hat es ihm keiner, weil die Erfahrungen der Jugendlichen dem entgegenstehen.

Bei der Speditionsfirma Koch in Osnabrück müssen die kaufmännischen Lehrlinge Nacht- und Schichtarbeit machen. Für die Spätschicht gibt es dann zu dem Lehrlingslohn 30 bis 50 DM in der Woche. Die Arbeit ist so organisiert, daß gearbeitet werden muß, bis alles fertig ist. So soll jeder Arbeiter gezwungen werden, so schnell wie möglich zu arbeiten. Für Überstunden, die dann trotz der Arbeitshetze anfallen, wird 3 DM bis 3,50 DM für die Auszubildenden gezahlt.

Beim Reinigungsbetrieb Schneeweiß in Göttingen arbeiten Fünfzehnjährige. Sie machen die gleiche Arbeit wie die erwachsenen Arbeiter, bekommen aber nur einen Stundenlohn von 2,80 DM.

Osnabrück. Die Klöckner-Kapitalisten führen einen Angriff gegen die Auszubildenden. Beurteilungsbögen wollen sie seit einem Jahr einführen, in beiden Klöckner-Werken sollen „Sozialleistungen" abgebaut werden, eine Kernurlaubszeit für die Ausbildungswerkstatt soll eingeführt werden, die Übernahme aller Auszubildenden nach der Lehrzeit wird nicht länger zugesagt, die Übernahme der Elektriker-Lehrlinge in die zweite Ausbildungsstufe wird vom Verhalten und fünf weiteren Kriterien abhängig gemacht.

Diese Angriffe lassen sich die Auszubildenden nicht gefallen. Am Freitag, den 25.3., war Betriebsversammlung. Schon vorher, am Montag, gingen alle Elektrikerlehrlinge geschlossen nach Arbeitsbeginn wieder nach Hause. Denn zusätzlich zu den übrigen Maßnahmen der Kapitalisten soll ihnen der freie Tag vor der Prüfung gestrichen werden, was gegen eine Betriebsvereinbarung verstößt.

Die Ausbildungsleiter versuchten, die Elektrikerlehrlinge zu disziplinieren, indem ihnen ein „willkürlicher Fehltag" angeschrieben wurde. Die Jugendversammlung griff die Maßnahmen der Kapitalisten scharf an. „Der Arbeitstag vor der Prüfung muß freigestellt sein", heißt es im Rechenschaftsbericht der Jugendvertreter. Vollste Unterstützung fand die Aktion der Elektriker-Lehrlinge.

„Notenskala ist dazu da, daß sie voll ausgeschöpft wird." Die Allgemeinen Bestimmungen für die Zeugniserteilung an den allgemeinbildenden Schulen (Erlaß des MK vom 20.3.1973, SVBl. S. 218) legen die Beurteilungen der Leistungen der Schüler in Zeugnissen fest. Die Noten ‚sehr gut', ‚gut', befriedigend', ‚ausreichend', ‚mangelhaft' und ‚ungenügend' müssen verwendet werden, wobei die Noten im einzelnen definiert sind. Dieser Erlaß bedeutet inhaltlich, daß die Notenskala im Prinzip voll auszuschöpfen ist. Aufgrund dieses Erlasses ist ein Verfahren gegen den Lehrer Kurmann, der – wie berichtet – keine Fünfen und Sechsen verteilt hatte, eingeleitet. Zusätzlich wurde er aus der 10. Klasse herausgenommen.

In anderen Städten sind gegen Lehrer ähnliche Maßnahmen eingeleitet worden, weil sie das Notensystem nicht anwenden wollten. Was für die Bourgeoisie für die Aufrechterhaltung der Klassenschule unbedingt notwendig ist, wird von den Volksmassen bekämpft.

In Delmenhorst schreiben zehn Arbeiter, die im Kampf gegen Mieterhöhungen stehen, in einem Offenen Brief: „Wir Arbeiterfamilien aus der Sven-Hedin-Straße haben die Auseinandersetzung hier um die Notengebung genau verfolgt. Wir meinen, daß die Lehrerinnen A. Burchard, D. Borowsky und der Lehrer E. Schneider richtig gehandelt haben, als sie sich weigerten, Fünfen und Sechsen zu geben. Wir wissen von früher her, daß die Noten dazu da sind, uns zu drücken und uns in Schlechte und ganz Schlechte zu unterteilen. Was wir wirklich können, kommt bei den Noten niemals heraus. Daher ist es richtig, wenn Eltern, Schüler und Lehrer dagegen vorgehen."

Soldaten der Wittekind-Kaserne in Wildeshausen haben sich in einer Resolution ebenfalls gegen das Notensystem gewandt. Sie unterstützten den Beschluß von Wildeshauser Eltern, Schülern und Lehrern, daß keine Fünfen und Sechsen mehr gegeben werden sollen.

„Unterdrückung ist auch etwas Nützliches"

Nach der Polemik in der letzten KVZ gegen den Notenterror einiger Lehrer, die ihren Standpunkt mit „Gerechtigkeit und Empfindungen" begründeten, hat eine erneute Diskussion unter diesen Lehrern stattgefunden. Es ist uns gelungen, einige dieser Standpunkte zu bekommen, und wir drucken sie nebenstehend ab:

Meinung, die in der Diskussion über den Artikel „‚Gerechtigkeit' von Noten und ‚Empfindungen' von Lehrern" (KVZ 12) vertreten wurde

„Die Schule ist zwar ein Unterdrückungsinstrument, aber sie hat auch etwas Nützliches. Die Schüler lernen die elementaren Grundkenntnisse in Rechnen, Schreiben, Lesen, Naturwissenschaften. Die brauchen sie in jedem Fall im Leben und auf der Arbeit (und auch im Klassenkampf). Die Kenntnisse der Schüler heute sind auch viel umfangreicher als derjenigen vor 30 Jahren, das haben sie in der Schule gelernt."

Wollten die Lehrer in ihren letzten Äußerungen (KVZ 12/77) die Unterdrückung an den Schulen durch das Notensystem noch verteidigen, scheinen sie dies jetzt doch einzusehen.

Aber es scheint nur so, denn sie halten die Unterdrückung an den Schulen, die sie zugeben, für „etwas Nützliches" um des Lernens willen. Dieser Standpunkt ist weder fortschrittlicher noch einsichtiger als der letzte, denn die Unterdrückung wird als etwas Gutes propagiert, wie die Kommunisten den Sturz dieser Gesellschaft als einen nützlichen Vorgang verstehen.

Sprachen die Lehrer bereits in ihrem letzten Brief von „objektiven Maßstäben" und wollten die Zensuren als „objektiv" hinstellen, so wollen sie jetzt das „Grundwissen in Rechnen Schreiben, Lesen, Naturwissenschaften" als neutral verstehen, das man dann auch halt im Kapitalismus mit ruhigem Gewissen lehren kann.

„Für was ist das denn gut. So ein Unsinn", an diese Worte werden sich auch unsere Lehrer schon gewöhnt haben, wenn Schüler gegen verschiedene Lehrinhalte protestieren. Dies ist der Alltag. Unsere Lehrer würden dies entschieden unterdrücken, weil Grundwissen ... Die Frage selber haben die Schüler aber schon aufgeworfen. Warum und für was und wen? Die Schüler können die Lerninhalte überhaupt nicht akzeptieren, weil sie nicht einsehen, für was. Denn für die Ausbeutung, für die diese Lerninhalte bestimmt sind, sind die Schüler nicht. Die Schüler lernen auch nicht einfach Lesen oder Rechnen. Erstens lernen sie dies mit bestimmten Zielen und in einer bestimmten Form. Nämlich für den Produktionsprozeß, den der Kapitalist bestimmt. Nicht der Arbeiter, Schüler und Student. Dann würde der Schüler diese Grundkenntnisse auch anders behandeln. Für die Arbeiterklasse, um die Herrschaft über die Produktionsmittel zu haben.

Fortschrittliche Lehrer bringen den Schülern auch nicht so einfach Rechnen nach den Schulbüchern bei, sondern unterrichten die Schüler so, daß sie z.B. die Ausbeutung der Arbeiterklasse berechnen können. Reaktionäre Lehrer bestimmen dies im Unterricht anders, z.B. kennt doch jeder die Rechenarten, zumeist Dreisatz, wenn der Arbeiter eine Stunde arbeitet, wie gerecht er mit seinem Lohn gezahlt usw.

Die Position des Lehrers ist doppelt falsch und reaktionär. Denn erstens werden die Lerninhalte als von Gott gegeben hingestellt. Zweitens werden damit keine positiven und richtigen Lerninhalte, die einzelne fortschrittliche Lehrer gegen den bürgerlichen Staat den Schülern beibringen, unterstützt. Wird die Herrschaft der Kapitalisten beseitigt, werden die Schüler auch anders lernen können. Daß dies so ist, sehen wir in der Volksrepublik China deutlich. Lernen für die Interessen der Arbeiterklasse, das wollen die Schüler, nicht für Ausbeutung und Unterdrückung. – (N-Red.)

Resolutionen gegen das imperialistische Energieprogramm und gegen ein Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Nach den Kämpfen der Volksmassen gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde, hat der Ex-Keksmanager und jetzige Ministerpräsident von Niedersachsen das Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschland als nationale Aufgabe ausgerufen. Die Absicht der Bourgeoisie ist es, die revolutionäre Organisation zu zerschlagen und die Volksmassen zu spalten, um das imperialistische Energieprogramm gegen die Volksmassen durchzusetzen. Albrecht, der seiner Meinung von der Dummheit der Volksmassen und nötigen Härte des Staates viel philosophischen Raum gelassen hat, hat sich getäuscht. Nicht Widerhall findet er, sondern breite Ablehnung. Seine Pläne werden erkannt und die Bürgerinitiativen sprechen sich gegen seine Absichten aus, indem sie entschlossen daran festhalten, daß sie den Bau und die Inbetriebnahme der Kernenergieanlagen verhindern werden und die geplante Spaltung der Bewegung verhindern werden.

Beschluß der Delegiertenversammlung der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke.

„Zur Demonstration am Bauplatz des Atomkraftwerks Grohnde an der Weser am 19.3. haben Bundesregierung und Landesregierung erklärt und die Presse folgendes verbreitet: 1. Die Gewalt sei von den Atomkraftgegnern ausgegangen. 2. Der KBW hätte Gewaltmaßnahmen vorbereitet und müsse als kriminelle Vereinigung verboten werden. 3. Jeder, der bei Aktionen wie in Grohnde nur als Kulisse diene, sei ein Komplize von Gewalttätern.

Die BBA erklärt dazu:
1. Die Bundes- und Landesregierungen üben nicht die Gewalt des Volkes aus. Sie üben mit dem Ausbau der Atomenergie die Gewalt der Preußen-Elektra und der anderen Energiemonopole gegen das Volk aus.

Sie zwingen uns, ihre Zäune niederzureißen und uns gegen Polizeiknüppel zu wehren, dafür sollen wir als Gewalttäter kriminalisiert werden. Sie vernichten systematisch unsere Lebensgrundlagen für ihre Milliardengeschäfte und die Polizei wird aufgerüstet und schützend davorgestellt.

Solange die Bundesregierung an dem menschenfeindlichen Ausbau der Atomenergie festhält, werden wir weiter Bauplätze besetzen müssen.
2. Der KBW hat die Demonstration in Grohnde weder vorbereitet noch geführt, das wissen nicht nur wir, das weiß auch der Verfassungsschutz, dessen Wanzen in unseren Bürgerinitiativen herumschnüffeln. Hier wird nur ein Anlaß gesucht, um von Staats wegen zuzuschlagen. Der KBW soll dafür herhalten, getroffen werden sollen die Bürgerinitiativen und jeder politische Widerstand im Land. Deshalb fordern wir die Rücknahme der Verbotsandrohungen gegen den KBW.
3. Die Aufteilung in friedliche und radikale Atomgegner ist eine Erfindung von Staat und Industrie. Die Angstmache Albrechts, jeder, der „nur als Kulisse" für Bauplatzbesetzungen diene, sei Komplize von Gewalttätern, soll den Keil in die Bürgerinitiativen treiben und den konsequenten Widerstand brechen! Es wird ihm nicht gelingen.

Im Widerstand gegen das Atomenergieprogramm sind wir alle radikal.
Wir fordern:
– Der Bauplatz in Grohnde muß wieder Kornfeld werden!
– Schluß mit der Kriminalisierung des politischen Widerstandes!
– Rücknahme der Verbotsandrohung gegen den KBW!
– Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
– Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Kernkraftwerksgegner!
– Weg mit dem Atomenergieprogramm!

In einem Leserbrief der Fachbereichsgruppe Mathe/Physik der TU Braunschweig heißt es: „Seit Monaten tun die Kapitalisten und bürgerlichen Politiker alles, um die Bewegung gegen den Bau von Kernkraftwerken zu spalten. So soll auch die Verbotsdrohung wirken.

Sie tun dies, weil sie wissen: Geeint werden Arbeiter, Bauern und die übrigen Teile des Volkes das Kernenergieprogramm zu Fall bringen. Da nützt ihnen ihre ganze Polizeigewalt nichts.

Weil das so ist, treten wir für folgende Forderungen ein: Keine Kernkraftwerke, keine Wiederaufbereitungsanlagen, keine Atommülldeponien, weg mit den Verbotsdrohungen gegen den KBW.

Offener Brief der Bürgerinitiative gegen das Kernenergieprogramm Husum an den Ministerpräsidenten von Niedersachen Albrecht. „Die Bürgerinitiative Husum wertet die Verbotsdrohungen gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) als Angriff gegen die Bewegung gegen das Kernenergieprogramm der Regierung, insbesondere gegen die Bürgerinitiativen.

Diese Drohungen sollen davon ablenken, daß KWU, Landes- und Bundesregierung das Energieprogramm gegen den Willen der Bevölkerung mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen. Insbesondere sind sie ein Versuch, die Kommunisten, die Teile der Bewegung gegen AKWs sind, von dieser abzuspalten und in die Illegalität zu drängen. Albrecht knüpft damit an das KPD-Verbot an. Das nehmen wir nicht hin. Deshalb fordern wir:
Weg mit den Drohungen gegen und den Versuchen der Kriminalisierung von AKW-Gegnern!
Weg mit den Verbotsdrohungen gegen den KBW!

Wir werden uns von der Forderung und dem festen Willen, das Atomenergieprogramm zu Fall zu bringen, nicht abbringen lassen."

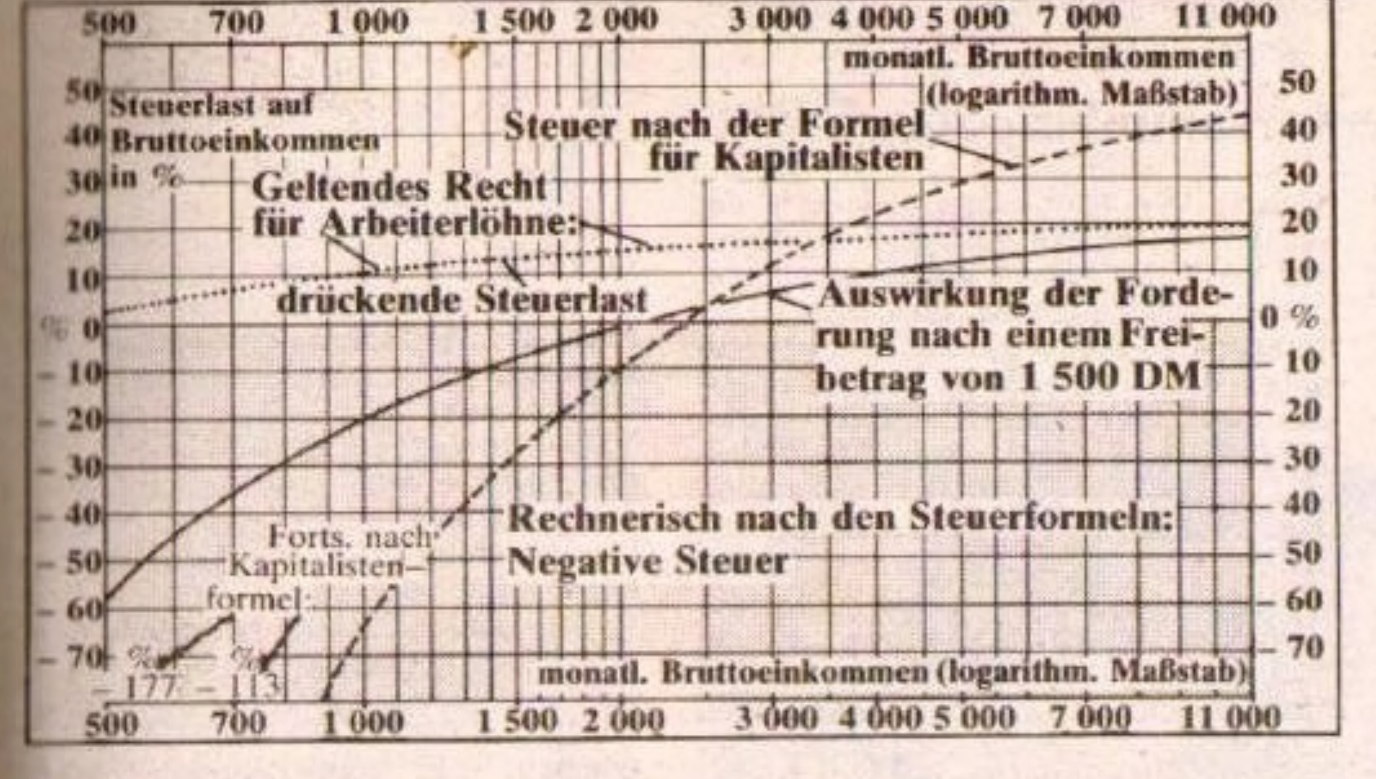
Praktische Bedeutung der Steuerformeln

Für Arbeiter:
Steuerpflichtiges Einkommen mal 0,22 minus 660

Für Kapitalisten:
Steuerpflichtiges Einkommen mal 0,56 minus 12 676

Die Steuergesetze muten dem Leser, der ja *Betroffener* dieser Gesetze ist, wie ein Akt der hirnlosesten Willkür an. In Wahrheit hat jede Position in dem Urwald von Bemessungsgrenzen, Freibeträgen, mathematischen Gleichungen ihren tiefen ethischen Sinn und ist auf die Gerechtigkeit der Bourgeoisie gegründet.

Die Steuerformel für die untersten Einkommensklassen lautet: Steuerpflichtiges Einkommen x 0.22 minus 660 gleich Steuerbetrag in DM pro Jahr.



Zum „steuerpflichtigen Einkommen" gelangt man, indem man vom tatsächlichen Einkommen die „Freibeträge" abzieht. Diese „Freibeträge" sind für die Arbeiter witzlos. Die „Werbungskosten", die z.B. ein Arbeiter hat, werden prompt als Pauschale angesetzt. Die „Freibeträge" sind für die Arbeiter starr, für die höheren Einkommensklassen aber sind sie sehr elastisch. Da können allerhand Vorgänge des Luxuslebens hineingepreßt und der „steuerpflichtige Betrag" gesenkt werden.

Der Faktor von 0.22 steht für den Höchststeuersatz von 22 Prozent in diesen untersten Einkommensklassen. Was hat die Zahl von „660" zu bedeuten? Sie läuft darauf hinaus, daß eine Steuer erst gezahlt werden muß, wenn 22 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens *mehr* als 660 DM im Jahr ausmachen. Das ist bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 3 000 DM im Jahr der Fall. Zählt man zu diesem „steuerpflichtigen Einkommen" noch Freibeträge von 1 384 DM hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Einkommen von 4 384 DM im Jahr bzw. von 365,33 DM im Monat steuerfrei bliebe. *Rechnerisch* käme bei Einkommen, die darunter liegen, eine *negative Steuer* heraus. Das steckt dahinter, wenn im Gesetz solche Einkommen scheinheilig als „steuerfrei" bezeichnet werden.

Die sittliche Begründung für diese Formel lautet: 365 DM im Monat sind so wenig, daß eine Besteuerung als Akt der Barbarei erscheint, denn hier ist kein Überschuß, von dem was wegzusteuern wäre.

Die Steuerformel für die höchste Einkommensklasse ist genauso aufgebaut wie für die niedrigste, nur die jeweiligen Zahlenwerte sind anders. Sie lautet: Steuerpflichtiges Einkommen x 0.56 minus 12 676 gleich Steuerbetrag in DM pro Jahr.

Der Faktor von 0.56 steht für den Grenzsteuersatz von 56 Prozent. Von diesem Grenzsteuersatz wird oft gesprochen und wie hoch und wie sozial er ist. Von der mysteriösen Zahl von 12 676 hingegen hat noch nicht gehört, wer nicht ins Steuergesetz geschaut hat.

Was hat es mit diesen 12 676 auf sich? Eine grob vereinfachende Rechnung. Ein Couponschneider schneide im Jahre des Herrn 1977 für 200 000 DM Coupons von den Aktien ab und kriege diese 200 000 DM als Dividende. Ohne die 12 676 in der Steuerformel müßte er zahlen: 200 000 x 0.56 gleich 112 000 DM Steuern.

So aber zahlt er eben bloß 112 000 minus 12 676 gleich 99 324 DM.

Hätte er bloß für 150 000 DM Coupons geschnitten und Dividende kassiert, so müßte er ohne die besagten 12 676 in der Formel 84 000 DM gleich volle 56 Prozent zahlen, mit diesen besagten 12 676 zahlt er aber bloß 71 324 DM bzw. 47,5 Prozent.

Die Vorschrift ist also segensreich. Ihr geldlicher Gehalt liegt bar auf der Hand. Wie indes erschließt sich ihr sittlicher Gehalt?

Man teile – wie vorhin bei der Formel für die niedrigsten Einkommen – die undurchsichtigen 12 676 durch den Grenzsteuersatz. Man erhält, daß bei 22 635 DM nichts gezahlt werden müßte. Man zähle den Freibetrag von 1 384 DM hinzu. Man käme auf 24 020 DM pro Jahr und ziemlich exakt 2 000 DM pro Monat.

Wir hatten vorhin nach der gleichen Methode 365 DM pro Monat als den Betrag herausgerechnet, den die Bourgeoisie als ein Arbeitereinkommen nicht mehr offen zu besteuern wagt, weil er ein absolutes Existenzminimum darstellt. Die 2 000 DM stellen das gleiche Existenzminimum für Bourgeois dar. Das ist die sittliche Aussage der Rechnung.

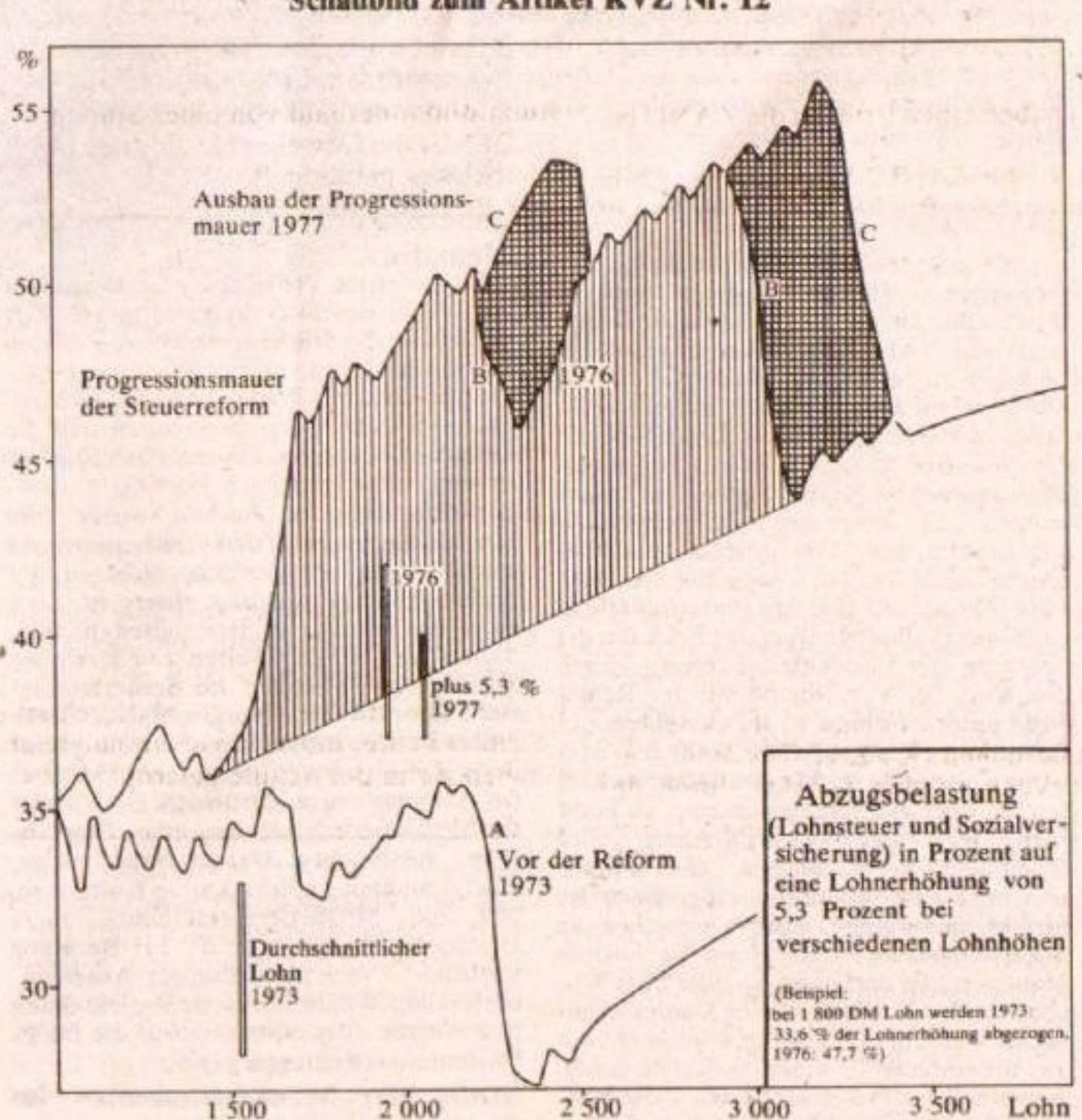
Gegenüber den Formelverstrickungen des geltenden Steuerrechts sind verschiedene politische Forderungen möglich. Man könnte durchaus fordern: Steuern wie die Reichen. Wir haben in unserem Schaubild das Ergebnis einer solchen Forderung mit der gestrichelten Linie aufgezeichnet. Spaßeshalber haben wir die *„negative Steuer"*, die bei der Masse der Arbeitereinkommen herauskäme, mit aufgetragen. Die gepunktete Linie kennzeichnet in den unteren Einkommensbereichen den tatsächlichen Entwicklungsgang der Steuerlast, für die höheren, etwa ab 1 600 brutto im Monat, gelten andere, weitaus kompliziertere Formeln. Die durchgezogene Linie endlich kennzeichnet die Entwicklung der Steuerlast bei Heraufsetzung des Freibetrages auf 1 500 DM monatlich, bei Anwendung der bestehenden Steuerformel für die untersten Einkommensklassen.

Obwohl man auf den ersten Blick denkt, eine Forderung wie „Steuer genauso wie die Reichen" sei vielleicht einfacher zu propagieren, ist es doch richtig, eine Forderung auf den Grundfreibetrag zu erheben.

Denn nur eine solche Forderung läßt sich prinzipiell und einfach begründen. Denn nur diese Forderung sagt aus, daß die Arbeiter von ihrem Lohn nichts für den Unterhalt des imperialistischen Staatsapparates herauszurücken gedenken. – (Z-Red.)

Minister Ehrenberg bessert die Steuerfalle aus

Schaubild zum Artikel KVZ Nr. 12



In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 12 ist der Nord-Redaktion ein schwerwiegender Fehler unterlaufen. Das oben stehende Schaubild war wesentlicher Bestandteil des Artikels „Minister Ehrenberg bessert die Steuerfalle aus" auf S. 9. Daß das Schaubild von der Redaktion unterschlagen wurde, hat zum Unverständnis des Artikels geführt, weswegen das Schaubild nachträglich abgebildet wird.

Wanzen

Die letzten Wochen wurde unsere Organisation vom Licht der Presseöffentlichkeit warm beschienen. Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen, wir hatten alle Sorten im Hause und am Telefon.

Ernst Albrecht von Niedersachsen hatte gefurzt. Er hatte ein Herzensanliegen der Bourgeois – Verbot revolutionärer Tätigkeit für Arbeiter – herausgeprutscht. Sonntag und Montag war die Presse befaßt, an diesem Albrechtfurz zu riechen, weitere Bourgeois zu weiteren Fürzen zu veranlassen und festzustellen, ob geruchliche Harmonie besteht.

Nachdem die ganze Reportage dieser appetitlichen Beschäftigung gepflogen hatte, stand fest: Die Lüftchen riechen verschieden. Ernst Albrecht will. Andere sprechen düster von der Opportunität.

Von „Opportunität" ist stets die Rede, wenn die Bourgeois fürchten, bei einem ihrer Verbrechen auf die Schnauze zu fallen.

Nachdem nun festgestellt war, daß einige Bourgeois wollen und andere wollen nicht, hatte die „freie Presse" ihre Aufgabe. „Feindaufklärung", wenn man's fein sagen will, „Ausspionieren", wenn lieber deutlich. Wenn der Verfassungsschutz oder der Militärische Abschirmdienst „Aufschlüsse" besorgen muß, braucht er Spitzel und Gerät. Wanzen. Beide Methoden sind passiv. Der Spitzel kann beim Telefonabhören nicht nachfragen, wenn er was nicht begreift, was meist der Fall ist. Weniger noch die Wanze, die ein totes Gerät ist.

Unendlich elastischer, flexibler, einsatzfähiger ist da der Journalist. Da man auf seiten der Politiker wie gesagt verstritten war, ob jetzt „Opportunität" oder „rascher Zugriff" das richtige ist, hatten wir die ganze Bruderschaft auf dem Hals.

Gruner und Jahr gibt das Magazin „Leute" heraus. Herr Trankner von „Leute" trat heran. Wir sollten ihm ein Interview geben. Wir dürften auch Kapuzen aufsetzen oder uns sonstwie maskieren. Außerdem würden wir „Informantenschutz" genießen.

Wir lehnten die Kapuzen ab und verzichteten auf den „Informantenschutz". Wir haben uns stattdessen ein Wortprotokoll der vermittels Tonband aufgezeichneten Unterredung ausgebeten.

Das ist ziemlich sicher. Die Schreibkraft wird nicht fürs Fälschen bezahlt, sondern fürs Schreiben. Das kommt hernach und heißt „redaktionelle Bearbeitung".

Wir wollen Herrn Trankner nicht Unrecht tun. Er hat zusammengestellt, was er sieht. Wie soll er einen Zusammenhang erhalten, den er nicht hat? Verglichen mit dem, was er geschrieben hätte, wenn er nicht mit uns gesprochen hätte, ist es allemal noch gut.

Bloß daß jetzt dasteht, wir erblickten unsere Aufgabe darin, Widersprüche zu suchen, um sie anzuzünden, das kränkt uns. Wir hatten „nicht" davorgesetzt.

Glücklich das Land, das eine freie Presse hat, insbesondere wenn sie auf weichem Papier gedruckt ist.

Warum versperren wir als Arbeiterorganisation uns nicht vor der Presse, sondern erteilen die Auskünfte, die wir für richtig halten?

„Bringen" tut es nichts, und wir haben noch nie auf „Erwähnung in der Presse" Wert gelegt. Proletarische Organisationen stellen die Verbindung zu den Massen nicht über irgendwelche „Medien" her. Sie sind Teil der Massenbewegung.

Man darf aber nicht übersehen, daß sich die bürgerlichen Journalisten gerade dann am leichtesten fälschen, wenn sie überhaupt keine Ahnung haben, was los ist.

Tatsachen, wenn sie einmal bekannt sind, verdrehen, das bedeutet Arbeit und Anstrengung. Klare Standpunkte verbiegen, bestehende Zusammenhänge zu zerreißen, ist auch ziemlich schwierig.

Und so spült es von den der ganzen Reporterbagage mitgeteilten Tatsachen unvermeidlich welche ans Licht und in die Zeilen der Bourgeoispresse. Das schürt die Widersprüche auf der anderen Seite.

Die Presse will uns besuchen? Sie sei uns herzlich willkommen. Zwar sind im Augenblick wir die beschissenen, aber die Langzeitwirkung ist anders. Und wer wissen will, was wir sagen, wenn wir nicht verdreht werden, der kann das aus unseren eigenen Druckschriften haben.

Braunschweig. Im Fachbereich Psychologie an der TU werden zur Zeit Unterschriften gesammelt gegen die Verschärfung der Konkurrenz durch das Zensurensystem. 12 von 20 Vordiplomanden haben bisher folgende Erklärung unterschrieben: „Wir Prüflinge des Haupt- bzw. Vordiploms erklären: Im letzten Jahr wurde von den Prüfern die Notenspanne weiter aufgespreizt. Während 1975 fast nur Einsen und Zweien gegeben wurden, gab es vor einem halben Jahr schon über 20 % Dreien, Vieren und Fünfen. Dadurch, daß das Notensystem in seiner ganzen Breite angewandt wird, soll die Konkurrenz unter uns geschürt werden. Das heißt, jeder soll versuchen, besser als der andere zu sein, jeder einzelne soll noch mehr Stoff lernen.

Wir wollen uns aber nicht gegeneinander ausspielen lassen – deshalb sind wir für eine Einheitszensur. Als erster Schritt für die jetzigen Prüfungen heißt das für uns: Keiner darf eine Zensur bekommen, die schlechter als 2 ist!" Der Fachschaftsrat Psychologie hat erreicht, daß eine Prüfung, in der eine Fünf gegeben wurde, annulliert und wiederholt wird.

Ehrenbergs „Kostendämpfungsgesetz" soll das Gesundheitswesen verstärkt auf Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen ausrichten. Dazu dient auch die Ausbildung der Medizinstudenten im Praktischen Jahr.

Die Kölner PJ-Studenten lernen in der Chirurgischen Poliklinik, „Simulanten" zu überführen. Handelt es sich um eine größere Verletzung, liegt der Fall klar, es muß krankgeschrieben werden. Wobei es darauf ankommt, die Zeit möglichst kurz zu halten. Gibt ein Arbeiter aber etwa „Schmerzen im Gelenk" an, bestehen „Verdachtsmomente". Der Arbeiter muß Bewegungen des Gelenks in verschiedenen Stellungen ausführen, um ihn, sollte es in einer anderen Stellung vielleicht nicht schmerzen, des „Simulantentums" zu überführen.

In der Praxis soll das Gelernte unter Beweis gestellt werden. Ein PJ-Student untersuchte einen verletzten Arbeiter, der vom Arbeitsamt gezwungen wurde, für 80 Pfennige auf dem Friedhof zu arbeiten. Kurze Zeit später rief das Arbeitsamt an und wollte bestätigt haben, daß dieser Arbeiter ein „notorischer Drückeberger" sei. Diese Bestätigung hat es nicht erhalten.

„Ausbildungsangebot"

Die PJ Kommission der Kölner Medizin Professoren hat jetzt „Merkblätter" für die Studenten im Praktischen Jahr veröffentlicht. Irgendwelche Verbindlichkeiten in Bezug auf die Ausbildung der Medizinstudenten gehen die Professoren damit nicht ein. Verbindlich ist allerdings für die Medizinstudenten, über jeden Handgriff der in diesem „Ausbildungsplan" vorgesehen ist, eine Bescheinigung abzuliefern. In „Innere Medizin" macht das 256 im Trimester. „Grundsätzlich muß es dem Studenten obliegen, dafür zu sorgen, daß er die geforderten praktischen Übungen
Studenten obliegen, dafür zu sorgen, daß er die geforderten praktischen Übungen
durchführt, d.h. die Stationsärzte und Tutoren können nicht die Aufgabe übernehmen, jedem einzelnen Studenten die Gelegenheit zur Teilnahme etwa an einer Laparoskopie, einer Sektionsdemonstration oder die Möglichkeit einer Injektion nachzuweisen, vielmehr müssen sich die Studenten selber bemühen, im Rahmen ihrer Stationstätigkeit die entsprechenden Möglichkeiten zu suchen und auszunutzen." So soll dann die große Rangelei unter den PJ-Absolventen losgehen, wer welchen Eingriff machen darf. Wer mit dem Oberarzt auf schlechtem Fuß steht, guckt in die Röhre.

Wuchermieten

Am letzten Donnerstag hat der Bundestag zum BAFÖG beschlossen: Von 30,- DM mehr Ausbildungsentgelt sind 20,- DM Darlehen, 1 130,- DM dürfen die Eltern zum Leben behalten. Haben sie mehr, dann müssen sie das Studium finanzieren. Der Druck auf die besitzlosen Massen soll noch spürbarer werden. Ein Gutteil der Studenten ist bereits gezwungen in Studentenwohnheimen unter entwürdigenden Bedingungen zu hausen. In Frankfurt sind es etwa 10 Prozent. Dort verlangt die Stiftung Studentenhaus seit zwei Jahren für 7,5 qm Wohnfläche im Landmannheim 105,- DM. Bis heute weigern sich viele Studenten diese Wuchermiete zu zahlen. Jetzt geht die Stiftung mit Prozessen gegen drei Studenten vor. Vor Gericht stellte einer der Beklagten fest: „350,- DM gesteht mir das BAFÖG-Amt zu, davon kann ich nicht leben, erst recht nicht Studiengebühren (60,- DM), studentische Krankenversicherung (150,- DM) und das Studenmaterial zahlen, das ebenfalls immer teurer wird. Meine Fahrkarte kostet 30,- DM, am Essen spare ich soweit es geht. In der Mensa, die ihre Preise um fünf Pfennig erhöht hat, ist das Essen bereits zu teuer und von dem Eintopf für 1,6o DM wird niemand satt. Von meinen Eltern und Verwandten kann ich mir noch 50,- DM zusammenbetteln. Gelegenheitsarbeiten wie zum Beispiel Näharbeiten mache ich das ganze Semester hindurch. Jetzt habe ich das Glück, bei der Post Briefe sortieren zu können für 7,50 DM die Stunde, ich mache Überstunden in der Nacht, was das Zeug hält. Gleichzeitig muß ich mich auf die Zwischenprüfung zu Semesterbeginn vorbereiten."

Von 14 Studenten, die sich auf den Prozeß vorbereiteten, konnten 12 nicht kommen, weil sie Lohnarbeit verrichteten. Am Prozeßtag trugen trotzdem 60 Studenten ihre Forderungen in den Gerichtssaal: Keine Mieterhöhung im Studentenwohnheim!

VDS-Mitgliederversammlung: Erfreuliche Ergebnisse für die Studentenbewegung

Die 2. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS hat für die Studentenbewegung erfreuliche Ergebnisse. Die Ausdehnung und zunehmende Kraft der Kämpfe gegen die wachsende Abhängigkeit und Unterdrükkung durch die Ministerial- und Hochschulbeamten hat nicht nur diese in Unruhe versetzt, diese Entwicklung hat auch das sozialdemokratisch geführte Kartell der vereinigten Opportunisten im Vorstand der VDS erschüttert. Dieses Kartell, bestehend aus den Jungsozialisten, den DKP-Studentenorganisationen und den Sozialistischen Basisgruppen und repräsentiert im vergangenen Jahr durch Hartung (Juso), Knickrehm (DKP) und Ickert (Sozialistische Basisgruppen), hat dem Druck der Studentenbewegung nicht standgehalten. Das ist das erste Ergebnis dieser Mitgliederversammlung.

Das zweite Ergebnis besteht darin, daß es gelungen ist, die Unterstützung des bevorstehenden Medizinerstreiks für Ausbildungs- und Tarifvertrag in der praktischen Ausbildung durch die VDS zu erzwingen. Den bekannten hintergründigen Verklausulierungen, aus denen die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten die Spaltung der verschiedenen Kampfaktionen stets zu rechtfertigen versuchen, steht jetzt ein ausdrücklicher Beschluß gegenüber, der die Forderungen der Urabstimmung der Medizinstudenten und den Streik zur Durchsetzung dieser Forderungen unterstützt. Unter sichtbarem Widerwillen mußten die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten diesem Beschluß selber zustimmen.

Der Einfluß der Sozialdemokratie zersetzt sich

Die bürgerlichen Kräfte, die es gemeinsam unternommen haben, den notwendigen Aufbau der Studentenkoalitionen und den Zusammenschluß im Kampf für die Koalitionsrechte aufzuhalten, sind starker Zersetzung ausgesetzt. Die Sozialdemokraten fürchten, daß diese Zersetzung weiter fortschreitet und der Durchsetzung ihrer Ideologie der Klassenversöhnung und Politik der Abstumpfung der Gegensätze zum imperialistischen Staatsapparat zu einer Gefahr wird. Für die Durchsetzung dieser Politik sind die Sozialdemokraten angewiesen auf die Unterstützung durch die DKP-Revisionisten und die Treue der Opportunisten in der Studentenbewegung. Das ist eine zerbrechliche Einheit, und die Opportunisten haben bereits gerochen, daß sich die Treue zur Sozialdemokratie nicht auszahlt.

Das hat die Jusos unter Führung ihres Hochschulgruppengeschäftsführers Hartung gezwungen, die Durchführung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung für Ende Mai zu beantragen. Die Sozialdemokraten hoffen, bis zu diesem Zeitpunkt und durch diese Mitgliederversammlung die Risse wieder kitten zu können und haben keineswegs die Absicht, durch die Anwendung der Demokratie innerhalb des Verbandes die Durchsetzung der Interessen der Studentenmassen in und vermittels der Politik der VDS etwa zu fördern. Zu diesem Zweck dagegen kann diese außerordentliche Mitgliederversammlung seitens der Studentenbewegung genutzt werden.

Ungeordneter Rückzug der Opportunisten vor dem Führungsanspruch der Sozialdemokratie

Die Opportunisten haben sich angesichts des Ausgangs der Studentenparlamentswahlen gar nicht genug tuen könn'n in blindem Geschrei über: „Die Linke im Vormarsch." Jetzt haben sich diese Opportunisten auf der VDS-MV wieder gefunden in einer Fraktionsgemeinschaft bestehend aus: dem traditionellen Kern der Sozialistischen Basisgruppen, der dem Sozialistischen Büro Offenbach und damit der SPD nahesteht; den Studenten des „Arbeiterbundes" (München), die sich in offenem Übergang zu den DKP-Revisionisten befinden; dem „Frankfurter Frauen-AStA", der bestrebt ist, dem Klassenkampf den „Kampf der Frau gegen die Männerherrschaft" entgegenzusetzen; den Tübinger Spontaneisten, gefürchtet aufgrund der Geschwätzigkeit der von ihnen verbreiteten Papiere über die Unsinnigkeit des Zusammenschlusses im Kampf für die Rechte der Studenten; zur rechten Würdigung dieser Fraktionsgemeinschaft darf die Beratertätigkeit durch die Studentenkommission der Zeitschrift „Arbeiterkampf" aus Hamburg nicht vergessen werden. Diese in Fraktionsgemeinschaft operierenden Opportunisten nun hielten es angesichts der Forderungen und Kampfentschlossenheit der Studentenbewegung für günstig, sich von der Sozialdemokratie etwas abzusetzen. Sie verfolgten das Projekt, die durch politische Plattform festgelegte Unterstützung der Sozialdemokratie in der Politik der VDS zu ersetzen durch „punktuelle Zusammenarbeit" – eingeschlossen die Wahrung des Vorstandssessels und seiner Möglichkeiten zur Förderung dieser Fraktionsgemeinschaft, versteht sich. Die Illusionen dieser „Linken" über ihren „Vormarsch" haben sich auf dieser Mitgliederversammlung aufgelöst in ungeordneten Rückzug vor dem Führungsanspruch der Sozialdemokratie. Nicht bereit, die Interessen der Studentenmassen zur Grundlage ihrer Politik und deren Durchsetzung zur Aufgabe ihres Eingreifens in die Auseinandersetzung um die Politik der VDS zu machen, hatten sie dem Führungsanspruch der Jusos schließlich nichts mehr entgegenzusetzen als das Fernbleiben von der Mitgliederversammlung.

Die Jusos mußten der Mediziner-Aktion zustimmen, weil sie den Interessen der gesamten Studentenbewegung entspricht

Die erfolgreiche Initiative der von den Instituts- und Fachschaftsgruppen getragenen Studentenvertretungen für die Unterstützung der Medizinstudenten ist von Bedeutung für die ganze Studentenbewegung und den Fortgang der Auseinandersetzung um die Politik der VDS. Die Sozialdemokraten hatten die Absicht, stillschweigend über diese Aktion hinwegzugehen, um ihr hernach die Unterstützung verweigern und mit Vorwänden wie „im Winter bereiten sich alle auf Streik vor" oder „jetzt durch kontinuierliche Arbeit vertiefen ... " usw. um so besser zersetzen und spalten zu können.

Die Sozialdemokraten kamen damit nicht durch und mußten schließlich selber zustimmen, weil der Zusammenschluß im Kampf für die Koalitionsrechte im Interesse der gesamten Studentenbewegung liegt und unumgänglich ist, daß Fortschritte in diesem Kampf erreicht werden. Die beschlossene Aktion der Medizinstudenten ist ein solcher Fortschritt. In dem Maße, wie durch die Arbeit und den Aufbau der Instituts- und Fachschaftsgruppen der Zusammenschluß im Kampf für die Koalitionsrechte der Studenten gegen den bürgerlichen Staatsapparat hergestellt wird, werden die bürgerlichen Politiker trotz ihrer jetzt zum Teil erdrückenden Mehrheiten in den Vertretungsorganen keine andere Wahl haben, als entweder diese Aktionseinheit zu unterstützen oder sich daran die Zähne auszubeißen.

Die Jusos sind auf dieser Mitgliederversammlung aufgetreten, um unter Berufung auf ihre Parteifreunde in der Gewerkschaftsführung die Politik der Sozialdemokratie durchzusetzen. Selbst „die gewerkschaftlichen Forderungen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise", wie sie von den Reformisten vertreten werden, sollen unter dem Deckmantel „DGB" den Studenten schmackhaft gemacht werden. Wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von „Sozialpartnerschaft" und „Verantwortung für das Ganze" reden, versuchen die Jusos an der Hochschule, dem Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat die „Mitbestimmung" und die „Mitverantwortung der Studentenschaften" entgegenzusetzen.

Die Erfahrung der Studentenbewegung ist, daß nicht durch „Mitbestimmung", sondern Kampf die Interessen verfochten werden können und daß sie nur durchgesetzt werden können, wenn man die schlägt, die diese Verhältnisse zu verantworten haben, die Vertreter der herrschenden Klasse. Dafür ist unumgänglich und notwendig die Stärkung des Zusammenschlusses der Studentenbewegung im Kampf für die Anerkennung der Koalitionsrechte und die Bekämpfung der Spaltungsabsichten der Sozialdemokraten. Das nächste Ziel in diesem Kampf ist die Einschränkung der materiellen Abhängigkeit durch das BAFöG, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie den Konkurrenzdruck auf die Studentenmassen verschärft und sie politisch zu erpressen versucht. Den Sozialdemokraten in den VDS ist es im vergangenen Semester gelungen, die notwendige einheitliche Aktion gegen das BAFöG und für ein hinreichendes Ausbildungsentgelt zu verhindern. Dafür haben sie auf dieser Mitgliederversammlung mit Zersetzung ihres Einflusses schon bezahlen müssen. Was liegt näher für die Studentenbewegung, als jetzt nachzusetzen und die Auseinandersetzung mit den Spaltungsabsichten der Sozialdemokratie zu suchen.

sionisten und die Treue der Opportu- Kampfentschlossenheit der Studen- Koalitionsrechte der Studenten gegen demokratie zu suchen.

2. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS

Die 2. ordentliche Mitgliederversammlung fand vom Sonntag, dem 20.3.77, bis zum Samstag, dem 26.3.77, in Köln statt. Etwa 160 der 181 Mitgliedsstudentenschaften der VDS waren vertreten. Die Stimmrechte der beiden von RCDS-Studenten vertretenen Universitätsasten Karlsruhe und Bonn wurden durch die Mitgliederversammlung suspendiert, weil sie keine Beiträge mehr gezahlt hatten. Auf die vertretenen Studentenschaften entfiel nach Studentenzahlen eine Gesamtzahl von etwa 780 Stimmen. Auf von den Jusos und DKP-Studenten geführte ASten entfielen davon 495, auf von den Sozialistischen Basisgruppen geführte etwa 180, auf weitere Koalitionsasten knapp 100 und auf durch Aktionseinheiten der Instituts- und Fachschaftsgruppen getragene Studentenvertretungen entfielen 8 Stimmen auf der Mitgliederversammlung.

Mit ihrer Stimmenmehrheit verhalfen die Jusos und DKP-Studenten dem alten VDS-Vorstand am Dienstagabend zur Entlastung. Am Mittwoch brachten die Sozialdemokraten mit Hilfe der DKP-Studentenvertretung ihren 28seitigen Hauptantrag in die „zweite Lesung". Die quälend langweiligen Versuche der bürgerlichen Politiker, sich auf eine gemeinsame Linie der Spaltung und Sabotage der Studentenbewegung zu einigen, zogen sich 7 Tage hin. Währenddessen tagte die Mitgliederversammlung insgesamt 35 Stunden; also im Durchschnitt 5 Stunden pro Tag.

„Aktionen"

Um die Politik ihrer Parteifreunde in der Regierung zu decken und die notwendige Beschlußfassung über Kampfmaßnahmen gegen das BAFöG und die politische Entrechtung zu verhindern, fordern die Jusos mit Unterstützung der DKP-Studenten die Studentenbewegung in der beschlossenen Hauptresolution auf, die Politik der sozialdemokratischen DGB-Führung zu unterstützen: „23 Thesen des DGB" zur Hochschulreform, zur „Gesamtschul- und Gesamthochschulreform", ja selbst zum BAFöG führen die Jusos ihre Parteifreunde in der Gewerkschaftsführung ins Feld, um die Spaltung der Studentenbewegung durch den Kurs der Versöhnung mit der Regierung unter Mißbrauch des Ansehens der Gewerkschaftsorganisation unter den Studenten abzusichern. Mit der Methode hoffen sie, über das Sommersemester zu kommen. Den Fachhochschul-ASten wird scheinheilig vorgeschlagen, „über Aktionen im Sommersemester, möglicherweise Streiks, zu beraten". Sodann wünschen die Sozialdemokraten freie Hand für finstere Manöver: „Es darf nicht ein oder zwei Wochen an der Hochschule der Dampf abgelassen werden, sondern es kommt darauf an, die Inhalte in einer kontinuierlichen Arbeit selbst zu verankern." Um diese Politik durchsetzen zu können, haben die Sozialdemokraten gleichzeitig eine Lockspeise vorgesehen: „Die VDS schlagen den ASten vor, *im Wintersemester* einen bundesweiten Streik gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich, d.h. für uns Schwerpunkt Hochschulrahmengesetz, möglichst gemeinsam mit Schülern und anderen Bündnispartnern *vorzubereiten*."

„Spezifische Fachhochschulproblematik"

Das zentrale Projekt der DKP-Studenten, durch Beschluß dieser Mitgliederversammlung die Studentenbewegung an den Fachhochschulen von der Studentenbewegung an den Universitäten und den Pädagogischen Hochschulen abzuspalten und die durch Gründung des einheitlichen Studentenverbandes erreichten Fortschritte wieder rückgängig zu machen, wurde zum Scheitern gebracht. Damit „die spezifische Fachhochschul-Problematik nicht in der bundesweiten Bewegung untergeht, sondern ein besonderer Bestandteil bleibt", hatten sie „einen zweiten bundesweiten Streik der FH-Schüler im Sommersemester" über 14 Tage vorgeschlagen. Seine Durchsetzung war geplant über eine gesonderte FH-Konferenz parallel zur Mitgliederversammlung am Mittwoch. Diese sollte der Mitgliederversammlung eine „Empfehlung" aussprechen. Daraus wurde nichts: Zuerst mußten sie dem Antrag zustimmen, daß die Mitgliederversammlung nicht gleichzeitig tagt, solange die FH-Beratung stattfindet. Nach zweistündiger Auseinandersetzung ist dann das ganze Projekt durch den Auszug aller ASten bis auf die DKP-Studentenvertretungen geplatzt.

Streik der Medizinstudenten im Sommersemester

Die Forderungen und Kampfaktionen der Medizinstudenten lassen sich mit dem Programm der Unterwerfung unter die Regierungspolitik nicht vereinbaren. Sechs Tage lang verfolgten Jusos und DKP-Studenten die Absicht, durch Totschweigen diesen Kampf auf der VDS-Mitgliederversammlung zu isolieren. Als schließlich am Samstag der Antrag des Sekretärs der Fachkonferenz Medizin (vgl. letzte Nummer der KVZ) gestellt werden kann, winden und wenden sich die Jusos, bis sie sechs Stunden später erklären müssen, die Forderungen der Urabstimmung in die Hauptresolution zu übernehmen. Das Manöver, den unbefristeten Streik der Medizinstudenten zu isolieren, kann aber jetzt nicht mehr durchkommen. Auf erneuten Antrag des Sekretärs der Fachtagung Medizin müssen die vereinigten Opportunisten – entgegen allen Absichten, die sie auf dieser Konferenz verfolgten – folgendem Zusatz einstimmig zustimmen: „Die VDS unterstützt die von der VDS-Fachtagung Medizin beschlossenen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen." Kommentar Knickrehm (MSB Spartakus): „Unbefristeter Streik ist Scheiße – wir müssen aber zustimmen."

BAFöG-Angebot der Bundesregierung

„Von einer Reihe von Hochschulen wurde die Postkartenaktion nicht unterstützt. Damit wurde diese Aktion nicht grundsätzlich in Frage gestellt, weil es ihre Funktion war ..., den Aktionen ... einen zentralen Aspekt zu verleihen ..., ohne damit alle Hochschulen in den Sozialkampf verbindlich einzubinden", stellt Juso-Hartungs Nachfolger im VDS-Vorstand, Bindert, im Rechenschaftsbericht fest. „Zu ... kritisieren wäre jedoch, daß der Vorstand zu spät auf eine neue Konkretisierung der Forderung nach kostendeckender Ausbildungsförderung umgestiegen ist." Dies erklärt der Sozialdemokrat Bindert u.a. „durch das verspätete sowie verzögerte Erstellen neuer Zahlen durch das DSW und die Bundesregierung".

Außer diesen Versuchen der Sozialdemokraten im VDS-Vorstand, ihre Manöver gegenüber dem Zusammenschluß und Kampf gegen das BAFöG zu rechtfertigen, war von den vereinigten Opportunisten im Vorstand und den sie unterstützenden Studentenvertretungen großes Schweigen angesichts der Notwendigkeit, gegen die Verschärfung der materiellen Abhängigkeit zu kämpfen. Während der Mitgliederversammlung ließ die Kapitalistenklasse ihr Parlament mit der Annahme der Regierungsvorlage zum BAFöG diesen Kurs bestätigen. Eine Reihe von Anträgen von ASten, Fachschaften und Instituts- und Fachschaftsgruppen nahm gegen dieses Angebot Stellung und verlangte Beschlußfassung über Streik für 100 DM mehr und 1 500 DM Elternfreibetrag ab Oktober 1976 rückwirkend.

Die Sozialdemokraten verweigerten überhaupt die Befassung dieser Anträge. Die folgende Empfehlung, mit der die Jusos dagegen zur Beschlußfassung antraten, nährt die Hoffnung der Regierung, daß sie auf den neuen wie den alten Vorstand der VDS in dieser Frage rechnen kann und daß der jetzt „auf eine neue Konkretisierung der Forderung umgestiegene" Vorstand keinerlei Absicht hat, die Richtung seiner Politik zu ändern:

„Die VDS fordern eine Kostendeckende Ausbildungsförderungsdauer, die es den Kindern aus einer sozial schwachen Schicht ermöglicht, eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten, d.h. kostendeckende Ausbildungsförderung, dies war nach Auffassung von DSW und DGB Anfang 1977 690 DM Förderungshöchstbetrag und 1 400 DM Elternfreibetrag." (Juso-Antrag)

Außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS am letzten Mai-Wochenende

Samstag, 19 Uhr. Die Opportunisten können sich nicht auf eine einheitliche Linie des Betrugs an der Studentenbewegung einigen, um auf dieser Grundlage den neuen Vorstand zu wählen. Die Fraktion der Sozialistischen Basisgruppen lehnt die Hauptresolution einstimmig ab und zieht zur Vorstandswahl aus. Revisionisten und Jusos bestätigen daraufhin A. Ickert (Basisgruppen) als kommissarisches Vorstandsmitglied. Der Mann ist ihnen recht. Hupka (Jusos, AStA Pädagogische Hochschule Rheinland), Krems (LHV, Stellvertretender Landesvorsitzender des LHV Nordrhein-Westfalen), Weddige (SHB, Fachhochschule Lippe) und Postkarten-Mölich (MSB Spartakus) werden mit den Stimmen von Jusos und MSB/SHB in den Vorstand gewählt, müssen aber gleichzeitig ihren Rücktritt für eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS ankündigen. Auf Antrag von Juso-Hochschulgruppengeschäftsführer Hartung beschließt die Mitgliederversammlung nach sieben Tagen: „Der Vorstand wird beauftragt, eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS für das letzte Mai-Wochenende einzuberufen mit der Tagesordnung: 1. Aktionen und Forderungen der Studentenschaften. (...) 4. Wahl des Zentralrats der VDS. (...) 6. Wahl des Vorstandes der VDS. Der Vorstand wird beauftragt, auf der Grundlage der Hauptresolution einen Vorschlag für ein Aktionsprogramm zu erarbeiten." Die Studentenbewegung wird diese Lage zu nutzen wissen.

„Meiner Meinung nach ist die Lohnfortzahlung unbedingt notwendig"

Aurich/Ostfriesland. Für eine Woche normalen Dienst und zusätzlich 115 Stunden Bereitschaft bekommen die Kraftfahrer vom Dienst (KvD) zwei Tage frei. Für 24 Stunden Gefreiter vom Dienst/Unteroffizier vom Dienst an Wochentagen gibt es einen halben Tag frei, den Unteroffizieren wird bei Geburtstag nicht mehr ein halber Tag frei gegeben. In der Verfügungsstunde des Vertrauensmanns wurden dies Dinge besprochen und alle anwesenden neun Soldaten waren sich einig, daß der Vertrauensmann zum Chef gehen muß und die Forderungen: einen Tag frei für jeden UvD/GvD-Dienst und sieben Tage frei für den KvD-Dienst durchsetzen muß.

Der Chef lehnte die Forderungen ab mit der Begründung, der Kompanie fehlten 40 Soldaten. Uns war klar: Würden wir uns darauf einlassen, wäre eine beliebige Ausdehnung des Dienstes die Folge. Darum haben wir uns beraten und besprochen, in einem Flugblatt die Forderung der Soldaten bekannt zu machen und eine Soldatenversammlung einzuberufen, und zu beraten, wie wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Ich arbeite z. B. im Nachschub mit drei Zivilangestellten zusammen. Während die Zivilangestellten in der 40-Stunden-Woche arbeiten, müssen die Mannschaften und der Oberfeldwebel 42,5 Stunden in der Woche arbeiten. Außerdem kann uns ohne weiteres Zusatzdienst befohlen werden. Wir können daher als Spalter gegen die Zivilangestellten eingesetzt werden. So mußten wir vor zwei Wochen erst drei Stunden länger Dienst machen, um die Reviere zu reinigen, weil der Regimentskommandeur kam. Der jetzige Zustand ermöglicht einen Einsatz als Lohndrücker, dort, wo wir z.B. mit Zivilangestellten zusammenarbeiten. Von den 165 DM bzw. 210 DM Wehrsold kann kein Soldat leben. Ich bezahle allein für drei Heimfahrten im Monat 120 DM an Benzin. Um mich überhaupt über die Runden zu retten, bin ich auf 100 DM von meinen Eltern angewiesen. Das ist bei fast allen Wehrpflichtigen so. Auf meiner Dienststelle haben wir es ausgerechnet: Um 900 DM netto werden wir im Monat betrogen, denn das ist die Differenz zwischen dem Lohn eines Zivilangestellten und unserem Sold. Lohnfortzahlung, 40-Stunden-Woche und Dienstausgleich sind absolut notwendig. Dies muß in die Beratung über den Dienstausgleich mit aufgenommen werden und am 1. Mai von uns als Forderung erhoben werden. An den DGB müssen wir uns wenden, damit er ebenfalls diese Forderungen unterstützt. – (Soldat m, Aurich)

Interview mit einem Soldaten der Röttger-Kaserne/Hamburg

Du bist seit Oktober 76 beim Bund und kriegst 165 DM Wehrsold. Kommst du damit aus?

Nein!

Welche Schwierigkeiten entstehen dir durch den Hungersold?

Eine ganze Menge. Ich habe eine Monatsmiete von 180 DM. Solange meine Eltern noch lebten, konnte ich keine Mietbeihilfe nach dem Unterhaltssicherungsgesetz beantragen. Jetzt sind mein jüngerer Bruder und ich seit kurzem Vollwaisen, d.h., daß ich sämtliche Unkosten für die Wohnung selbst tragen muß. Wenn mein jüngerer Bruder nicht selbst arbeiten und mich unterstützen würde, wären mir die Mietschulden schon längst über den Kopf gewachsen. Dabei ist mein Bruder noch minderjährig! Ich bin gezwungen, ihm auf der Tasche zu liegen.

Du bist gezwungen, für deine gesamte Lebenshaltung incl. Wohnung etc. selbst aufzukommen. Wie hoch sind deine monatlichen Ausgaben?

Da kommt als erstes die Miete: 180 DM, zusätzlich alle zwei Monate 100 DM für Strom. Als zweites muß ich 120 DM Fahrgeld im Monat bezahlen, weil ich aus persönlichen Gründen jeden Abend nach Hause fahren muß. Drittens muß ich für Lebensmittel und Haushaltsgegenstände ca. 350 DM bezahlen. Neue Kleidung liegt sowieso nicht drin und für meine Freizeit habe ich natürlich auch kein Geld.

Du hast also monatliche Unkosten von 700 DM. Vom Bund bekommst du 165 DM.

Ja, ich bin gezwungen, um überhaupt mein Existenzminimum halten zu können, jede Menge Schulden zu machen. Normalerweise müßte ich verhungern!

Das heißt, daß du für deine Arbeitskraft, die beim Bund voll vernutzt wird, nicht annähernd soviel Geld bekommst, um deine Arbeitskraft Ja, für mich gibt es praktisch nur zwei Möglichkeiten: entweder ich verpflichte mich, oder ich werde vorzeitig entlassen. Verpflichten – mich also noch länger kasernieren und unterdrücken lassen – will ich mich nicht. Werde ich aber vorzeitig entlassen, kann ich wieder in meinem alten Beruf arbeiten und kriege für meine Arbeit wenigstens genügend Geld zum Leben. Würde ich in meiner Bundeswehrzeit meinen Lohn fortgezahlt kriegen, wäre ich nie in die Schwierigkeiten gekommen, in denen ich jetzt stecke. Meiner Meinung nach ist für uns Soldaten die Lohnfortzahlung unbedingt notwendig, ich bin bestimmt nicht der einzige Soldat, der in solchen Schwierigkeiten steckt.

Albersdorf. Am 25.3. fand in der 1. Batterie des Fernmeldebattaillon 61 in Albersdorf eine „Belehrung über linksextremistische Organisationen" durch den Sicherheitsoffizier statt. Die Zersetzung habe stark zugenommen und sei ernster zu nehmen als Spionage und Sabotage, die selten vorkämen. Die Zersetzung werde von den Linksextremisten betrieben, weil die Bundeswehr mit Waffengewalt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sichern würde. Die Linksextremisten wollten aber die freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören, deshalb müßten sie die Bundeswehr zersetzen. Die Feststellung eines Soldaten, daß er damit den möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern Westdeutschlands zugegeben hat, wurde vom Sicherheitsoffizier bestätigt.

„Dann kann die Bundeswehr also auch eingesetzt werden, wenn z.B. die Bewegung gegen Kernkraftwerke stärker wird, Polizei und Bundesgrenzschutz die Lage, wie am 19.2. in Brokdorf, nicht mehr beherrschen können?" „Konkret am 19.2. in Brokdorf nicht. Aber wenn es mehr werden, ja, dann kann die Bundeswehr zum Einsatz kommen." „Ich habe in der Zeitung gelesen, daß die Bevölkerung im Kaiserstuhl, die mehrheitlich gegen das Kernkraftwerk in Whyl ist, mit der Besetzung des Bauplatzes gegen die freiheitlichdemokratische Grundordnung verstoßen habe. So wie sie es dargestellt haben, wäre es vom Staat völlig korrekt, gegen diese Menschen mit Waffengewalt vorzugehen." „Ja", sagte der Sicherheitsoffizier, „die Menschen haben dort gegen unsere demokratische Grundordnung verstoßen, indem sie noch nicht mal einen Gerichtsbeschluß über den Bau abgewartet haben." Deutlich geworden sei die Verletzung der fdGO in Brokdorf, wo die Demonstranten den Zaun einreißen wollten. Das sei also ein Grund, daß die Bundeswehr mit Waffengewalt gegen die Demonstration vorgehe, wurde gefragt. „Ja", antwortete der Offizier und brach die „Belehrung" schnell ab. Durch die Zwischenfragen ist diese „Belehrung" für viele Soldaten zu einer Aufklärung über den Zweck der Bundeswehr geworden.

ten. Das sei also ein Grund, daß die Bundeswehr mit Waffengewalt gegen die Demonstration vorgehe, wurde gefragt. „Ja", antwortete der Offizier und brach die „Belehrung" schnell ab. Durch die Zwischenfragen ist diese „Belehrung" für viele Soldaten zu einer Aufklärung über den Zweck der Bundeswehr geworden.

Heide. Am Freitag, dem 25.3., sind die Soldaten J. Spitzner und H. Eggers von der Feldjägerausbildungskompanie 610 in Heide stundenlang verhört und anschließend nach Hamburg strafversetzt worden. Ihnen wird vorgeworfen, die „Volksmiliz", die Zeitung der Initiative zur Gründung eines Soldaten- und Reservistenkomitees, verteilt zu haben. Die Zeitung enthielt u.a. den Artikel „Die Geburt eines Feldjägers erfordert besondere Unterdrückung" (s. KVZ 12/77, Ausgabe Nord). Eine Reihe von Soldaten wurde ebenfalls vernommen und unter Druck gesetzt. Der „zersetzende Einfluß" des Artikels veranlaßte den Leutnant und den stellvertretenden Battaillonskommandeur, vor versammelter Kompanie die Meinungsfreiheit, die Kameradschaft und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beschwören und vor der „Diktatur einiger roter Bazillen" zu warnen. Die Masse der Soldaten läßt sich dadurch jedoch nicht einwickeln. Bei einer Reihe von Soldaten ist der Artikel auf große Zustimmung gestoßen.

Wildflecken. Zwischen 7. und 10. März führte die 4. Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons 12 in Wildflecken eine Durchschlageübung durch. Übungsthema: „Die auf sich gestellte Gruppe." Geübt werden sollte das „Durchschlagen durch feindbesetztes Gebiet." Was dafür zu halten ist? „Ortschaften und Gehöfte sind im allgemeinen als feindbesetzt zu betrachten." So ist das, die Armee des bürgerlichen Staates probt sehr realistisch: für ihre Unternehmungen kann sie sich in „Ortschaften und Gehöften" keine Unterstützung erwarten, sondern muß sie als „feindlich besetzt" betrachten. Im Ernstfall genausowenig, wie bei den Manövern, wo sie Jahr für Jahr Flurschäden reisigen Ausmaßes anrichten. Die Übung sollte für die Soldaten „ein Höhepunkt und Abschluß der Einzelkämpferausbildung" sein. Sie war ein Höhepunkt der Schikane und Unterdrückung: Schon vor der Übung, am Sonntag, Nachtausgangsverbot, das scharf kontrolliert wurde. Mitzuschleppen war: Rucksack mit zweitem Kampfanzug und zweitem Paar Kampfstiefel, Schlafsack, Zelt usw. Ausrüstung: vom Pi-Päckchen über die Feldflasche bis zur Handwaffe. Zusätzlich abwechselnd ein Funkgerät SEM 35. Mittag- und Abendessen gab es am erten Tag erst ab 17 Uhr, „Rohverpflegung", di erst noch zubereitet werden mußte. Marschieren nur nachts, mit Saaleüberquerung am Drahtsei. Schlafen: 2 bis 3 Stunden. Dann weitermarschieren. Die nächste Verpflegung erst wieder am Nachmittag – das Frühstück. Dann nachts wieder Marsch. In der kaserne kam man dann Mittwoch in der nacht wieder an. Die letzten am Donnerstag morgen gegen 3 Uhr. 50 Soldaten mußten am Wochende nach Dienstschluß die Übung wiederholen, wegen „Überschreitung des Zapfenstreichs" am Sonntag vor der Übung. Die Kompanie war bisher für „besonders gute militärische Leistungen" bekannt. Nach dieser Übung gab es kaum noch einen, der sich für irgendeinen Dienst freiwillig gemeldet hätte; die Kompanie hat wirklich viel gelernt. Jetzt muß der bewußte Zusammenschluß der Soldaten organisiert werden. Die Offiziere haben durch die Schikaneübung gute Voraussetzungen dafür geschaffen.

Reservistenübung: Rebellion und Zersetzung

Vom 14. bis 27.3.1977 fand für die Reservisten des Stabszuges des Sicherungsbataillons 7116 eine Mobilisierungsübung statt. Das Sicherungsba-

rigen Klamotten hochziehen und mit rechts die Waffen teilladen. Es folgte eine Woche scharfen Waffendrills und ausgiebiger Schießübungen, vor allem

Abend zum Beispiel unter den Kraftfahrern des Stabszuges eine lange Diskussion über Brokdorf und das Energieprogramm der Imperialisten. Ziem-

später geführt wurde. Dies liegt an einer Besonderheit unserer Einheit. Hier sind alle nach acht bis neun Jahren Reserveübung per Du. Die tradi-

Reservistenübung: Rebellion und Zersetzung

Vom 14. bis 27.3.1977 fand für die Reservisten des Stabszuges des Sicherungsbataillons 7116 eine Mobilisierungsübung statt. Das Sicherungsbataillon hat vorerst mit drei Kompanien zwischen Rendsburg und Brunsbüttelkoog den Nord-Ostsee-Kanal abzuschirmen. Es ist dem Verteidigungskreiskommando 112 (VKK) in Rendsburg unterstellt. Dies wiederum bildet mit anderen VKKs in Schleswig-Holstein und Hamburg und dem Heimatschutzkommando in Eutin das Territorialheer in Schleswig-Holstein.

Ziel der Übung war die minutiöse Aufstellung der Einheit, die Durchführung weiträumiger motorisierter Märsche, das schnelle Wechseln von Gefechtsständen sowie die Führung von Kompanien bei rasch wechselnder Feindlage.

Während der Übung war unser Zug dem Ausbildungszentrum 11/1 des Territorialheeres in Heide unterstellt. Dessen Leiter Oberstleutnant Fritzel, ein Schinder, den mittlerweile 15 000 Reservisten in Schleswig-Holstein miterlebt haben, faßte das ganze so zusammen: „Kameraden, dies Jahr wollen wir bei euch die letzten Fehler und Unebenheiten ausbügeln."

Anlage der Ziele der Übung entsprachen damit voll den neuen Leitlinien, die der Generalinspekteur des Heeres, Hildebrandt, für 1977 nach einer Auswertung seines Führungsstabes nach den zurückliegenden Manövern ausgegeben hat: „Hart trainieren, schneller sein, besser treffen!" (Bundeswehr aktuell, Nr. 13/53, 17.3.1977) Die Bundeswehrführung spitzt sich bei der Kriegsvorbereitung aufs Detail.

Wie die Führung der Bundeswehr selbst sagt, kam es ihr 1976 vor allem auf das verbundene Gefecht von NATO- und westdeutschen Truppen, von Teilstreitkräften und Reserveeinheiten unter *ihrem* Kommando an. So waren 1976 erstmals 100 000 in die 70 Gefechtsübungen vom Brigaderahmen ab aufwärts einbezogen. Dies waren 15 bis 20 % aller übenden Soldaten. Nach diesen aufwendigen Anstrengungen wollen die Imperialisten augenscheinlich ins Detail gehen. Durch verbesserte Organisation seien noch Steigerungen möglich und notwendig – so Hildebrandt. Daß dies für die Arbeiter, Bauern und Angehörigen der übrigen Volksklassen, die jedes Jahr in die Armee gepreßt werden, nur schärferen Drill und Unterdrückung bedeutet, ist klar.

Konnte sich z.B. unsere Reserveeinheit, das Sicherungsbataillon 7116, 1975/76 auf der großen Divisionsrahmenübung noch mehrere Tage im Gelände verdrücken, so stürzten sich dies Jahr die Ausbilder des Territorialkommandos geradezu auf uns.

Entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten mußte bereits die Anfahrt zum Ausbildungszentrum in vollen Waffen durchgeführt werden, das hieß, im Laufschritt, mit der linken Hand die langen grünen Unterhosen und die übrigen Klamotten hochziehen und mit rechts die Waffen teilladen. Es folgte eine Woche scharfen Waffendrills und ausgiebiger Schießübungen, vor allem an Panzerabwehrwaffen. Getreu der geplanten Kriegsführung nahm auch der ABC-Abwehrunterricht großen Raum ein. Schließlich wurden größere motorisierte Märsche mit völlig neuen Fahrzeugen durchgeführt. Wie sich später herausstellte, wird das gesamte Territorialheer gegenwärtig auf neue VW-Jeeps, schwere Mercedes-LKWs sowie eigene große Artillerie- und Panzerabwehreinheiten umgerüstet.

Die zweite Übungswoche bestand im wesentlichen aus einem hastigen Auf- und Abbau von Gefechtsständen in 7 oder 8 Dörfern am Nord-Ostsee-Kanal. Das mag harmlos klingen, ist es aber nicht, weil sich dahinter die Besetzung von jeweils 6 bis 7 Bauernhöfen verbirgt.



In den Wintermanövern läßt die Bundeswehrführung die Soldaten bei Schnee und Kälte das Übernachten üben. „Hart trainieren, schneller sein, besser treffen!" nennt das der Generalinspekteur des Heeres, Hildebrandt. Die Offiziere übernachten im Warmen.

Bei der gesamten Einordnung der Übung wundert es nicht, daß sich dies auf der gleichen Feindlage wie 1975/76 ereignete: große Manöver des Warschauer Paktes; Einmarsch der Sozialimperialisten in Jugoslawien nach dem Tode Titos; Spannungsfall; Grenzzwischenfälle im italienisch-jugoslawischen Raum; Losschlagen der NATO; „Verteidigungsfall".

Neu war nur, daß diesmal in der Lage jeder Hinweis auf sogenannte „Kombattanten" fehlte, die die gespannte innere Situation z.B. zur Sabotage an Elektrizitätswerken nutzen. 1975/76 tauchten solche „Kombattanten" in der Feinddarstellung noch im Blauzeug vor den zu sichernden Objekten auf und mußten beschossen werden. Ein derart offenes Losschlagen auf rebellierende Arbeiter- und Volksmassen konnte sich das leitende Offizierspack jedoch diesmal nicht mehr leisten.

Anders noch als im vergangenen Jahr entwickelt sich noch am ersten Abend zum Beispiel unter den Kraftfahrern des Stabszuges eine lange Diskussion über Brokdorf und das Energieprogramm der Imperialisten. Ziemlich schnell waren sich die Kollegen über die Auswirkungen und die Ziele dieses Programms anhand ihrer eigenen Erfahrungen klar, obwohl keiner bisher in Brokdorf gewesen war oder organisiert arbeitet. Ganz erstaunt zog ein Heizungsinstallateur aus dem Schleswiger Raum Zwischenbilanz: „Wenn man bedenkt, wieviel über die dreißig- bis vierzigtausend in Brokdorf hinaus dagegen sind, dann haben sich Schmidt und Stoltenberg auf ein ganz schönes Abenteuer eingelassen. Da stehen doch mindestens 70 Prozent der Bevölkerung dagegen. Das können die doch gar nicht durchhalten."

Das aber wurde auch von einigen bezweifelt. Das Bewußtsein über die eigene Kraft ist noch nicht entwickelt. Dies beruht auf Erfahrung, insbesondere mit der Politik der Sozialdemokraten und Revisionisten in den Gewerkschaften. Eine ganze Palette von Beispielen über die Abwürgung der Tarifkämpfe wurde gebracht. Schnell kam das Gespräch darauf, daß die Arbeiter ihre eigene politische Partei brauchen. Hier stellte sich heraus, daß die Kollegen die Kommunisten bei ihren Schritten im Parteiaufbau genau beobachten, aber noch skeptisch sind. Ein Lastkraftwagenfahrer aus Kiel brachte das so auf den Nenner: „Ich lese auch hin und wieder die Kommunistische Volkszeitung. Informiert wirst du heutzutage doch nur noch durch die Kommunisten. Aber ob ihr euch einigen könnt und die Partei aufbauen, bevor ihr verboten seid?" Diese Debatte jedenfalls endete mit dem Verkauf von sieben KVZ und zwei Programmen.

Ganz ähnlich verlief eine Diskussion unter den Unteroffizieren, die ausgehend von diesem Abend zwei Tage später geführt wurde. Dies liegt an einer Besonderheit unserer Einheit. Hier sind alle nach acht bis neun Jahren Reserveübung per Du. Die traditionellen Schranken von Befehl und Gehorsam zwischen Mannschaften und Unteroffizieren sind weitgehend eingerissen. Man kann hieran gut sehen, wie sprunghaft die Zersetzung in der Armee in den letzten Jahren und Monaten vorangekommen ist, wie günstig die Bedingungen für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter und der Volksmassen auch in der Armee sind und welche schlechten Karten die führende Offizierskaste mittlerweile hat.

Wohl auf diesem Hintergrund unterließen die führenden Offiziere auf dieser Übung auch ihren üblichen Unterricht über „Unsere Gesellschaftsordnung im Vergleich zum kommunistischen Herrschaftssystem" usf.

Im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Furcht vor einer offenen politischen Auseinandersetzung standen jedoch ihre Versuche, den Unteroffizieren die Unterdrückung der Mannschaften einzubläuen.

In richtigen Planspielen wurde z.B. das sofortige Verhaften zweier Soldaten geprobt, die sich gegen einen technischen Dienst gewehrt hatten. „Stillegen der Kameraden" wurde das zynisch genannt. Und so fuhr der Oberstleutnant Fritzel fort: „Meine Herren, anders kann man sich heute in einer Reserveeinheit nicht mehr durchsetzen!"

Eingehandelt hat sich allerdings die Übungsleitung auch mit diesem Übungsabschnitt nur wachsende Unzufriedenheit und schließlich offene Rebellion. Ein ausbildender Oberfeldwebel hatte einen Stabsunteroffizier und einen Obergefreiten des Feldkabelbautrupps, die gemeinsam in der Kantine ihren Dienst geregelt hatten, vor der Kantine gestellt und den Obergefreiten angebrüllt: „Sie sind besoffen. Das kostet Sie mindestens zwei Tage Nachübung!"

Als sich darauf der Obergefreite nur müde lächelnd an die Stirn tippte, versuchte der Oberfeldwebel den Stabsunteroffizier für eine Verhaftung des Obergefreiten zu gewinnen. Der lehnte ebenfalls dankend ab und verschwand.

Die Übungsleitung wollte daraufhin Druck auf den gesamten Zug ausüben und tiefe Spaltungslinien zwischen Unteroffizieren und Mannschaften ziehen und einen Sonderdienst für die Mannschaften und Sonderunterricht für die Unteroffiziere ansetzen. Da kochten die Kollegen über. Gleich ganze Teileinheiten bestürmten das Geschäftszimmer und den Bataillonskommandeur. Schwupp war der Sonderdienst und Sonderunterricht vom Dienstplan verschwunden. Es ist klar, daß die Übung andernfalls ein völlig anderes Ende genommen hätte als von den Offizieren geplant. – (pe, Zelle öffentlicher Dienst, Bezirk Holstein)

Spanien: Heftige Zusammenstöße der revolutionären Massenbewegung mit der Reaktion

Im Juni sollen die angekündigten Parlamentswahlen in Spanien stattfinden, wahrscheinlich unter Einschluß der Revisionisten, aber unter Ausschluß der revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse. In dieser Schlinge sollen die Arbeiterbewegung und die große demokratische Massenbewegung der Völker Spaniens gefangen werden, um endlich alle diejenigen drastischen Verschärfungen der Ausbeutung der Arbeiter, der Senkung ihrer Löhne und der verschärften Ausplünderung der Volksmassen durchzusetzen, die von den Kapitalisten und ausländischen Monopolen schon lange gefordert werden, die aber das jetzige Regime sich nicht in die Tat umzusetzen traut.

Ihre Hoffnung, eine parlamentarische Regierung werde dazu die notwendige „Autorität" gegenüber den Massen haben, ist in den letzten Wochen schon kräftig erschüttert worden. Die Ankündigung der Parlamentswahlen hat die Klassenwidersprüche keineswegs entschärft. Seit Anfang März haben in vielen spanischen Provinzen fortlaufend Massendemonstrationen für die vollständige Erfüllung der dringendsten demokratischen Forderungen des Volkes stattgefunden: die Befreiung *aller* politischen Gefangenen, Autonomie-Statute für die unterdrückten Nationalitäten, freie politische und gewerkschaftliche Organisationsrechte und uneingeschränktes Streikrecht. Am 11. März kam daraufhin die Regierung mit einem Amnestie-Erlaß heraus, der einen Teil der Gefangenen in Freiheit setzt, jedoch nur als „Gnadenerweis", so daß sie nach Belieben wieder verhaftet werden können. Auch bleiben Gefangene in Haft, denen „Bluttaten" vorgeworfen werden – worunter die Regierung alle Handlungen versteht, die die „physische Integrität einer anderen Person beeinträchtigt haben". So

„physische Integrität einer anderen Person beeinträchtigt haben". So

bleiben wahrscheinlich einige Hundert Mitglieder revolutionärer Organisationen in Haft.

Parallel mit diesem (zweiten) Erlaß einer Pseudo-Amnestie veröffentlichte die Regierung ein Dekret über die Bildung von „Juntas" bzw. „Generalitäten" in den baskischen und katalonischen Provinzen. Auch diese haben mit den Forderungen der Massen nach Autonomie nur äußerliche Ähnlichkeit. Tatsächlich handelt es sich um Anhängsel der parlamentarischen Betrugsmaschinerie, die aufgebaut werden soll. In den baskischen Provinzen, in Galizien und Katalonien kam es nach Veröffentlichung der Dekrete zu neuen, noch größeren Massenkundgebungen, die teilweise in heftigen Barrikadenauseinandersetzungen mit den Bürgerkriegstruppen des Regimes endeten. Die Polizei erschoß im Baskenland zwei Mitglieder der ETA und einen Demonstranten. Die ETA antwortete mit einer bewaffneten Aktion in Mondragon, bei der ein Polizist getötet und zwei verletzt wurden. Die Mehrheit der Arbeiterkommissionen der baskischen Provinzen rief zum Generalstreik auf und erklärte: „Unser Ziel ist die totale Amnestie für alle politischen Gefangenen in Spanien und die freie Rückkehr aller Spanier im Exil. Die Amnestie muß auch diejenigen einschließen, die an der Aktion in Mondragon teilgenommen haben. Die Amnestie muß den kompletten Bruch mit dem bestehenden frankistischen Regime und allen seinen Einrichtungen, die die Macht ausüben, bedeuten."

Unter dem Druck dieser Massenaktionen hat die Regierung in der Vorwoche mit neuen Täuschungsmanövern reagiert. So wurde die Legalisierung der Gewerkschaften angekündigt – aber nicht die Auflösung des Apparats der faschistischen Zwangssyndikate, die die Arbeiter fordern. Ein Dekret verkündete das Recht auf „legalen Streik" – aber nur, um tatsächlich die meisten Streiks für „illegal" zu erklären und die Entlassung von Arbeitern unter beliebigen Vorwänden zu erleichtern. Die Gewerkschaften haben diese Machenschaften bereits einstimmig verurteilt und abgelehnt. Die Massen beharren auf ihren Forderungen und erkennen immer besser, was es mit der „Demokratisierung" des Regimes unter der Aufsicht der Imperialisten auf sich hat.

Ist die „Erbfeindschaft" überwunden?

Wachsende Rivalität zwischen dem französischen und dem (west-)deutschen Imperialismus

Auf dem kürzlichen Gipfeltreffen der Regierungen der EG-Staaten in Rom aus Anlaß der Feierlichkeiten zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vor 20 Jahren hat – wie Kanzler Schmidt dem ZDF mitteilte – „der große Krach nicht stattgefunden". Großer Krach bahnte sich darum an, daß der französische Präsident sein Veto gegen eine gemeinsame Vertretung der EG bei dem westlichen Wirtschaftsgipfeltreffen im Mai eingelegt hatte. Auf diesem Treffen soll eine Front der imperialistischen Staaten des Westens, einschließlich Japans, gegen die Wirtschaftsforderungen der Dritten Welt ausgehandelt werden, die auf der anschließenden „Nord-Süd-Konferenz" zur Verhandlung stehen.

„Mit dem Ergebnis von Rom zeigte sich Bundeskanzler Schmidt zufrieden. ... Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing gab seinen Widerstand schließlich auf." (ZDF-Nachrichten, 26.3.1977)

Die französischen Imperialisten können aus der EG nicht heraus, sondern sind auf den gemeinsamen Markt und das gemeinsame Auftreten gegenüber dem US-Imperialismus als dem Hegemon über Westeuropa angewiesen. Aber sie wehren sich seit jeher gegen alle Einschränkungen ihrer Möglichkeiten, durch eine selbständige Außenpolitik ihre imperialistischen Interessen zu wahren.

„Deutsch-französische Freundschaft" – imperialistisches Bündnis auf Zeit

Das enge Bündnis zwischen dem französischen und deutschen Imperialismus zum Zwecke der Bildung eines einheitlichen westeuropäischen Marktes, des Zusammenschlusses gegenüber dem US-Imperialismus als überlegenem Konkurrenten (der „amerikanischen Herausforderung") und zum Zwecke der Sicherung Westeuropas als einem Bollwerk der Konterrevolution – dieses Bündnis bildete die

pas als einem Bollwerk der Konterrevolution – dieses Bündnis bildete die

Voraussetzung und den Kern der 1957 gebildeten EWG. Das wurde als „deutsch-französische Aussöhnung", als Ende der „Erbfeindschaft" zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus gefeiert, und bei einer gemeinsamen Messe in der Kathedrale von Reims verziehen sich Adenauer und de Gaulle namens der Monopolbourgeoisie ihrer Länder gegenseitig die Verbrechen an ihren Völkern, ließen Weihrauch über ihren Pakt wehen und den Priester den Kelch leeren zum Zeichen, daß der französische und deutsche Imperialismus nunmehr entschlossen waren, nur noch gemeinsam Blut zu saufen.

Unter diesem Deckmantel von Versöhnung und Entspannung haben sowohl der westdeutsche als der französische Imperialismus ihre Kräfte bedeutend gestärkt. Man sieht leicht nur den Wiederaufstieg der auf westdeutsches Territorium eingeschnürten deutschen Monopolbourgeoisie zu neuer Weltmachtstellung und unterschätzt die Entwicklung des französischen Imperialismus. Wohl war Frankreich seit den Feldzügen Bonapartes europäische Großmacht gewesen und an der Schwelle der Epoche des Imperialismus bereits die größte Kolonialmacht nach England. Ein gewaltiger Tribut wurde von der französischen Finanzbourgeoisie den versklavten Kolonialvölkern abgepreßt, aber die Entwicklung der Industrie in Frankreich selbst blieb hinter den Konkurrenten zurück. Zwischen 1913 und 1939 stieg die Produktion nur um 24 %, und 1939 war der Stand von 1929 noch nicht wieder erreicht. Das war es, was den „Blitzsieg" von Hitlers Armeen 1940 ermöglichte.

Extrablatt! Extrablatt!

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Thälmann in Paris

Ueberraschendes Auftreten des Führers der KPD. in einem Massenmeeting der Pariser Arbeiterschaft – Kampfrede gegen die Kriegsrüstungen in Deutschland und Frankreich und gegen das räuberische Versailler System – Vernichtende Abrechnung mit Chauvinismus, Militarismus, Faschismus – Begeisterung der französischen Arbeiter

Die Arbeiterklasse Deutschlands und Frankreichs marschiert in brüderlicher Kampfgemeinschaft – Heraus am 6. November für die Liste 3

Im Zeichen des proletarischen Internationalismus!

Im Rahmen der EWG (bzw. EG) hat delsbilanz 20 Milliarden Francs (ca. 10

Im Rahmen der EWG (bzw. EG) hat der französische Imperialismus nach der Befreiung seiner Kolonien mit den meisten durch neokoloniale Beziehungen eng verbunden, einen raschen Kräftezuwachs erfahren. In seinem Buch „Französische Demokratie" beschreibt der gegenwärtige Staatspräsident Giscard d'Estaing die Stellung seines Landes so:

„Dritte Exportmacht der Welt, gleichauf mit Japan, dem Nationalprodukt Großbritanniens um 56 % voraus und somit in dem längsten historischen Wettbewerb Europas deutlich im Vorsprung, ist Frankreich heute mit einem wirkungsvollen Produktionsapparat ausgerüstet ..."

Allerdings hat seit der revolutionären Erhebung der französischen Arbeiterklasse und breiter Volksmassen im Mai 1968, worüber de Gaulle stürzte, der französische Imperialismus kürzer treten müssen, so daß er in der Konkurrenz mit dem BRD-Imperialismus nicht mehr Schritt hielt. Seit 1968 übersteigen die westdeutschen Kapitalanlagen in Frankreich diejenigen des französischen Kapitals in der BRD und haben die westdeutschen Monopole eine Exportoffensive eingeleitet, die die französischen Konkurrenten in vielen Gebieten der Welt, besonders aber in der eigenen engeren Einflußzone, den Ländern der Franc-Zone, und auf dem französischen Markt selbst aus einer Reihe zuvor eroberter Stellungen herausgeworfen hat.

Verschärfung der Konkurrenz mit Eintritt in die Krise

Seit dem Eintritt in die Krise 1975 hat sich diese Konkurrenzschlacht noch weiter zugespitzt. 1976 betrug das Defizit in der französischen Handelsbilanz 20 Milliarden Francs (ca. 10 Milliarden DM). Davon betrug 12 Milliarden allein das Defizit aus dem Handel mit der BRD. Die westdeutschen Kapitalisten haben 1976 ihre Exporte nach Frankreich um volle 30 % gesteigert und so die Krise im Nachbarland vertieft.

Jedoch muß man sich auch diese Entwicklung nicht zu einseitig vorstellen, denn auch die französischen Monopole haben ihre Exporte in die BRD um nicht weniger als 19 % gesteigert. In Großbritannien, Italien und den Niederlanden haben sie neue Marktanteile hinzuerobert, und dies teilweise von den westdeutschen Kapitalisten. Das heißt, es tobt auf europäischem Boden eine Konkurrenzschlacht, die historische Vergleiche nicht zu scheuen braucht. Der einzige Unterschied ist, daß die Arbeiterarmeen, die von den herrschenden Klassen ihrer Länder in Bewegung gesetzt werden, nicht mit Waffen auf dem Schlachtfeld aufeinandergehetzt werden, sondern in einer Produktionsschlacht im Kampf um Minuten, um Quoten, um Termine und um den Lohn.

Das Schlachtfeld ist die ganze Welt. Die Richtung der Expansion des französischen und westdeutschen Imperialismus ist fast identisch. Wie in der Vergangenheit überkreuzen sich ihre Interessen unmittelbar.

Überkreuzung der imperialistischen Interessen

Der ab 1976 laufende Wirtschaftsplan Frankreichs geht von einer weiteren drastischen Verengung des inneren Marktes aus. Er stellt sich als bewußtes Ziel, den inneren Markt zurückzuerobern („kauft französisch") und eine neue Offensive des Warenexports, gestützt auf Kapitalexport, einzuleiten. Neben der Ausgleichung des Handelsdefizits mit der BRD wird die Ausgleichung des Defizits mit den **USA** angegangen. So sind schon in den letzten beiden Jahren die Kapitalexporte in die USA beträchtlich gesteigert worden – genau wie von seiten der BRD-Imperialisten.

In der „Ostpolitik" waren die französischen Imperialisten ihren Konkurrenten in der BRD ohnehin voraus. Jetzt unternehmen sie große Anstrengungen, um besonders in **Polen** über langfristige Abkommen zum größten westlichen Handelspartner zu werden, bzw. direkt Kapital zu exportieren. Mit der **Sowjetunion** sind eine Reihe von Milliardenprojekte in Verhandlung.

Wie in Osteuropa wandelt der französische Imperialismus im **Mittelmeer** auf historischen Pfaden. Die Verlegung des Gros' der französischen Flotte ins Mittelmeer unterstreicht seine niemals aufgegebenen Ansprüche. Die französischen Ölmonopole entfalten in Algerien, Libyen, aber auch in verschiedenen Staaten am Arabischen Golf eine intensive Tätigkeit, um sich vertragliche Rechte auf die Ausbeutung der Öl- und Erdgasquellen zu sichern, und sind darin noch immer ihren westdeutschen Konkurrenten um Längen voraus. Im Handel mit den nordafrikanischen Staaten halten die französischen Imperialisten feste Positionen und bauen diese systematisch aus. So wird Frankreich **Ägypten** mit Unterstützung Saudi-Arabiens beim Aufbau einer eigenen Waffenindustrie mit Technologie und Ausrüstung beliefern, entsprechend einem 1976 abgeschlossenen Grundvertrag. Für 200 Mirage-Flugzeuge, die in Ägypten montiert werden sollen, werden sie die Teile liefern. „Spektakuläre Waffengeschäfte Frankreichs" meldet die FAZ am 11.1.77 voller Neid.

Von kaum geringerer strategischer Bedeutung ist die Belieferung des **Iran** mit 2 Kernkraftwerken. Gegenüber der BRD hat der französische Imperialismus einen Vorsprung in der Wiederaufbereitung und Entsorgung – ein „Trumpf" der französischen Atomindustrie, wie die vom Wirtschaftsministerium herausgegebenen „Nachrichten für Außenhandel' wiederum neidisch registrieren.

Wachsende chauvinistische und sozialchauvinistische Agitation

„Giscard und Schmidt bestärken einander im Streit um den Export atomarer Anlagen – Standfestigkeit gegenüber amerikanischem Druck", meldete die FAZ beim Besuch von Giscard d'Estaing Anfang Februar in Bonn. „Die deutsch-französische Verständigung bildet den Eckstein für jeden Fortschritt beim Aufbau Europas", betonte Giscard in seiner Tisch-

pas", betonte Giscard in seiner Tisch-

rede. Die „Verständigung" besteht in einer gemeinsamen Front gegenüber unmittelbarer Erpressung und Geschäftschädigung durch den US-Imperialismus. Bei jedem Schritt darüber hinaus liegen sich die deutschen und französischen Imperialisten sofort in der Wolle. So hatte im Mai 1976 die französische Framatome der westdeutschen KWU den fetten Südafrika-Auftrag weggeschnappt. Mit der „Freundschaft" war es da sogleich aus gewesen. „Die Vergabe an Frankreich wird in der südafrikanischen Wirtschaft als politisches Risiko bezeichnet, weil dort im Jahr 1978 möglicherweise eine Volksfrontregierung an die Macht kommt", stichelte damals die FAZ giftig, während sozialdemokratische Zeitungen Frankreich der Skrupellosigkeit beschuldigen.

Auf der anderen Seite des Rheins sind die Warnungen vor einem deutschen „Übergewicht" zum festen Bestandteil der Propaganda aller bürgerlichen Parteien geworden. Der Gaullist Chirac beendete seine Rede auf dem Gründungsparteitag der neuen gaullistischen Sammlungsbewegung RPR im Dezember mit der wenig verhüllten historischen Anspielung:

„Unser Volk wird die Kraft wiederfinden, die es in der Vergangenheit vor dem Desaster gerettet hat und in Zukunft retten wird; die Kraft des vereinten Frankreich."

Die Führer der französischen Linken, wie Mitterand, gründen Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD und rufen in Namen des Sozialismus und der Demokratie zum Kampf gegen ein neues „autoritäres" Westdeutschland auf. Die Revisionisten schwenken die Trikolore und warnen vor der „deutschen Gefahr". Der Philosoph Sartre und französische Trotzkisten, im Verein mit einigen Generälen im Ruhestand, gründen sogar ein Aktionskomitee „gegen ein deutsch-amerikanisches Europa". In einem öffentlichen Aufruf erklären sie: „Wir können nicht länger hoffen, ... die französische Gesellschaft umzugestalten, ohne den deutsch-amerikanischen Hegemonismus zu bekämpfen."

Solche sozialchauvinistischen Aufwallungen sind ein untrügliches Anzeichen dafür, daß die Widersprüche zwischen dem westdeutschen und dem französischen Imperialismus rasch anwachsen und keineswegs ein für allemal beseitigt sind. Die Arbeiterparteien beider Länder haben sich dagegen stets eng unterstützt und den Chauvinismus, besonders den Sozialchauvinismus, in den eigenen Reihen bekämpft. – (Z-Red.)



Portugal. Mehrere Hunderttausend Arbeiter haben in den letzten Wochen in großen Streikbewegungen den Kampf um ihren Lohn und um tarifvertragliche Festlegungen aufgenommen und die seit 1974 nach der Verjagung der Faschisten errungenen Rechte auf Streik, Versammlung, politische und gewerkschaftliche Betätigung und anderes mehr verteidigt. Die Soares-Regierung greift diese Rechte Stück um Stück an, um den Kapitalisten wieder zu altem Glanz und alter Herrlichkeit ihrer Profite zu verhelfen. „Streikrecht ja – Aussperrung nein!" und eine Losung gegen die Faschisten tragen die Arbeiter auf ihrem Transparent mit (Bild).

Völkerwanderung zur Vermehrung imperialistischer Profite

Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Europa

In Europa findet eine Völkerwanderung statt, gegen die die Völkerwanderungen des Altertums zahlenmäßig nichts waren. Im Jahr 1973 (aus diesem Jahr stammen die letzten uns zugänglichen Zahlen für ganz Westeuropa) waren etwa 8,1 Millionen Arbeiter in Westeuropa gezwungen, ihre Arbeitskraft in anderen Ländern zu verkaufen. Das Ifo-Institut in München schätzt, daß sich in den letzten 25 Jahren 20 bis 30 Millionen Arbeiter sowie ihre Familien an diesen Wanderungen beteiligen mußten. Die Schätzung ist eher zu niedrig.

Wir haben auf der nebenstehenden Karte einige Hauptströme dargestellt sowie die Zahl der Arbeiter anderer Nationalität in den elf „Aufnahmeländern", wie die Imperialisten sie nennen. Diese Zahlen stammen ebenfalls aus dem Jahr 1973. Sie werden seitdem gesunken sein. In Westdeutschland sind sie 1975 bereits um 20 Prozent niedriger. Der Rückgang ist Ergebnis der „Beschäftigungspolitik" der Imperialisten, die im Hin- und Herwerfen der Arbeiterarmeen mit Hilfe der entsprechenden Einrichtungen des bürgerlichen Staates, Ausländergesetze, -ämter, -polizei, besteht je nach Bedarf an ausbeutbarer Arbeitskraft. Die Zahlen aus dem Jahr 1973 sind uns trotzdem nützlich, weil sie die Ströme der Arbeiter zeigen und die Proportionen der Wanderung. Außerdem darf man nicht glauben, der Rückgang sei dauerhaft.

In Westdeutschland sind knapp 10 Prozent aller Lohnabhängigen nicht deutscher Nationalität. Die Zeitung „Metall" hat in der Nr. 3 dieses Jahrgangs auf vier Seiten die „Probleme" ausländischer Arbeiter behandelt. Gefordert wird mehr „Solidarität der deutschen Arbeitnehmer".

„Die Lösung der Probleme jedoch ist eine hohe moralische Aufgabe, denn gerade die ausländischen Arbeitnehmer haben erheblich zum Wirtschaftswachstum und zur Sicherung des steigenden Wohlstands in der Bundesrepublik beigetragen. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen haben es erst ermöglicht, daß deutsche Arbeitnehmer risikoreiche und chancenarme, unterwertige und unwürdige Arbeitsplätze verlassen konnten und schneller in günstigere Positionen oder Branchen abwandern konnten."

Gleich mehrere Giftpfeile gegen den Zusammenschluß der Arbeiterklasse hat der Sozialdemokrat mit diesem Artikel abgefeuert. Die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiter wird ihre Ausbeutung weder als risikolos oder chancenreich noch als würdig oder gar „günstige Position" bezeichnen können. Eine Handvoll von Arbeiteraristokraten soll sozialchauvinistisch aufgehetzt werden. „Wir brauchen sie" (die ausländischen Arbeiter), kann man im Organ der IG Metall lesen, denn: „Allein im Hotel- und Gaststättengewerbe fehlen rund 50 000 Arbeitskräfte." Wer *nicht* der Ansicht ist, in „günstiger Position oder Branche" zu schaffen, oder wer gerade seinen „risikoreichen Arbeitsplatz verlassen" hat – durch Entlassung und nachfolgende Arbeitslosigkeit, der wird nach der Lektüre *solcher* Begründung für „Solidarität" leichter von der Bourgeoisie gewonnen werden, mit ihr gemeinsam einzutreten für „Arbeitsmarktregulierung", „Lösung beschäftigungspolitischer Fragen" und wie die Umschreibungen für die Herumschieberei der ausländischen Arbeiter sonst noch lauten. Das ist die große Mehrheit der Arbeiter, und auf sie richtet sich diese zweite spalterische Wirkung. Sie sollen auf die ausländischen Arbeiter gehetzt werden. Die dritte Wirkung ist: Die ausländischen Arbeiter werden ebenfalls „voller Solidarität" sein mit den Arbeitern, von denen sie aus der Gewerkschaftspresse erfahren, diese seien jetzt in „günstigeren Positionen oder Branchen" und hätten ihnen dafür „chancenarme, risikoreiche", „unterwertige und unwürdige" Arbeitsplätze hinterlassen.

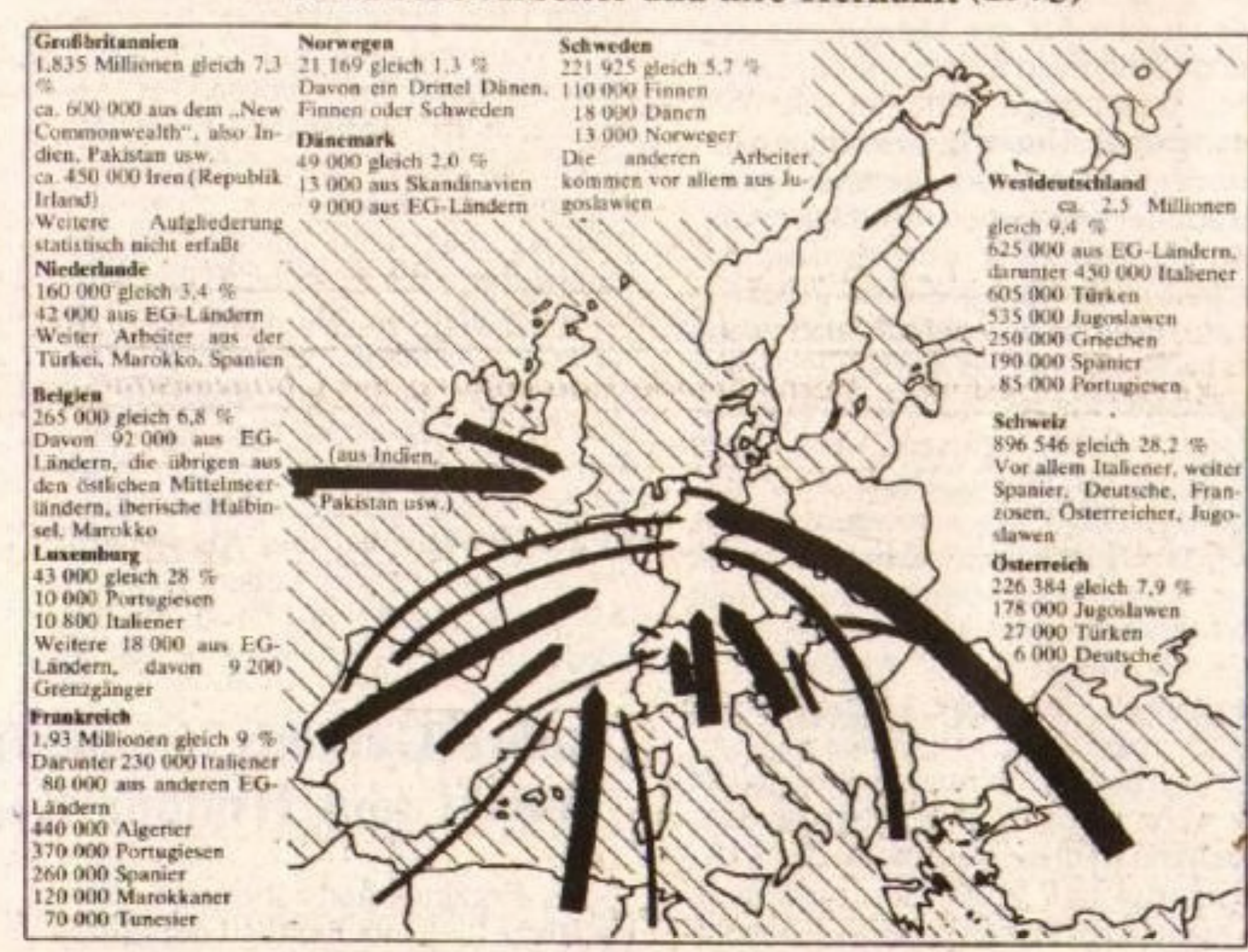
BRD, Frankreich und Großbritannien sowie die Schweiz, Österreich und Belgien sind die Hauptimporteure fremder Arbeitskraft. Die Arbeiter kommen fast alle aus Mittelmeerländern, mit Ausnahme von Großbritannien, wo viele Arbeiter aus den ehemaligen Kolonialgebieten ausgebeutet werden. Sonst sind Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien, die Türkei Hauptexporteure von Arbeitskraft. Fast alle dieser Länder haben eine gering vom Kapital durchdrungene Landwirtschaft. Die Kleinproduktion hat große Bedeutung. Der Stand der Produktivkräfte in der Landwirtschaft ist geringer als z.B. in Westdeutschland. Der Zusammenschluß westeuropäischer Imperialisten zur EWG, später EG, hat hier für schwungvolle Beschleunigung gesorgt. Hauptergebnis dieses Zusammenschlusses war, daß die Schranken zwischen den jeweiligen Ländern, die in Zoll-, Steuer- und sonstigen Hindernissen für die Konkurrenz bestanden, fielen. Sind diese Schranken gefallen, steht das Land der Konkurrenz offen.

So stand Italien der Konkurrenz der westdeutschen und französischen Imperialisten offen. Aufgrund ihrer Spitzenstellung in der Auspressung der Arbeitskraft konnten die westdeutschen Kapitalisten im Export große Einbrüche in die Absatzmärkte der einheimischen Industrie erzielen. Das führt zu Freisetzung von Arbeitskraft, die den Grundstock der industriellen Reservearmee für die Imperialisten bildet. Den Hauptbestandteil dieser Reservearmee bilden überhaupt die enteigneten *Bauern*. Der Druck der ausländischen Waren und der nachfolgende Druck des Kapitalexports führten zu rascherer Kapitalisierung der Landwirtschaft. Von 1964 bis 1975 sank die Zahl der in der italienischen Landwirtschaft Beschäftigten von 4,58 Millionen im Jahr 1966 auf 2,964 Millionen im Jahr 1975, also von 24,6 Prozent der Erwerbsbevölkerung Italiens auf 15,6 Prozent (zum Vergleich: In Westdeutschland sank die Zahl im gleichen Zeitraum von 10,6 auf 7 Prozent). Die Zerstörung der kleinen Warenproduktion und damit die Freisetzung großer Teile der Landbevölkerung für die Fabrikarbeit ist auch der Inhalt der offiziellen EG-Agrarpolitik. Zwischen 1964 und 1974 hat die Bourgeoisie die Zahl der selbständigen Bauern von 9,419 Millionen auf 5,869 Millionen gedrückt, das heißt um 48 Prozent. Noch drastischer ist die Entwicklung beispielsweise in der Türkei, wo über Assoziierungsverträge mit der EG für offene Grenzen für Waren und Kapital der Imperialisten gesorgt wird.

Keinesfalls hat die fortschreitende Kapitalisierung der Landwirtschaft als Folge ein Sinken der Lebensmittelpreise. Nach dem Einzelhandels-Preisindex haben sich die Kosten für Nahrungs- und Genußmittel von 1964 auf 1974 um 33 Prozent erhöht. Den Nutzen von der Enteignung der kleinen Bauern und ihre Ersetzung durch Maschinen haben die großen Landbesitzer und Nahrungsmittelkonzerne (vergleiche hierzu: Arbeitshefte zum Kommunismus und Klassenkampf, Nr. 8: Monopolkapital und die „Europäische Integration", Seite 48 ff.).

Nichts haben die Arbeiter mit den Imperialisten gemeinsam, wenn diese die Ausbeutung von Arbeitern aus anderen Ländern ausbauen oder einschränken, Arbeiter ins Land zwingen oder rauswerfen. Die Arbeiterklasse kann nicht hinnehmen, daß die Imperialisten eine besondere Willkürherrschaft über einen ihrer Bestandteile errichten und mit Sonder- und Ausnahmegesetzen die „Mobilität" garantieren wollen. Gegen die Versuche der Sozialdemokraten, die Arbeiterklasse für „gemeinsame Interessen" mit den Imperialisten in der Ausbeutung fremder Arbeitskraft zu gewinnen, werden die Forderungen gegen die besondere Entrechtung der Ausländer in Westdeutschland am 1. Mai eine große Rolle spielen. Die Konkurrenz unter den Arbeitern ist Ergebnis der Tatsache, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Sie müssen diese Konkurrenz bekämpfen und soweit wie möglich einschränken, sonst wird die Abschaffung der Lohnarbeit nicht gelingen können. – (Z-Red.)

Ausländische Arbeiter und ihre Herkunft (1973)



(Die Pfeile zeigen größere Wanderbewegungen, nicht vollständig)

Die Angaben beruhen auf offiziellen Angaben und Schätzungen über das Jahr 1973. Die illegal eingewanderten Arbeiter sind nicht mitgezählt. Die Prozentzahlen beziehen sich auf Anteil an den *Erwerbstätigen*, zu denen die Bourgeoisie in ihrer Statistik auch die Kapitalisten zählt wie auch die Kleinproduzenten (Bauern z.B.). Zahlen nach: Ifo-Schnelldienst 12/76.

So betreibt es die Bourgeoisie, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu fördern. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, die Spaltungslinien zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalität zu überwinden, weil sie hindern im Kampf gegen die Kapitalisten und in der Vorbereitung der Revolution. Völliger Unsinn ist das Argument der Sozialdemokraten, verantwortlich für die Einwanderung der ausländischen Arbeiter seien die Arbeiter deutscher Nationalität, weil sie „keine Dreckarbeit" machen wollten. Die Absicht der Kapitalisten, *Arbeit in Dreckarbeit*, in unmenschliche Schinderei zu verwandeln, setzt vielmehr die Schaffung einer industriellen Reservearmee, setzt die Wanderung von Millionen Arbeitern voraus. Sie ist Ergebnis der scharfen Konkurrenz unter den Imperialisten Westeuropas.

Auf der Karte sehen wir, daß die

Existenzgarantie des Sozialimperialismus für den Staat Israel

Der amerikanische Präsident Carter hat als „Plan zur Lösung der Nahost-Frage" das imperialistische Konzept vorgelegt, die Palästinenser sollten gezwungen werden, auf ihre nationalen Rechte zu verzichten, sich damit abzufinden, auf einem Stück palästinensischen Landes außerhalb Israels eingesperrt zu werden, durch internationale Garantien und Truppen überwacht. Die arabischen Staaten sollten sich mit dem imperialistischen Brückenpfeiler abfinden, die Existenz Israels anerkennen, ihre Grenzen zur Durchdringung und Aussaugung ihrer Länder öffnen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten und DKP-Revisionisten, die sich stets als die „besten Freunde" des palästinensischen Volkes aufspielen und behaupten, seinen Kampf entschieden zu unterstützen, haben jetzt ihre Vorstellungen veröffentlicht. Sie gleichen aufs Haar denen des US-Imperialismus. Der einzige Unterschied ist der, daß die eine Supermacht Israel als Stützpunkt gegen die arabischen Staaten benutzen kann und die andere erst versuchen muß, unter Ausnutzung des Kampfes der arabischen Völker auf den Staat Israel Einfluß zu gewinnen. Die folgenden Zitate stammen aus dem Ergebnis des im Dezember abgehaltenen Kongresses der sogenannten „KP Israels", an dem die Sozialimperialisten und DKP-Revisionisten mit Delegationen vertreten waren (Marxistische Blätter, März/April 1977) – und aus der Stellungnahme Breshnews zur Nahost-Frage vor dem Gewerkschaftskongreß in Moskau am 21.3.1977 (Süddeutsche Zeitung, 23.3.1977).

Israel, kein imperialistischer Brükkenkopf:

„Der Staat Israel ist insoweit ein jüdischer Staat, als er ein Ausdruck der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes in diesem Land ist."

Besorgt um seine Existenz sollen die arabischen Staaten für den Rückzug Israels aus den zuletzt besetzten Gebieten die Besetzung Palästinas anerkennen.

„Israel soll seine Truppen aus allen im Juni-Krieg besetzten arabischen Gebieten abziehen ..." „Die Grenzen, wie sie vor dem Sechstagekrieg im Juni 1967 bestanden, sollen zu Friedensgrenzen werden."

Die nationale Existenz des palästinensischen Volkes und sein Anspruch auf Palästina wird geleugnet:

„Eine große Rolle spielte auf dem Parteitag das Problem der *arabischen Minderheit* in Israel." (Hervorhebung KVZ) „Die KP Israels unterstützt alle Forderungen der arabischen Bevölkerung auf volle staatsbürgerliche und nationale Gleichberechtigung im Staat Israel ..."

Damit Ruhe einkehrt für die Zionisten, soll das „Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung" respektiert werden, durch die „Bildung eines unabhängigen Staates außerhalb Israel".

Dafür soll das palästinensische Volk seinen gerechten Kampf aufgeben: Auf Grundlage dieser Regelung „sollen alle Seiten den Kriegszustand als beendet erklären ...".

Da ihnen klar ist, daß nur mit dem Militärstiefel diese imperialistische Lösung auf dem Rücken des palästinensischen Volkes möglich ist, sorgen sie sich auch gleich um die militärische Sicherung:

„Internationale Garantien unter Aufsicht der UNO und der Beteiligung der Sowjetunion und der USA sowie anderer Staaten würden den zuverlässigsten Schutz von Frieden und Sicherheit (Israels) bieten."

Zur praktischen Umsetzung hat Breshnew vorgeschlagen, die Genfer Konferenz raschestmöglich wieder einzuberufen, „und den Palästinensern eine Heimstätte zu verschaffen".

„Es könnten zu beiden Seiten der festgelegten Grenzen entmilitarisierte Zonen ohne einseitigen Vorteil für eine der Parteien geschaffen werden ..." „Auf dieser Konferenz erzielte Vereinbarungen könnten durch eine internationale Friedensstreitmacht garantiert werden."

Besorgt um die Ankurbelung der israelischen Wirtschaft:

„Eine Nahost-Lösung sollte ... auch die freie Passage von Schiffen aller Länder einschließlich Israels durch die Straße von Tiran und den Golf von Akaba sowie durch den ganz unter ägyptischer Souveränität stehenden Suezkanal vorsehen."

In altbekannter Verhöhnung der Völkerneant er dann dieses Herumtrampeln mit den Militärstiefeln auf den arabischen Völkern:

„Sicherstellung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes einschließlich seines Rechtes auf Selbstbestimmung und zur Gründung eines eigenen Staates."

Die ägyptische Zeitung „Al Achram" kommentierte am 22.3.77:

„Breshnew habe die Rechte der Palästinenser heruntergespielt und neue Elemente zur Sprache gebracht, die gar nicht zur Diskussion stehen." „Die Zeitung warf die Frage auf, ob die Sowjetunion etwa mit Israel wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen wolle oder versuche, jüngste Nahostvorschläge des US-Präsidenten Jimmy Carter noch zu überbieten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.3.77) – (Z-Red.)

Die Hoffnung auf Extraprofite stachelt den sowjetischen Rohstoffexport an

Der 1976 begonnene Fünfjahresplan der russischen Monopolbourgeoisie sieht bis 1980 eine Steigerung der Produktion von Steinkohle um 89 bis 109 Millionen Tonnen, bei Erdöl um 129 bis 149 Millionen Tonnen und 111 bis 146 Milliarden Kubikmeter bei Erdgas vor. In der Nummer 2 der Zeitschrift „Außenhandel", offizielles Organ des Außenhandelsministeriums der UdSSR, hat der Leiter der Hauptabteilung für den Export von Rohstoffen im Außenhandelsministerium Bachtow diese Absichten unterstrichen und weitere Preiserhöhungen angekündigt. Seit die Sowjetunion vor zwei Jahren eine Änderung des Preissystems in ihrem Handel mit den Ländern des RGW durchgesetzt hat, hat sie laufend und drastisch die Preise für die anderen Länder im RGW, die von ihren Rohstofflieferungen abhängig sind, erhöht.

„Das absolute Volumen und die durchschnittlichen Jahreszuwachsraten des Rohstoffexports waren im neunten Planjahrfünft wesentlich größer als der Plan vorsah",

verkündet Bachtow. Neben der Einfuhr von Getreide ist dies eines der wenigen Ziele, die die russischen Bourgeois übertroffen haben. Tatsächlich hat sich der Export von Rohstoffen im Jahrfünft 1971 bis 1975 auf 67,8 Milliarden Rubel gegenüber 37,5 Milliarden Rubel in den fünf Jahren zuvor erhöht. Dabei hat sich der Export innerhalb des letzten Planjahrfünfts von 1971 bis 1975 genau verdoppelt. Der größte Teil dieser „Ausdehnung des Exports" allerdings beruht auf der Preistreiberei, denn die mengenmäßige Zunahme des wichtigsten Exportgutes beispielsweise, der Energierohstoffe, hat im selben Zeitraum lediglich 28 Prozent betragen.

Der stellvertretende Außenhandelsminister Alchimow schrieb vor einem halben Jahr in derselben Zeitschrift:

„Es kommt hier darauf an, den Anteil der den größten Gewinn bringenden Rohstoffe zu steigern."

1975 ist der Anteil der Energierohstoffe am gesamten Export der Sowjetunion auf 31,4 Prozent (1974: 25,4 Prozent) gestiegen. Der Ausfuhranteil von Industrierohstoffen, der um 2 Prozent gesunken ist, betrug weitere 26,6 Prozent, so daß die Rohstoffe der UdSSR weit über die Hälfte ihrer Deviseneinnahmen bringen. Mit diesen Einnahmen besorgen sich die neuen Bourgeois einige aufgeplusterte Großprojekte bei ihren westlichen Konkurrenten oder lassen sie sich als „Gegengeschäft" von den Ländern des RGW hinstellen, oder sie kaufen das Getreide, das sie brauchen, weil sie die Landwirtschaft ruiniert haben.

In dem zitierten Aufsatz liest man:

„Die Rohstoffbasis der UdSSR wird sich in Zukunft immer mehr durch Erschließung der Nord- und Ostgebiete verbreitern. So sollen 1976 bis 1980 u.a. den gesamten geplanten Produktionszuwachs bei Erdöl, Erdgas und Aluminium, den Zuwachs bei Steinkohle zu mehr als 90 Prozent, bei Kupfer zu rund 80 Prozent und bei Zellstoff zu rund 45 Prozent bringen. (...) Die Fortschritte in der Wirtschaft Sibiriens und des Fernen Ostens eröffnen für den sowjetischen Export neue Möglichkeiten."

Diese Gebiete sind von nationalen Minderheiten bewohnt. Seit dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie sind sie entrechtet und unterdrückt, wie zu Zeiten der alten russischen Zaren. Eine planvolle und allseitige Entwicklung von Wirtschaft und Industrie gibt es in Sibirien und in den Nordgebieten nicht, nur Ausraubung, einige hochkonzentrierte und spezialisierte Riesenwerke zur Ausbeutung der Arbeitskraft. – (Z-Red.)

Wirtschaftszusammenarbeit der Dritten Welt – einige aktuelle Beispiele

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, der direkte Handel und der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt sind zu einem bedeutenden Faktor in der Entwicklung und Stärkung ihrer Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus geworden. Von den Imperialisten, die solchen Fortschritt nicht kennen und ihm feindlich gegenüberstehen, mit Hohn und Spott übergossen, haben die Länder der Dritten Welt auf diesem Gebiet bedeutende Erfolge erzielt. Ein Überblick über einige Entwicklungen in den letzten Wochen:

Landwirtschaft

Am 22. Februar 1977 trafen sich die Landwirtschaftsminister der Staaten der Arabischen Halbinsel und des Golfs zum zweiten Mal. Es wurde beschlossen, gemeinsame geologische Studien zu betreiben, um den Grundwasserspiegel zu kontrollieren, Luft- und Satellitenaufnahmen gemeinsam auszuwerten, um u.a. die Fischressourcen, die Meeresverschmutzung und andere Fragen zu untersuchen. Verschiedene Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung bei der Entwicklung der Landwirtschaft wurden beschlossen.

Am 10. März unterzeichneten die Staaten der Lateinamerikanischen Wirtschaftsorganisation (SELA) ein Protokoll über die Einrichtung eines Aktionskomitees zur beschleunigten Entwicklung einer gemeinsamen Kunstdüngerproduktion, „um Selbstversorgung zu erreichen und endgültig mit der Abhängigkeit von anderen Ländern Schluß zu machen". Wie Pedro Carmona, einer der Direktoren der SELA, ausführte, ist die Abhängigkeit von ausländischen Kunstdüngerlieferungen eines der schwersten Hindernisse in der Entwicklung einer landwirtschaftlichen Produktion, die die Volksmassen Lateinamerikas mit ausreichenden Nahrungsmitteln versorgen kann. Die Kunstdüngerproduktion und der -handel sind weitgehend ein imperialistisches Monopol, und die Preise sind für die Länder der Dritten Welt unerschwinglich.

pol, und die Preise sind für die Länder der Dritten Welt unerschwinglich.

Handel

Auf einer Sitzung ihres Verwaltungsrats vom 10. bis 12. März der Multinationalen Schiffahrtsgesellschaft der Karibik (Namucar) haben die Vertreter der beteiligten sieben Staaten – Costa Rica, Mexiko, Venezuela, Trinidad und Tobago, Jamaica und Nicaragua – über die weitere Entwicklung der vor einigen Monaten gegründeten Gesellschaft gesprochen und die Anschaffung von drei weiteren Handelsschiffen sowie die Inbetriebnahme eines neugebauten ozeantüchtigen Frachters im kommenden Frühjahr beschlossen sowie Informationen über den Ausbau der Häfen und Verladeeinrichtungen ausgetauscht. Die Gesellschaft wurde gegründet, weil nur durch ihre gemeinsame Aktion die beteiligten Länder in der Lage sind, Schritt für Schritt das imperialistische Handelsmonopol zu brechen und die imperialistischen Extraprofite aus hohen Frachtpreisen zu unterlaufen. Zunächst dient die Gesellschaft insbesondere der Intensivierung des gegenseitigen Handelsverkehrs.

Finanzierung

Entsprechend den Beschlüssen der afrikanisch-arabischen Gipfelkonferenz werden die ölproduzierenden arabischen Staaten zusätzlich 3,5 Milliarden DM zur Verfügung stellen. Die Gesamtsumme der Kredite ist noch weit höher. Sie unterscheiden sich von Krediten der imperialistischen Banken und Staaten durch ihre günstigen Bedingungen und dadurch, daß sie ohne Bedingungen und imperialistische Einmischung über gemeinsame Institutionen bzw. die OAU und die afrikanische Entwicklungsbank den afrikanischen Staaten zur Verfügung gestellt werden. Solche Kredite werden teilweise auch bilateral gegeben: So hat Libyen zusammen mit Uganda seit Jahren eine gemeinsame Entwicklungsbank, über die eine große Zahl landwirtschaftlicher und industrieller Projekte in Uganda finanziert worden sind. Die ugandische Regierung hat mehrfach die Politik der Nichteinmischung und des beiderseitigen Vorteils in der Zusammenarbeit hervorgehoben.

Regionale Zusammenarbeit

In Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika sind eine Reihe regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse entstanden und haben bereits gute Ergebnisse erzielt. Die OAU hat im Dezember 1976 sogar eine Resolution über die Inangriffnahme einer einheitlichen gesamtafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft angenommen. Eine bedeutende Entwicklung in der jüngsten Zeit sind die Zusammenschlüsse der Anliegerstaaten der Meerengen im Zuge der Ausweitung der Hoheitsgewässer und Wirtschaftszonen auf 200 Seemeilen. So unterzeichneten Malaysia, Singapur und Indonesien als Anlieger der Malakka-Straße im Februar ein Abkommen über die gemeinsame Verwaltung und Gewährleistung der Sicherheit der Schiffahrt in der Meerenge. Jetzt hat die Regierung des Sudan eine Initiative ergriffen und die Anliegerstaaten am Ausgang des Roten Meeres zu einer Gipfelkonferenz über eine entsprechende Vereinbarung eingeladen. Eine Vorauskonferenz der Präsidenten von Nordjemen, Südjemen, Sudan und Somalia hat bereits stattgefunden.

Indien: Parlamentarischer Pferdewechsel, um den Karren am Laufen zu halten

Die Wahlen in Indien sind vorbei. Seit 1947 hatte die Kongreßpartei das Land regiert. Jetzt hat sie große Stimmenverluste und muß die Regierungsgeschäfte dem Vereinigten Oppositionsblock, der sogenannten „Volkspartei" übergeben. Der neue Regierungschef heißt Morarji Desai. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland jubelt: „Indien hat seine demokratische Reifeprüfung bestanden." (Frankfurter Rundschau) Mit Bekanntgabe des Wahlergebnisses hat die Regierung Indira Gandhis, deren führende Politiker alle ihr Mandat für das Unterhaus verloren haben, als letzte Amtshandlung den Ausnahmezustand aufgehoben, der seit 1975 besteht. „Das Urteil des Volkes muß respektiert werden", sagte Indira Gandhi und zog sich auf eine Farm zurück. Geschwätz ist billig, und die Farm hat sie.

Die Wahlen in Indien waren ein großangelegtes Manöver der herrschenden Kompradorenbourgeoisie und des bürokratischen Kapitals, den Unmut und Widerstand der indischen Volksmassen gegen die Politik der Regierung Indira Gandhis, gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes, der rigorosen Ausbeutung und Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten, insbesondere durch die russischen Sozialimperialisten (vergleiche auch KVZ Nr. 7/77), abzufangen und auf die Mühlen des Parlamentarismus zu lenken. Die Regierung Indira Gandhis und die Politik der Kongreßpartei war verschlissen und reichte nicht mehr aus, den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten und die Bereicherung der herrschenden Klassen Indiens zu gewährleisten.

sen Indiens zu gewährleisten.

Diese Aufgabe hat nun der Oppositionsblock, der durchweg aus Parteien besteht, die seit Jahrzehnten zusammen mit der Kongreßpartei das Land beherrschen. Vielfach waren ihre Führer Minister unter der Kongreßpartei, teilweise noch bis kurz vor den Wahlen, wie der neue Verteidigungsminister Ram, oder haben unter der Regierung Nehrus den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten betrieben. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland schreibt: „Das Syndikat der alten Männer kehrt zurück", und damit hat sie recht. Durchweg handelt es sich um Vertreter der herrschenden Klassen Indiens.

Warum konnte die „Volkspartei" die Wahlen gewinnen? Der Unmut und Widerstand der Volksmassen Indiens mit der Politik Indira Gandhis wurde von ihnen genutzt, sich an die Spitze der Kritik gegen die Notstandspolitik zu stellen, dabei insbesondere den Unmut der Massen über die Sterilisierungskampagne zu schüren, die von der Regierung Indira Gandhis durchgeführt wurde. Als Mittel, um die Volksmassen Indiens ideologisch zu fesseln und von ihrer nationalen und sozialen Befreiung abzuhalten, kramen die Führer der Volkspartei gegenwärtig die Politik Mahatma Gandhis wieder hervor.

Durch die Sterilisierungskampagne sind nach Schätzungen etwa 7 Millionen Inder unfruchtbar gemacht worden. Sie ist von der Regierung Indira Gandhis im Rahmen der Notstandsverordnungen mit Polizeigewalt durchgesetzt worden und war unter dem Mantel einer Kampagne gegen den „Geburtenüberfluß" Mittel zur weiteren Knebelung und Unterdrückung der indischen Volksmassen. Mit Hilfe von bewaffneten Polizeitruppen wurden Millionen von Indern in die Sterilisierungszentren transportiert.

Oftmals wurde kein Unterschied gemacht zwischen Jung und Alt, zwischen Verheirateten und Ledigen. Die Häscher, vergleichbar mit Hundefängern, mußten ihr Plansoll erfüllen, und das mit der Waffe in der Hand. Auf dem Lande wurde diese Kampagne meist so durchgeführt: Dörfer wurden umstellt und die Bauern dann gezwungen, sich sterilisieren zu lassen. In den Städten, wo große Menschenmassen in den Slums hausen müssen, ist die Regierung Indira Gandhis anders vorgegangen. Die Kampagne wurde in den Städten über den Abriß von Slums eingeleitet, die für die Massen mit dem Versprechen verbunden waren, daß sie neue Wohnungen erhielten mit Wasseranschluß. Unter Polizeischutz wurden dann die Slums abgerissen, ganze Stadtteile walzten die Bulldozer nieder, die Bewohner wurden dann außerhalb des Stadtgebietes gebracht. Dort wurde ihnen eröffnet, daß, wenn sie das Recht für den Aufbau einer Behausung erwerben wollen, sie sich sterilisieren lassen müssen. Kredite auf der Bank für Steine, Dachziegel usw. bekamen die Massen in diesen Vierteln, meist Arbeiter, Arbeitslose und vom Land vertriebene Bauern und Pächter, nur unter dem Vorweis eines Sterilisierungsscheins. Ebenso Lebensmittel. Staatliche Läden, die in

bensmittel. Staatliche Läden, die in

diesen abgelegenen Gebieten angesiedelt wurden, gaben nur Lebensmittel ab, wenn solch ein Schein vorlag. Zunehmend ist diese Kampagne der Kongreßpartei auf Widerstand gestoßen, so mancher Häscher ist nicht lebend in seine Station zurückgekehrt.

Der neue Regierungschef Desai hat letzte Woche erklärt, daß Indien in „Zukunft eine saubere Blockfreiheit wahren wolle". Das heißt nichts anderes, als daß die Schaukelpolitik gegenüber den beiden Supermächten und den imperialistischen Staaten beibehalten werden soll, die die indischen Regierungen schon seit Jahren praktizieren und die jeweils in eine immer größere Abhängigkeit von den Imperialisten führt, zuletzt durch den Abschluß des „Freundschaftsvertrages" mit den Sozialimperialisten.

Zur Niederhaltung der Arbeiter und Bauern Indiens reichen die Wahlen alleine nicht aus. Denn mit dem Stimmzettel werfen die Massen nicht ihre Interessen in die Urne, das ist nirgends so. Die indische Kompradorenbourgeoisie kramt Mahatma Gandhi wieder heraus, um mit seinen Sprüchen die Massen ideologisch zu fesseln und zu spalten. Dazu dient auch die zusammengetrommelte „älteste Garde". Desai hat gleich nach der Vereidigung der Parlamentsmitglieder eine Gedenkfeier am Grabmal M. Gandhis durchgeführt, wo er an die Nation appelliert hat. Eine „friedliche Revolution" soll durchgeführt werden, verkündete Desai am letzten Donnerstag.

„Desai will, den Weisungen Mahatma Gandhis getreu, die totale Prohibition (Alkoholverbot) in Indien einführen, sein Volk auch sonst nach indischen Wertvorstellungen moralisch aufrüsten und in Nordindien Hindi unter Ausschaltung des Englischen zur alleinigen Nationalsprache einführen", schrieb der „Mannheimer Morgen".

„Hasse die Sünde, doch nicht den Sünder" hat Mahatma Gandhi verbreitet. „Ein Gebot, welches zwar leicht zu verstehen ist, aber nur selten befolgt wird, darum hat sich das Gift des Hasses über die ganze Welt verbreitet." „Der Widerstand ... solle von Menschen ausgehen, die nicht fürchteten, gewalttätig zu sein, die aber freiwillig auf Gewalt verzichten und sich im Kampf, statt physische Gewalt anzuwenden, auf die Macht der Wahrheit verlassen." „Das heißt Widerstand ohne Gewalt anzuwenden, ohne jede Feindseligkeit, weil der Mensch von seinen Taten getrennt beurteilt werden muß. Während einer guten Tat Anerkennung oder einer bösen Tat Abscheu gebührt, verdient der Täter stets, ob gut oder böse, je nachdem Hochachtung oder Mitleid."

Satjagraha heißt diese „Widerstandsform", die M. Gandhi den Massen gepredigt hat. Sie dient dazu, die Massen vollständig gegenüber ihren Ausbeutern und Unterdrückern zu entwaffnen. Während des indischen Befreiungskampfes gegen den britischen Kolonialismus haben diese Sprüche Tausenden und Abertausenden von Indern das Leben gekostet. „Hasse die Sünde" des Großgrundbesitzers, deine Vertreibung durch ihn von Grund und Boden, deine Ausbeutung durch ihn, sein ausschweifendes Leben, aber laß ihn ja in Ruhe, hasse ihn nicht selbst.

Es ist die ideologische Vorbereitung der herrschenden Klassen Indiens auf große Klassenschlachten, was jetzt mit dem Wahlkampf begonnen hat. Mahatma Gandhi war erklärter Gegner des Sozialismus. Eine Verschlechterung der Lage der Massen steht bevor. Weitere Millionen Menschen werden hungern müssen. Die Getreideproduktion ist um 10 % zurückgegangen gegenüber der Vorjahresproduktion, ebenso die Reisernte. Die Ausbeutung und Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten, besonders durch die Sozialimperialisten, hat das Land hoch verschuldet und wird von den Massen abgelehnt. Preiserhöhungen stehen bevor, die die indischen Volksmassen nicht bezahlen können. Das führt unvermeidlich zu Streikkämpfen, denn das Einfrieren der Löhne im Zuge der Ausnahmegesetze ist bisher keineswegs aufgehoben worden. Hungerstreiks, Demonstrationen und Bauernaufstände werden nicht durch Wahlurnen aufgehalten, das wissen die herrschenden Klassen Indiens. Die indischen Arbeiter und Bauern haben eine lange Tradition im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Unvermeidlich werden sie erneut wie in den sechziger Jahren und kurz vor dem Ausnahmezustand zu Kampfaktionen greifen. Der Gedanke an die nationale und soziale Befreiung Indiens durch die Revolution wird weiter ergriffen werden. – (Z-Red.)

Indira Gandhis Kongreßpartei in den Wahlen besiegt (aus Hsinhua-Kommentar, 23.3.1977)

Das Ergebnis der nationalen Wahlen zeigte die Unbeliebtheit der Innen- und Außenpolitik der Regierung der Kongreßpartei. Mit Unterstützung und dem Einverständnis des sowjetischen Sozialimperialismus hat die Kongreßpartei-Regierung über Jahre hinweg ihre Politik des Expansionismus verfolgt und sich deshalb nicht nur in Südasien, sondern in der ganzen Welt isoliert. Die Regierung der Kongreßpartei unterwarf das indische Volk faschistischer Unterdrückung. Dies besonders, nachdem sie den Notstand ausrief im ganzen Land im Juni 1975 und Zehntausende von Oppositionsmitgliedern und aus dem Volk festgenommen und in Haft gehalten wurden. Streiks, Demonstrationen und Versammlungen von mehr als fünf Personen wurden strikt verboten und unterdrückt. Die Löhne der Arbeiter wurden eingefroren. Die Regierung hat die ganze Bürde der wirschaftlichen Schwierigkeiten auf die Volksmassen abgewälzt. Hohe und schwere Steuern wurden dem Volk auferlegt. Deshalb hat sich im indischen Volk ein großer und starker Zorn erhoben, und sogar innnerhalb der Kongreßpartei erhoben sich Stimmen der Opposition. Seit Beginn Februar haben viele einflußreiche Mitglieder der Kongreßpartei ihre Posten in der Regierung verlassen und so wieder einmal eine ernsthafte Spaltung der Partei herbeigeführt. Indira Gandhi wurde von den Wählern während ihres Wahlkampfes bei vielen Gelegenheiten heftig kritisiert und mit kalter Verachtung gestraft. AFP zitiert eine Persönlichkeit der Oppositionspartei, wonach die Niederlage Indira Gandhis beweise, daß die indischen Volksmassen gegen ihre Politik sind.

Das Sprachrohr des Kreml, TASS, veröffentlichte in jüngster Zeit eine Vielzahl von Kommentaren und Nachrichten im Zusammenhang mit den Wahlen in Indien. Darin beschrieb sie die Innen- und Außenpolitik der Kongreßpartei als „fortschrittlich" und erklärte, daß „im Land es keine Alternative zum indischen Nationalkongreß gibt". In ihren Kommentaren über die Auseinandersetzung, ob der indisch-sowjetische Vertrag widerrufen werden soll, hat TASS diesen Vertrag, der in Wirklichkeit ein Mittel in den Händen des Sozialimperialismus ist, um das indische Volk zu unterdrücken, auszubeuten und zu kontrollieren und Unruhe in Südasien zu stiften, gewürdigt als „einen untrennbaren Bestandteil der indischen Außenpolitik" und als „im Interesse des indischen Volkes". Die Ergebnisse der Wahlen zeigen, daß der Versuch des Sozialimperialismus, die Wahlen in Indien zu beeinflussen, vergeblich gewesen ist.

Hsinhua, 23. März 1977

Die konterrevolutionären Säuberungsaktionen der thailändischen Militärjunta sind Fehlschläge

In Thailand ist am Sonntag ein Putschversuch innerhalb der im Oktober letzten Jahres an die Macht gekommenen Militärjunta gescheitert. Ein Mitglied der Junta wurde dabei erschossen. Erst am 18. März war ein anderes mit knapper Not einem Bombenanschlag entkommen.

Die Auseinandersetzungen spiegeln die sich verschärfende Situation in Thailand wider, mit der die vom US-Imperialismus wieder an die Macht gehievte Militärjunta nicht fertig wird.

Um den Volksbefreiungskampf in den ländlichen Provinzen zu zertreten, hat sie Ende letzten Jahres in verschiedenen Landesteilen großangelegte Säuberungsoperationen eingeleitet unter Bezeichnungen wie z.B. in der 4. Armee-Region „Operation Schutz dem Volk". Während die Militärclique Meldungen von der erfolgreichen Vernichtung der Guerillakämpfer lanciert, befinden sich tatsächlich seit Beginn dieses Jahres die Volksbefreiungsstreitkräfte (PLAF) kontinuierlich in der Offensive. Viele Provinzen sind nun unter ihrer Kontrolle, meldet die „Stimme des thailändischen Volkes" im Januar.

Im Februar wurden die Angriffe gegen den Unterdrückungsapparat des Militärregimes quantitativ und qualitativ weiter gesteigert. Im Nordosten werden 17 Angriffe gemeldet, im Norden neun und im Süden 16. In Suratthaini, 660 Kilometer südlich von Bangkok, führten die PLAF fünf Offensiven während der ersten zwei Märzwochen durch, wobei sie die Polizeistationen in Tambon Ban Ta Khun am 9. und 11. Februar zerstörten. Das, während gleichzeitig die „Säuberungsaktion" des Regimes in der Region ablief. Insgesamt wurden bei 104 Zusammenstößen 246 Soldaten des Regimes getötet, 64 gefangengenommen und 333 verwundet.

Die aufsehenerregendste Operation war der Abschuß eines Beobachtungshubschraubers in Tambon San Song am 16. Februar 1977 und der Tod der Prinzessin Viphawadi Rangsit, der Thronfolgerin. Ihr Abschuß erschütterte den Ruf des herrschenden Regimes schwer.

Bei seiner Unterdrückungsstrategie verfährt das Regime, angeleitet durch US-Berater, wie in Vietnam. Es versucht die vollständige Kontrolle über die Bevölkerung herzustellen. Die Vorräte an Salz, Reis, Fleisch, Nähnadeln, landwirtschaftlichen Geräten usw. werden kontrolliert, über ihren Verbrauch muß genaue Rechenschaftslegung erfolgen. Dadurch soll verhindert werden, daß die Bevölkerung die Befreiungskämpfer versorgt.

Viele Bauern werden von den Truppen des Regimes ermordet, die ähnlich wie in Vietnam gegen die Zivilbevölkerung vorgehen.

In Thailand herrscht überall Armut, in den Städten und auf dem Land. Die Bauern laufen in zerfetzten Kleidern herum, schon in jungen Jahren sind sie von der Last ihrer Ausbeuter gekrümmt. Die Bauern, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen, unterliegen einer schweren Auspressung. Über 23 Prozent der Bauern im Zentrum und im Norden haben kein eigenes Land.

In Bangkok gibt es 84 Slums. 50 Prozent der Bevölkerung verdienen etwas mehr als 10 Prozent des Nationaleinkommens, während weitere 5 Millionen oder 11 Prozent der Bevölkerung 56 Prozent sich aneignen. Von den 4,5 Millionen Einwohnern Bangkoks müssen sich 300 000 als Prostituierte ihren Lebensunterhalt verdienen. 500 000 sind drogenabhängig. Ein großer Teil der Bevölkerung sind Arbeiter, die einen durchschnittlichen Tageslohn von nur einem US-Dollar verdienen. Sie arbeiten unter hoffnungslosen Arbeitsbedingungen in den Industriebetrieben, die Japanern, Taiwanesen, US-amerikanischen, britischen und westdeutschen Konzernen gehören.

Seit dem Putsch der Militärjunta im Oktober 1976 verstärken die ausländischen Konzerne ihre Aktivitäten in Thailand wieder. Zum Beispiel beutet jetzt die Firma Billington Zinn in Pang-nga 600 Kilometer südlich von Bangkok aus. Japaner wollen Mineralsalze im Nordosten ausbeuten. Französische und britische Firmen konkurrieren miteinander um die Erdölvorkommen im Golf von Thailand.

Trotz des Ausnahmezustandes und der brutalen Unterdrückung wehren sich die Arbeiter in den Städten wie die Bauern auf dem Lande gegen die elenden Verhältnisse. Der erste Streik nach dem Putsch vom 6. Oktober 1976 begann auf den Werften. Ein anderer Streik wurde von 500 Arbeitern der Saeng Fa Barrierien Company organisiert. Sie forderten höhere Löhne und bessere soziale Bedingungen. – (Aus: Thai Information Bulletin Nr. 8, Februar 1977, und Nr. 9, 15. März 1977)

Vorbereitung des 12. Gewerkschaftstages der IG Metall

Bericht des Vorstandes

Als Sondernummer der „Metall" hat der Vorstand der IG Metall den *„Bericht über die Erledigung der von den Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland in Hannover beschlossenen oder an den Vorstand als Material überwiesenen Entschließungen, Initiativanträge, Anträge"* den Mitgliedern vorgelegt. Der Vorstand druckt die Entschließungen, Initiativanträge und Anträge, soweit sie durch den Gewerkschaftstag nicht rundweg abgelehnt worden sind, in diesem Sonderheft der „Metall" noch einmal ab. Jeweils dahinter hat er eine kurze Stellungnahme gehängt. Was hat der 11. Gewerkschaftstag zu wichtigen Fragen des Klassenkampfes beschlossen und wie nimmt der Vorstand jetzt dazu Stellung?

Tarifkampf

Zur „Tarifpolitik" hat der 11. Gewerkschaftstag der IG Metall die Entschließung 13 (E 13) verabschiedet. In der Entschließung wird folgende Einschätzung der Situation vorgenommen:

„Die IG Metall geht davon aus, daß sich die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Zukunft noch verstärken werden."

Als Ziel der Tarifpolitik wird festgehalten:

„Die IG Metall sieht es als ihre Aufgabe an, eine Tarifpolitik zu betreiben, die der ständigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer dient und die den Arbeitnehmern einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichert."

Im einzelnen wurden u.a. die Forderungen festgelegt:

„Die Tarifverträge so zu gestalten, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen sowohl prozentual als auch in Geldbeträgen für alle Lohn- und Gehaltsgruppen durchsetzbar sind."

Der Lohnkampf hat sich in der Zeit seit dem 11. Gewerkschaftstag verschärft. Die Kapitalisten sind darangegangen, den Reallohn absolut zu drücken. Die Tendenz zur relativen Verelendung, d.h. der Steigerung des Mehrwerts gegenüber dem Lohn, verbindet sich mit der Tendenz zur absoluten Verelendung, d.h. der Preis der Ware Arbeitskraft wird unter den Wert gedrückt, der Wert der Ware Arbeitskraft selber wird gesenkt und der Umkreis der Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse wird eingeschränkt. Wir haben dazu in dieser Zeitung verschiedentlich den Beweis geführt. Die Antwort der Metallarbeiter ist die Bewegung für Festgeldforderungen für alle gleich. Im gerade unterdrückten Tarifkampf in der Metallindustrie war die Bewegung für Forderungen in Mark und Pfennig so stark, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung bei der Aufstellung der Forderung Manöver mit Sockelbeträgen und Mindestforderungen machen mußte. Im Nordverbund war der Lohngruppenschlüssel gekündigt. In anderen Tarifbezirken ist der Lohngruppenschlüssel beseitigt oder in den Lohntarif übernommen.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat in Nordrhein-Westfalen den 6,9-Prozent-Abschluß durchgesetzt. In Nordrhein-Westfalen war eine Prozentforderung aufgestellt worden, weil tarifvertraglich nichts anderes möglich wäre und der Lohnrahmentarif erst 1978 gekündigt werden kann.

Die Entschließung 13 zeigt, wie die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in Worten der spontanen Bewegung der Metallarbeiter Zugeständnisse zu machen scheint. Der Zweck ist jedoch nur, Spielraum zu bekommen, um die sozialdemokratische Politik der Klassenversöhnung und der Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die Kapitalistenklasse überfallartig durchsetzen zu können.

In seiner Stellungnahme schreibt der Vorstand:

„Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen wurden in den Tarifbereichen während des Berichtszeitraums in jedem Jahr erhöht."

Das ist Augenwischerei. Was nützt eine geringe prozentuale Tariferhöhung, wenn die Wiederherstellung der Arbeitskraft mehr Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen voraussetzt, wenn diese ständig teurer werden und der imperialistische Staat einen wachsenden Anteil der Löhne an sich reißt durch Steuern und Versicherungsbeiträge? Bei steigender Ausbeutung wird die Reproduktion eingeschränkt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat seit dem 11. Gewerkschaftstag die Lohnbewegung verstärkt unterdrückt und keinen einzigen Lohnstreik geführt. Die Abschlüsse sind extrem niedrig. Was bei diesen Abschlüssen der Sozialdemokratie herauskommt, ist bloß Spaltung.

Die Lohngruppenschlüssel in den Lohnrahmentarifverträgen müssen beseitigt werden. Der Lohnkampf muß für Forderungen in Mark und Pfennig geführt werden.

Streichung der unteren Lohngruppen

Die „Beseitigung von unteren Lohn- und Gehaltsgruppen" war auf dem 11. Gewerkschaftstag in einem Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg gefordert worden. Der Antrag war durch den Gewerkschaftstag an den Vorstand als Material überwiesen worden. Der Vorstand nimmt dazu wie folgt Stellung:

„An der Verbesserung der Lohn- und Gehaltsgruppentexte wird ständig gearbeitet. In der Berichtszeit wurde in einigen Tarifverträgen die Lohn- und Gehaltsgruppe 1 beseitigt und die Lohngruppe 2 in der Relation zum Ecklohn verbessert."

Tatsache ist, daß zwar in einigen Tarifbezirken die Lohngruppe 1 beseitigt worden ist, aber mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen bloß dort, wo auch die Lohngruppe 2 noch unter der Lohngruppe 1 von Nordwürttemberg-Nordbaden liegt. Tatsache ist auch, daß die Prozentabschlüsse der letzten Jahre den Abstand zwischen den Lohngruppen absolut vergrößert haben. Insbesondere in Verbindung mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung, in der jede Rationalisierung der Kapitalisten nicht nur mit einer Verschärfung der Arbeitshetze, sondern mit Abgruppierungen verbunden ist, können die Kapitalisten damit wachsende Teile der Belegschaften nach unten drücken. Jede Neueinstellung wird von den Kapitalisten dazu genutzt. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit können sie sich damit gegenüber den einzelnen Arbeitern durchsetzen, solange die unteren Lohngruppen, das sind die Lohngruppen 1 bis 3, nicht gestrichen sind. Da die Kapitalisten gerade in den untersten Lohngruppen oft bloß Tarif bezahlen, schaffen sie sich hier eine Schicht von Arbeitern, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Not dazu gezwungen sind, sich um Überstunden-, Schicht- und Akkordarbeit zu reißen. Das führt zu einer empfindlichen Schwächung der ganzen Belegschaft im Kampf um die Arbeitsbedingungen.

Die unteren Lohngruppen müssen gestrichen werden. Als „Material" beim Vorstand werden sie nie gestrichen werden.

Normalarbeitstag, Verkürzung des Normalarbeitstages auf sieben Stunden

In den Entschließungen des Gewerkschaftstages wird die Frage des Normalarbeitstages umschifft, obwohl er durch Überstunden, Schichtarbeit, Nacht- sowie Sonn- und Feiertagsarbeit immer stärker unterhöhlt wird. Durch die kapitalistische Rationalisierung, verstärkte Einführung von Akkordarbeit, Erhöhung der Akkorde wird der Arbeitstag immer mehr verdichtet. Letzten Endes ist der Kampf um den Normalarbeitstag der Springpunkt aller Kämpfe, mit denen die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Ausbeutung und von vorne den kapitalistischen Produktionsverhältnissen Schranken ziehen muß, wenn sie sich nicht durch die Profitsucht der Kapitalisten zugrunde richten lassen will. Auf dem 11. Gewerkschaftstag der IG Metall ist ein Antrag der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen zur „Einführung der 35-Stunden-Woche" an den Vorstand als Material überwiesen worden. In dem Antrag hieß es:

„Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern die 35-Stunden-Woche für alle Arbeiter und Angestellten in der Metall- und Stahlindustrie bei gleichbleibendem Lohn. Die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde ist in den Jahren 1962 bis 1972 um 90 Prozent gestiegen, d.h. daß ein Arbeiter heute doppelt soviel arbeitet wie 1962. Zur Erhaltung der Gesundheit, des Lebens und des Reallohns der arbeitenden Menschen ist eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn eine unbedingte Notwendigkeit."

Der Antrag läßt einige Flanken offen. Er enthält nicht den Siebenstundentag, kein Verbot der Überstunden-, Schicht- und Nachtarbeit und läßt der Verdichtung des Arbeitstages durch Einführung des Akkords und seine Erhöhung Tür und Tor offen. Vom Hauptvorstand ist er zu den Akten gelegt worden. In seiner Stellungnahme heißt es:

„Die IG Metall geht davon aus, daß Arbeitszeitverkürzungen auch durch Verlängerung des tariflichen Urlaubes erreicht werden können. Bei Setzung der Priorität wird zur Zeit ... das Gewicht auf Urlaubsverlängerung gelegt."

Diese Argumentation ist oberfaul. Die Frage des Normalarbeitstages ist für die Arbeitszeit grundlegend. Wird der Arbeitstag verlängert und verdichtet, dann ist das durch keine Urlaubsforderung wieder auszugleichen. Der Vorstand versucht die Bedürfnisse der Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen durch seine Prioritätensetzung. Das Arbeitsjahr ist aus Arbeitstagen zusammengesetzt. Jede Urlaubsregelung kann durch die schrankenlose Ausdehnung und Verdichtung des Arbeitstages zunichtegemacht werden. Wenn also Prioritäten gesetzt werden, wird bloß umgekehrt ein Stiefel daraus. – (Z-Red.)

Mit Gottes Hilfe: „Wir nehmen Maß an der Belastbarkeit"

CDU-Vorschläge zur Bereinigung des „Rentenproblems"

Niemals wolle sie dem „Ausverkauf der Renten" zustimmen, hat die CDU erklärt. Den „Ausverkauf der Renten" an die Kapitalisten können sie nicht meinen. Dafür sind sie nämlich.

„Jahrelang waren die Sozialversicherungen einer der größten Kapitalgeber der Wirtschaft; jetzt drohen sie erstmals zu Kapitalnehmern zu werden",

sorgte sich Strauß am 30.9.76 im Fernsehen. Damit die Rentenversicherung kein „Zuschußbetrieb" wird, muß also der „Ausverkauf der Renten" an die Rentner verhindert werden. „Neben Rentnerhaushalten mit unzureichendem Einkommen" gebe es „auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Rentnerhaushalten mit hohem Einkommen", sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU, Franke, im Bundestag und versprach,

„daß wir uns der mühevollen Arbeit unterziehen müssen, uns auch dieser Probleme" (der „Überversorgung" – im Protokoll fett gedruckt) „anzunehmen und sie zu untersuchen".

Diese sogenannten „hohen" Renten will die CDU in niedrige verwandeln und sich *gleichzeitig* als Hüter der Rentner darstellen. Das ist schwierig. Aber mit Gottes Hilfe geht es vielleicht doch?

Ohne Betrug und Spaltung kann die Bourgeoisie ihre Rentenpläne nicht durchsetzen. Die SPD arbeitet daran, eine tiefe Spaltungslinie zwischen den Arbeitern, deren Arbeitskraft noch nicht verbraucht und ruiniert ist, und denen, die nicht mehr arbeiten, zu ziehen. Sie versucht die Arbeiter gegen die Rentner aufzubringen – die Renten seien viel schneller gestiegen als die Löhne – und die Arbeiter für ihre Rentenpläne zu gewinnen –

„müssen wir zusätzliche Belastungen der aktiven Generation noch sorgfältiger prüfen ... und wir müssen sie vermeiden, wenn andere Wege ... besser sind."

Zu verdecken, daß die Interessen der Arbeiter, die in Arbeit stehen, und die Interessen der Arbeiter, die auf Rente gesetzt sind, *einheitlich* sind, ist auch schwierig. Zur Umschiffung dieser Schwierigkeit setzt man als SPD-ler die SPD-Fraktion in den Gewerkschaften ein, die hier verrichtet, was bei der CDU das Werk Gottes. „Energische Sanierung der Renten", schallt es aus den hohen Etagen des Gewerkschaftshauses, es könnt auch heißen: „Immer feste druff, besonders auf die kleinen Renten".

Da hat es die CDU leicht, sie spielt den Part des Anwalts der Rentner, besonders der Kleinrentner.

Auf dem CDU-Parteitag im März wurde der rheinland-pfälzische Sozialminister Geißler zum neuen CDU-Generalsekretär gewählt. Er hat sich für die Aufgaben der CDU mit seinen „Studien" über die „Neue Soziale Frage" bereits profiliert. Der „Absolvent der Jesuitenschule zu Sankt Blasien", „überzeugter Katholik" mit „leichtem Hang zum Eiferer" (Bericht aus Bonn, 11.3.77) hat, ganz in der Tradition der katholischen Soziallehre, erkannt, woran diese Gesellschaft in Wirklichkeit krankt:

„Es ist die Überbetonung dieser Definition des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, die häufig die Probleme der wirklich Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft verdeckt hat. Die Konflikte zwischen Mehrheiten und Minderheiten, Starken und Schwachen, Nichterwerbsfähigen und Erwerbsfähigen, Nichtorganisierten und Organisierten, sind die *Ursachen für immer mehr ungelöste soziale Probleme*, die mit dem alten Instrumentarium der Sozialpolitik nicht erfaßt und gelöst werden können."

Wer sind sie, die „wirklich Schwachen und Bedürftigen"? Es sind die „Alten", die „Arbeitslosen", die „Kinderreichen", die „Kranken". Ist der alte Bourgeois etwa bedürftig? Oder der „kranke Kapitalist", der sich in ausgedehnten Kuren vom kräftezehrenden Luxusleben erholt, etwa schwach? Ist der Kapitalist bedürftig, der Zeit seines Lebens „arbeitslos" ist, dieweil er von den Früchten fremder Arbeit lebt?

„Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit" sind alles andere als „Grundrisiken menschlichen Lebens", wie es Geißler in der Bundestagsdebatte sagte. Zum „Risiko" werden Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit für den Arbeiter, der vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt. Kann er sie nicht mehr verkaufen, dann wird er allerdings „bedürftig". Schafft er den Kapitalisten keinen Profit mehr, wie der alte Arbeiter, dessen Arbeitskraft durch vierzigjährige Ausbeutung ruiniert wurde, dann hat er in der bürgerlichen Gesellschaft, in der nur der Profit zählt, keine Existenzberechtigung mehr, dann wird an seiner Beseitigung gearbeitet, indem man ihm im Alter das Rentengeld wegnimmt, für das er dreißig, vierzig Jahre lang eingezahlt hat. Um nicht in diese Lage zu kommen, hat die Arbeiterklasse von jeher für eine Sozialversicherung gekämpft, deren Kosten die Kapitalisten zu tragen haben und deren Institutionen von ihr selbst verwaltet werden. Diese Forderungen sind nicht erledigt, sondern brandaktuell.

„Die Besitzenden und die Nichtbesitzenden stehen sich feindlich gegenüber; die massenhafte Verarmung wächst von Tag zu Tag. (...) Wir sehen von Zeit zu Zeit Erscheinungen auftauchen gleich Flammen, die bald hier bald dort aus der Erde hervorbrechen – Vorboten einer allgemeinen Erschütterung, die bevorsteht. (...) Wir schauen ängstlich nach einer Vermittlung zwischen diesen schroffen Gegensätzen",

hat schon vor über 100 Jahren der Hauptvertreter der katholischen Soziallehre, Bischof von Ketteler, geschrieben. Die gleiche Angst läßt die CDU heute in der gleichen Richtung suchen. Sah der Bischof damals im „Neid", der „Habgier", im Klassenkampf der Arbeiter die Hauptursache für ihr Elend, die CDU sieht es heute in den „organisierten Interessen mit Droh- und Störpotential". Wenn eine große Zahl von Rentnern nicht weiß, wovon sie ihre Miete zahlen soll und das Essen für morgen, wenn sie dahinvegetiert und sich nicht mal das Sterben leisten kann – denn selbst Sterben kostet –, dann sind daran die Arbeiter schuld, die sich für ihre Interessen organisieren, die für ihren Lohn und ihre Rechte kämpfen. Jeder Pfennig mehr Lohn, den sich die Arbeiter erkämpfen, fehle, um Arbeitsplätze für die Arbeitslosen zu schaffen. Jedes Stückchen Fleisch, das der Arbeiter ißt, fehle dem Rentner auf dem Teller usw. usf., das ist die Folgerung aus Geißlers „Analyse" der sozialen „Probleme". Und wie schon der Bischof zur Lösung der „Probleme" „Gerechtigkeit und Nächstenliebe" predigte, predigt die CDU „Gerechtigkeit und Solidarität für die Rentner".

„Mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, ist sicher eine Frage der Finanzen. Sie ist aber auch die Frage nach einem neuen sozialpolitischen Konzept. Soziale Gerechtigkeit ist in einem Staat dann noch lange nicht vorhanden, wenn es nur einzelnen großen Gruppen gut geht. Es geht daher heute in der Sozialpolitik nicht darum, mehr Geld auszugeben, sondern darum, die vorhandenen Mittel vernünftig einzusetzen",

schreibt Geißler. Die Rentenpläne der CDU sind so reaktionär wie die Losung, unter der sie sie betreiben. *Gerecht* ist, was ist, denn es ist von Gott gewollt. Oder wie sagte des „überzeugten Katholiken" Geißlers geistiger Ahnherr von Ketteler:

„Der Mensch muß die Ordnung, die Gott in der Benutzungsweise festgesetzt, anerkennen, und hat nimmer das Recht, den Gebrauch der irdischen Güter dem Zweck zu entziehen, wozu Gott sie bestimmt hat." Und: „Gott hat die Erde mit ihren Erzeugnissen erschaffen, damit der Mensch seinen Leibesunterhalt aus ihr erhalte. Gott hätte diesen Zweck durch Anordnung einer Naturnotwendigkeit bei der Verteilung der Güter erreichen können; das lag aber nicht in seiner erhabenen Absicht, er wollte hier dem freien Willen und der Selbstbestimmung des Menschen den schönsten Spielraum eröffnen, ... er ordnete deshalb eine ungleiche Verteilung der Güter in bezug auf Besitz und Verwaltung an, um so den Menschen zum Ausspender seiner Gaben an seine Mitbrüder zu machen."

Es fällt auf, wie sich die „erhabenen Absichten Gottes" nicht nur mit den vorgefundenen Zuständen, sondern geometrisch genau mit den *Interessen* der Kapitalisten decken.

1. Die CDU tritt für die Erhöhung der Beiträge für die Rentenversicherung ein. Es sollen also die Arbeiter zum „Ausspender ihrer Gaben an ihre Mitbrüder", die alten Arbeiter, gemacht werden, damit die Renten am 1. Juli 1977 um 9,9 % erhöht werden könnten. Danach, da ist die CDU unbedingt dafür, soll dann erst mal eineinhalb Jahre Schluß sein mit jeder Erhöhung. Die Renten„erhöhung" reicht vorne und hinten nicht. Zumal sie durch andere Maßnahmen gleich wieder gekürzt werden soll.

2. „*Den Rentner gibt es nicht*", sagt Geißler. Vielen Rentnern gehe es gut. Auch ihnen könne man nehmen.

„Wir haben ein personenbezogenes, ein individuelles, ein an der Belastbarkeit der Rentner orientiertes Konzept. Wir möchten nämlich nicht jene Kleinrentner noch mehr belasten, die keine weiteren Belastungen ertragen können. Wir nehmen Maß an der Belastbarkeit."

Dies sagte Sozialausschüßler Norbert Blüm im Bundestag. Und die CDU nimmt Maß: Sie will die Renten „von 1979 an um einen Krankenversicherungsbeitrag gekürzt" sehen, „der zunächst um 2,6 % und von 1980 an 4 % betragen soll" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.77).

Hat die CDU mit ihrer Beitragserhöhung für die Rentenversicherung die Spaltungslinie zwischen Arbeitern und Rentnern zu setzen versucht, versucht sie jetzt, Spaltung unter den Rentnern zu säen. Ihre erklärte Absicht: *alle* Rentner auf das Elendsniveau der kleinsten Renten zu drücken.

Den Krankenversicherungsbeitrag für Rentner setzt die CDU dem SPD-Plan entgegen, die Renten, anstatt an die Bruttolöhne wie bisher, an die Nettolöhne anzupassen.

„Ihre Rentensanierung ist eine Rentensanierung auf dem Buckel der kleinen Rentner",

wirft Blüm der SPD im Bundestag vor.

„Auch hier versuchen Sie wieder, mit der Dampfwalze Probleme zu lösen."

Der Streit zwischen CDU und SPD geht nicht um das Ergebnis des von beiden geplanten Raubzuges auf die Versicherungskassen und des Vernichtungsfeldzuges gegen die Rentner. Das Ergebnis ist das gleiche:

„Wir lehnen die Teilaktualisierung und die Nettoanpassung ab, die nach den Berechnungen der Bundesregierung etwa 6 Milliarden DM im Zeitraum bis 1980 eingespart hätte. Stattdessen schlagen wir einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner mit Sozialkomponente vor, der im gleichen Zeitraum *etwas über* 6 Milliarden DM bringt. Das heißt also, unser Vorschlag ist hier besonders großzügig",

rechnet der sozialpolitische CDU-Sprecher Franke vor. Die Absicht der CDU-ler, „Gerechtigkeit" auf der Linie „Alle Rentner müssen hungern" herzustellen, bleibt hinter der ganzen Salbaderei etwas dunkel. Aber die Bundestagsprotokolle geben Aufschluß:

„Ich plädiere nicht für die Besteuerung der Renten. Das hat der Bundeskanzler gemacht. Aber man muß doch auf den Tatbestand hinweisen, weil man unser gesamtes Sicherungssystem aus den Angeln hebt, wenn man solche Gesichtspunkte nicht mit in die Debatte einführt. (Beifall bei der CDU/CSU)" – (Z-Red.)

Die chinesischen Frauen tragen zur Entwicklung der Erdölindustrie bei

von Hung Ying

Die chinesischen Frauen haben viel dazu beigetragen, daß das einst ölarme China zu einem Land wurde, das seinen Bedarf an Erdöl selbst decken, ja sogar einen Überschuß exportieren kann. Um einen Ausdruck des Vorsitzenden Mao zu gebrauchen: sie haben tatsächlich „die Hälfte des Himmels getragen".

„Was immer Genossen vollbringen können, das können auch Genossinnen tun." Diese Worte des Vorsitzenden Mao waren ein gewaltiger Ansporn für die in Chinas Erdölindustrie tätigen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Heute sind auf den Ölfeldern ganz Chinas Frauen in allen Arbeitsbereichen tätig, bei Bohrarbeiten und in der Erdölgewinnung, als Fahrerinnen, Ingenieurinnen, Technikerinnen. Nicht wenige Frauen bekleiden nun eine leitende Funktion.

25 Prozent der gesamten Belegschaft des Datjing-Ölfeldes sind Frauen. 127 Frauen arbeiten als Spezialisten in der Bohrung, Förderung, im Transport usw.

Eine im März 1974 aus 49 Mädchen gebildete Bohrbrigade hat 1976, im Zuge der Erschließung eines neuen Ölfeldes in Datjing, mit einer Monatsleistung von 10 300 Metern einen neuen Rekord für Frauen aufgestellt, durchaus vergleichbar mit den guten Leistungen ihrer männlichen Kollegen. Zum Vergleich: Die Gesamtbohrleistung in den 42 Jahren vor der Befreiung betrug nicht mehr als 67 000 Meter. Heute zählt diese Frauenbrigade 102 Mitglieder. Die 21jährige Wu

102 Mitglieder. Die 21jährige Wu

Tsai-hsia ist eine Jugendliche mit Schulbildung, die im April 1975 in dieser Bohrbrigade zu arbeiten begann. 10 Monate später war sie Leiterin einer Bohrgruppe. Heute handhabt sie den Bohrhebel tadellos. Wie sie sind viele andere Mädchen dieser Bohrbrigade entschlossen, von dem Geist des harten Kampfes der älteren Arbeiter zu lernen. Durch hartnäckige Bemühungen und mit Unterstützung erfahrener Arbeiter haben sie in weniger als einem Monat die nötige Bohrtechnik zu meistern gelernt. Seit ihrer Gründung 1947 hat die Brigade bereits etwa 40 Ölbrunnen gebohrt. Sie hat innerhalb von 7 Tagen und 4 Stunden eine Bohrung von 1 200 Metern niedergebracht und damit einen neuen Rekord für Chinas Frauenbohrbrigaden aufgestellt.

Die erste weibliche Ölförderungsbrigade Datjings wurde im Jahre 1970 gebildet. Seither hat diese Brigade viermal soviel Rohöl gefördert wie das alte China in den 42 Jahren vor der Befreiung. Die über hundert Mitglieder dieser Brigade sind für einige Dutzende Ölbrunnen verantwortlich. Die Fördermenge blieb dank ihrer Bemühungen hoch und stabil. Die Brigade wurde als eine für die ganze Provinz Heilungkiang vorbildliche Einheit ausgezeichnet.

Ein Drittel bis die Hälfte aller Techniker in den verschiedenen Laboratorien Datjings sind Frauen. Weibliche Ingenieure und Techniker haben sehr viel zur Durchführung der bisher mehr als 20 000 technischen Neuerungen

als 20 000 technischen Neuerungen



Arbeiterinnen einer Förderbrigade im Dagang-Ölfeld reparieren eine Ölpumpe

beigetragen. Einer Labortechnikerin z.B. gelang nach wiederholten Expe-

beigetragen. Einer Labortechnikerin z.B. gelang nach wiederholten Expe-

rimenten die Herstellung von zwei Flüssigkeiten mit hoher Viskosität, die bei Einsatz von Bohrlöchern Anwendung finden. Dank dieser Entdeckung können nun jährlich 2 Millionen Tonnen Rohöl mehr gefördert werden.

Von den leitenden Kadern verschiedener Ebene in Datjing sind über 30 Prozent Frauen.

Auf dem Ölfeld Schenli am Bohai-Meer in Ostchina haben viele Frauen leitende Funktionen inne, so z.B. als Mitglieder der Parteikomitees, Verantwortliche der politischen Abteilung, Leiterinnen von Ölförderungsbrigaden, Sekretärinnen des Komitees des Kommunistischen Jugendverbandes oder Verantwortliche der Gewerkschaft.

Die Kühnheit des Bergadlers

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
158 Seiten DM 1,40
Best.Nr.: 88G-127

Diese Bildergeschichte erzählt die Lebensgeschichte von Azalee, der Tochter eines armen Bauern der Yao-Nationalität in China, und beschreibt die grandiosen Wandlungen nach der Befreiung im Gebiet der Yao-Nationalität.

1975 wurde auf diesem Ölfeld ein Frauenteam zusammengestellt, und zwar für die Prospektion zur Lokalisierung von Öllagerstätten, Kontrolle der Ölbewegung unter der Erde und Behebung der Hindernisse schlecht funktionierender Ölpumpen. Durch fleißiges Studium haben sie sich das für diese Arbeiten erforderliche hohe Niveau technischer Kenntnisse rasch angeeignet und Monat für Monat ihre gesteckten Ziele übererfüllt. Derzeit arbeiten 8 Frauenbrigaden auf dem Schenli-Ölfeld: 5 in der Erdölförderung, eine in der Ölbrunnenverwaltung, eine in der Kraftwagenreparatur, und eine ist seit

1976 in der Erdölbohrung tätig. Die Frauen haben, wie man sieht, das

1976 in der Erdölbohrung tätig. Die Frauen haben, wie man sieht, das

Know-how vieler technisch schwieriger Arbeit zu meistern gelernt.

Viele weibliche Ingenieure arbeiten in Chinas Erdölindustrie. Eine von ihnen ist Fang Wen-dyüan, die schon seit mehr als 20 Jahren mit der Ölprospektion beschäftigt ist. Nach Abschluß ihres Studiums im Jahre 1956 meldete sie sich freiwillig, nun in der Wüste Gobi, Nordwestchina, an der Erschließung des Ölfeldes Karamai mitzuwirken. 1960 ging sie nach Nordostchina, bekannt für seine niedrigen Temperaturen, und nahm an der großen Massenschlacht zur Erschließung des Ölfeldes Datjing teil. Sie nahm sich die Arbeiter in Datjing zum Vorbild, arbeitete Tag und Nacht, überwand unzählige Schwierigkeiten und erfüllt ihre Aufgaben ausgezeichnet. Mehrmals wurde sie als vorbildliche Arbeiterin ausgezeichnet. 1964 ging sie mit den Ölarbeitern nach Nordchina, wo sie die mit der Erschließung des Ölfeldes Dagang zusammenhängenden Forschungen leitete. Auf den Ölfeldern des Landes nehmen alle arbeitsfähigen Frauen der Ölarbeiter an verschiedenen Arbeiten teil. Viele arbeiten in von ihnen selbst gegründeten kleinen kollektiven Fabriken oder in von ihnen organisierten landwirtschaftlichen Produktionsgruppen. Andere arbeiten als leitende Kaderinnen verschiedener Ebene, Sanitäterinnen, Verkäuferinnen, Lehrerinnen und Traktoristinnen. Zusammen mit ihren Männern haben sie Ölreviere neuen sozialistischen Typs aufgebaut, in denen Industrie und Landwirtschaft, Stadt und Land integriert sind, was die Produktion erleichtert und das Alltagsleben der Bevölkerung verbessert.

Auf allen Ölfeldern Chinas gibt es viele Kindergärten und -krippen, Kantinen und Nähgruppen, was den Frauen die Teilnahme an der kollektiven Arbeit ermöglicht.

Bilder und Text: China Features



Die Frauen der Erdölarbeiter Datjings bilden eine wichtige Kraft für die Entwicklung des Ölfeldes



Den Mitarbeiterinnen einer Forschungsgruppe aus dem Datjing-Ölfeld gelang die Entwicklung einer Substanz zur Entfernung von Paraffin für die Ölraffinierung

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord